

rote blätter 9

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS - Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus



Auf den Seiten 3 bis 6:
Die Bundestagswahl



MICHAEL MAERCKS:

Der Vertrag mit der DDR ist kein Ruhekissen

Der positive Ausgang der Verhandlungen über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR läßt viele vergessen, welch harten politischen Kampf die fortschrittlichen Kräfte in der BRD um die Anerkennung der DDR durch die BRD geführt haben. Arbeiter, Schüler und Studenten sind für diese Forderung auf die Straße gegangen. Für viele brachte dies die Vorladung vor ein Gericht. Erst vor wenigen Monaten hat noch die Unterschrift unter einen Aufruf zur Anerkennung der DDR zur Begründung für Berufsverbote erhalten müssen.

Noch vor einem Jahr fand die Stockholmer Umweltschutzkonferenz ohne die sozialistischen Staaten statt, da auf Einspruch der BRD der DDR die gleichberechtigte Teilnahme verweigert worden war. Und es ist erst wenige Monate her, da hat die BRD die Aufnahme der DDR in die Weltgesundheitsorganisation verhindert. Heute ist die DDR nun Mitglied der UNESCO. Das, was die BRD jahrelang versucht hat, der DDR den Status eines Beobachters bei der UNO zu verwehren, ist gescheitert. Zwar versucht auch jetzt noch die BRD die Aufnahme beider Staaten in die UNO zu verzögern, doch auch dies wird nicht von Erfolg gekrönt sein.

Der Vertrag, der aufgrund der konstruktiven Haltung der DDR und der anderen sozialistischen Staaten und aufgrund des starken internationalen und innenpolitischen Drucks erfolgreich abgeschlossen werden konnte, sieht die Aufnahme normaler und gleichberechtigter Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien des Völkerrechts vor. Doch zur gleichen Zeit, als Egon Bahr den Vertrag paraphierte, erklärte Bundeskanzler Brandt gegenüber der Presse, daß es eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR nicht geben werde.

Aber was anderes als eine völkerrechtlicher Anerkennung ist es dann, wenn beide Seiten im Vertrag erklären, sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten, wenn beide Seiten von dem Grundsatz ausgehen, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt.

Wenn die Bonner Regierung der diplomatischen Vertretung der DDR in der BRD noch keinen Botschafterstatus zugestehen will, so zeigt dies nur, daß auf der diplomatischen Ebene die Beziehungen noch nicht die höchste Form angenommen haben. An der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR ändert dies nichts.

Das Drehen und Wenden der SPD in dieser Frage zeigt aber, daß auch diese Partei nicht willens ist, völlig mit der Politik des kalten Krieges zu brechen. Denn keiner wird es den Sozialdemokraten abnehmen, sie hätten aus taktischen Erwägungen Zwischenschritte einlegen müssen, weil nach 20jähriger CDU-Regierung die Bevölkerung nur schrittweise mit den Realitäten in Europa vertraut gemacht werden könne.

Wahr ist doch, daß die Tausende Arbeiter, Schüler und Studenten, die für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau auf die Straße gingen, weitergehende Forderungen an die SPD gestellt haben, als sie dann von der SPD in der „gemeinsamen Entschließung des Bundestages“ formuliert worden sind. Wahr ist ferner, daß die Masse der Wähler mit ihrer Stimmabgabe für einen völligen Bruch mit der CDU-Politik votiert hat.

Doch das muß erst noch erkämpft werden. Der Vertrag ist kein Ruhekissen. Die Außenpolitik darf auch jetzt nicht allein der Bundesregierung überlassen werden, vielmehr muß der Kampf um die wichtigen innenpolitischen Forderungen immer verbunden werden mit dem Kampf für Sicherheit und für eine Politik der friedlichen Koexistenz. Nicht zuletzt eröffnet ja gerade der Vertrag, in dem sich ja die BRD verpflichtet hat, für eine Rüstungsbegrenzung und Abrüstung einzutreten, neue und bessere Möglichkeiten für den Kampf um die notwendigen Reformen. Noch ist der Etat weder für das Jahr 1972 noch für das Jahr 1973 verabschiedet.

BRD

- 3 Zur Bundestagswahl: Jetzt gemeinsam Reformen erkämpfen
- 7 DKP-Erfolge in Hessen – was bedeutet das für Studenten
- 8 Zum Verbot von GUPS und GUPA
- 10 Der Maulkorb von Kassel

Hochschule

- 12 Dohnanyi: Den Bildungsnotstand gibt es gar nicht
- 16 RCDS/CDU-Brief an vds
- 17 Weiter Berufsverbote
- 19 In Zelten wohnen?
- 20 MSB-Jahreshauptversammlungen
- 21 SPARTAKUS ins Parlament!
- 23 Aktionen überall
- 24 Bundesdelegiertenversammlung des SHB
- 26 Interview mit H.-B. Nordhoff

Ausland

- 30 Das Vietnam-9-Punkte-Abkommen
- 33 63 000 Unterschriften
- 35 Nixons Wahlsieg
- 37 Was ist los in Chile?
- 40 Hochschulpolitik in der UdSSR

Theorie

- 44 Die SPD „widerlegt“ die DKP-Thesen

Kultur

- 47 Nobelpreis für Böll
- 50 AStA-Fest mit 15 000
- 52 Heinrich Heine 175

55 Leserbriefe

rote blätter

Herausgeber: Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Chefredakteur: Hartmut Schulze (verantwortlich)

Redaktion:
MSB SPARTAKUS
53 Bonn, Sternenburgstraße 73

Druck: Plambeck & Co., Neumünster
Auflage: 18 000

Bitte beachten Sie die Beilagen der Deutschen Volkszeitung, des Pahl-Rugenstein-Verlags und des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen.

Zur Bundestagswahl

Jetzt gemeinsam Reformen erkämpfen

Niederlage für die CDU / SPD-Illusionen entgegenwirken

Das Wahlergebnis: SPD 45,9 Prozent, FDP 8,4 Prozent, CDU/CSU 44,8 Prozent. Unser Hauptziel ist erreicht. Wir können sagen, daß wir entscheidenden Anteil daran hatten, der reaktionärsten Konzernherrenpartei eine Wahniederlage zu bereiten. Doch an den Machtverhältnissen in diesem Staat hat sich durch das Votum für Brandt/Scheel nichts geändert. Die Regierung ist jetzt mit unseren dringendsten Forderungen nach Demokratie, sozialen Verbesserungen und Frieden in Europa zu konfrontieren. Die Stimmenzahl für die DKP, die Partei der Arbeiterklasse, die der MSB Spartakus im Wahlkampf aktiv unterstützt hat,

spiegelt mit 0,3 Prozent nicht ihren tatsächlichen Einfluß auf das politische Bewußtsein der Wählerschaft wider.

In diesem Wahlkampf wurde die Verfassungsvorschrift der allgemeinen, unmittelbaren, freien und gleichen Wahl ständig gebrochen. Die Alternativen der DKP als der einzigen Partei, die für die Überwindung der gegenwärtigen Machtstrukturen konsequent kämpft, wurden von den Inhabern der Macht konsequent totgeschwiegen. Dennoch bietet dieses Wahlergebnis günstigere Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf aller Demokraten.

Köppler, CDU Nordrhein-Westfalen:

„Die CDU hat im Wahlkampf darunter gelitten, daß man ihre Argumente und ihr Programm nicht als glaubwürdig abgenommen hat.“

Filbinger, CDU, Baden-Württemberg:

„Die CDU hat an moralischer Glaubwürdigkeit eingebüßt.“

Sehr richtig — und daß das so ist, dazu haben die DKP, die SDAJ, der MSB Spartakus wirksam beigetragen. Sie haben dazu beigetragen, die soziale Demagogie dieser reaktionärsten Partei des Monopolkapitals entlarvt.

Die 7. Bundesvorstandssitzung des MSB SPARTAKUS hat sich mit dem Wahlergebnis beschäftigt. Im politischen Bericht heißt es dazu:

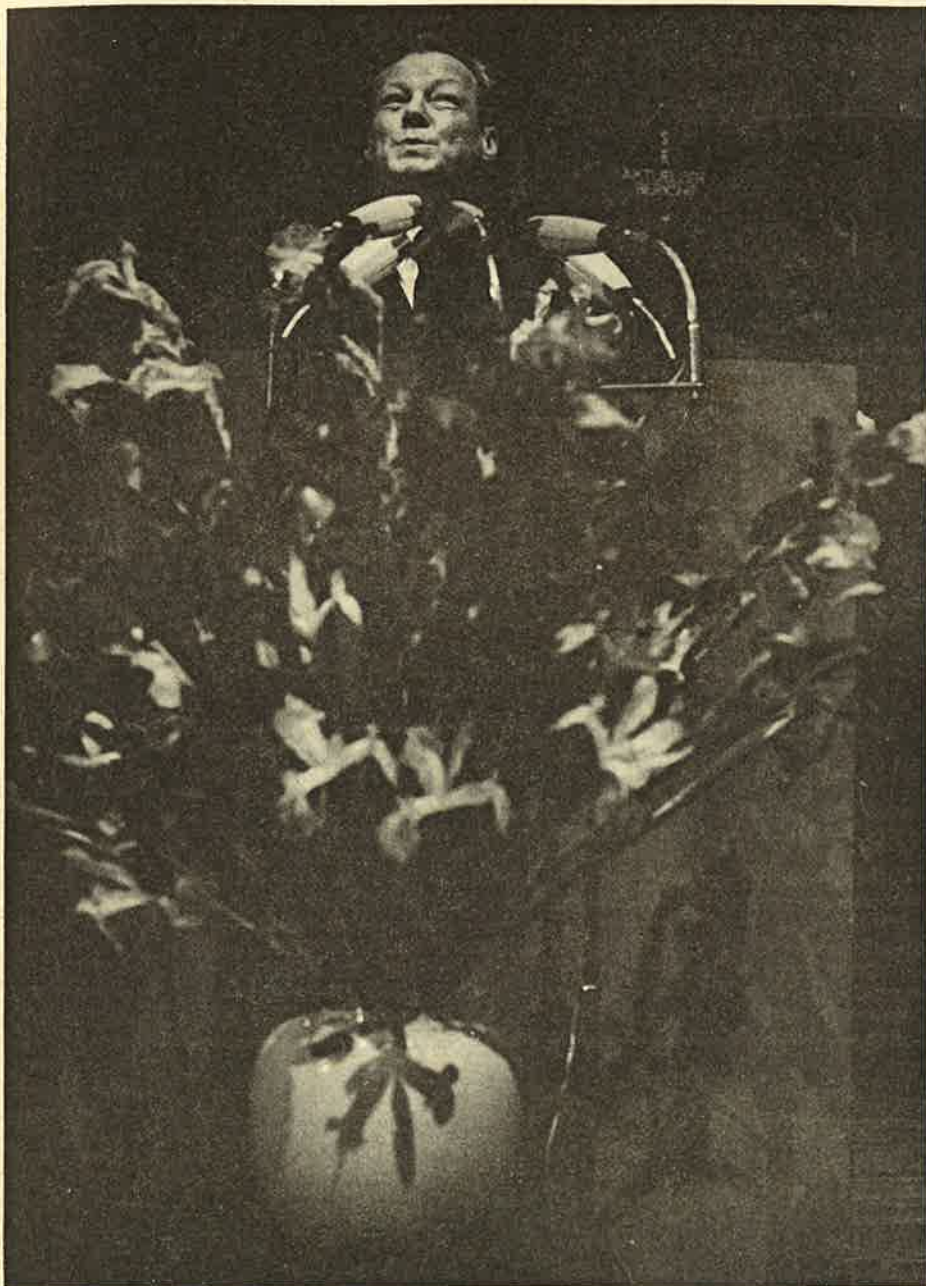
Bei der Analyse des Wahlergebnisses stimmen wir ausnahmsweise auch mit vielen bürgerlichen Kommentatoren überein: diese Wahlen waren in erster Linie ein Plebiszit für eine Politik der friedlichen Koexistenz. Die Frage, ob das, was mit den Verträgen von Moskau und Warschau, mit den Abkommen und Verträgen mit der DDR begonnen wurde, fortgesetzt werden soll oder nicht, ist von



Die einzige Kraft, die den Fortschritt erringen kann

der Mehrheit der Bevölkerung entschieden worden: es gibt kein Zurück zum Kalten Krieg und zu einer Verschärfung der Spannungen in Europa. Auch die Tatsache, daß die Verhandlungen über den Grundvertrag, der die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Prinzipien des Völker-

überstehenden Teils der Bourgeoisie" schafft. (5. BV-Tagung). Was in den Massenaktionen zur Ratifizierung der Verträge begann, hat sich auch im Wahlergebnis niedergeschlagen: Die wachsende Erkenntnis bei großen Teilen der Bevölkerung, daß die CDU/CSU eine reaktionäre Partei ist. Zum erstenmal in der Geschichte der BRD



Wahlsieger Brandt

rechts regeln soll, nicht zuletzt aufgrund der konstruktiven Haltung der DDR-Regierung, erfolgreich abgeschlossen werden konnte, wirkte der Hetze der CDU/CSU entgegen.

Die Einschätzung hat sich bestätigt, daß der von den sozialistischen Ländern eingeleitete Prozeß der umfassenden Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, „bessere Möglichkeiten für die Isolierung des aggressivsten, der Arbeiterbewegung am feindlichsten gegen-

ist der Versuch dieser Partei, durch eine großangelegte antikommunistische Hetze Angst zu schüren und dadurch die Wähler in ihre Arme zu treiben, gründlich gescheitert. Die CDU/CSU konnte von der Regierungsgewalt ferngehalten werden, trotz riesigem Propagandaaufwand und einer noch nie dagewesenen finanziellen Unterstützung durch große Teile des westdeutschen Monopolkapitals.

Die CDU an Unternehmer: „Es genügt dieses Mal nicht, wenn man nur die Par-

Heute wird's teurer

„HAMBURGER ABENDBLATT“, 5. 7. 1962: Zwar schon zehn Jahre alt, aber dennoch aktuell. In der Springerzeitung berichtete Wilhelm Backhaus über ein Gespräch, das er mit dem damaligen Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Fritz Berg, zum Thema „Parteienfinanzierung“ führte:

„Fritz Berg macht keinen Augenblick einen Hehl daraus, daß seine Organisation allen nichtsozialistischen Parteien, vor allem aber der CDU, sehr große Summen ständig zur Verfügung stellt. Als ich ihm von einigen Beobachtungen erzählte, die ich bei Begegnungen höchster Wirtschaftsfunktionäre mit führenden Politikern machte und die auf eine doch verhängnisvolle Abhängigkeit der letzteren schließen ließen, zuckt er die Achseln und meint, daß es der Industrie nur recht sein könne, wenn es anders wäre, wenn alle Parteien vom Staate selbst legitim unterhalten würden. Sie könne dann sehr viel Geld sparen und den in vielen anderen Ländern üblichen Weg gehen, indem sie die nötige Zahl von Abgeordneten einfach kaufe.“ (Inzwischen hat der Gesetzgeber diesem Wunsch durch das Parteienfinanzierungs-Gesetz teilweise entsprochen, so daß für den „Direktkauf“ mehr Industrie-Mittel zur Verfügung stehen.)

tei seiner Wahl wählt (Wahlrecht ist Wahlpflicht). Es genügt dieses Mal auch nicht, wenn man die Partei seiner Wahl zusätzlich ideell und materiell unterstützt (Wahltag ist Zahntag). Es genügt nur, wenn jeder einzelne alle seine Möglichkeiten bis an die Grenze ausschöpft, um seiner Partei zum Sieg zu verhelfen (Wahlen bedeuten Qualen).“

Doch

- weder ihr 100-Millionen-Propaganda-
- Etat (nach Leisler-Kieps Angabe über die „25-Pfennig-Spenden der alten Mütterchen“ müßte die CDU 400 Mill. alte Mütterchen im Rücken haben).
- Weder die unglaubliche Schmutzflut von Hetzanzeigen anonymer „staatspolitischer Gesellschaften“ und „Arbeitskreise für klare Entscheidungen“ (die CDU an Unternehmer: „Sie können in eigenen Wahlanzeigen die CDU unterstützen... Den zündenden Einfällen ist nur eine Grenze geboten: Sie dürfen nicht zum Bumerang für die CDU werden“).
- Weder die Aufforderung von NPD-Funktionären und -Kandidaten wie Bernhard Wintzek, Herausgeber der Aktion-Widerstand-Zeitung „Mut“ (und gefolgt haben die Neo-Nazis ja).
- Weder Springer-Hetze noch wahltaktische Bierpreiserhöhungen konnten verhindern, daß der CDU/CSU zum erstenmal in der Geschichte der BRD eine entschiedene Abfuhr erteilt wurde.

VOTUM FÜR DEN FRIEDEN

Dieses Wahlergebnis ist in erster Linie ein Votum für eine Politik des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa, die einzig und allein möglich geworden ist durch die konstruktiven Bemühungen der sozialistischen Staaten für die friedliche Koexistenz, durch das ständige Erstarben des sozialistischen und letztlich auch durch das jahrelange Wirken der Kom-



Überall, wie hier in Heidelberg, unterstützte der SPARTAKUS aktiv den Wahlkampf der DKP

munisten in diesem Land für die Forderungen, die heute eine Brandt/Scheel-Regierung mit den Verträgen von Moskau und Warschau, dem Grundvertrag und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu erfüllen gezwungen ist.

Für diese Forderungen saßen Kommunisten jahrelang in Zuchthäusern, allein die Nennung des Namens „DDR“ brachte der KPD-Fraktion im westdeutschen Bundestag Ordnungsrufe und Verweise ein. Heute gibt es kein Zurück zum Kalten Krieg und zur Verschärfung der Spannungen.

Der MSB-Bundesvorstand stellt dazu fest:

KAMPFBEDINGUNGEN GÜNSTIGER

Deshalb sprechen wir mit Recht davon, daß das Wahlergebnis bessere Voraussetzungen für die Weiterführung unseres Kampfes schafft.

Das niedrige Wahlergebnis für die DKP ist also nicht gleichzusetzen mit einer Absage an die Politik der DKP. Die Erfahrungen dieses Wahlkampfes beweisen, daß das Wählerpotential der DKP bedeutend größer ist, als es die 0,3 Prozent zeigen. Eine fortschrittliche, gegen das Großkapital gerichtete Politik wird von mehr Menschen befürwortet, als zuvor. Um die CDU/CSU zu schlagen, wurden die Stimmen der SPD gegeben. Die 5-Prozent-Klausel hat ihre Wirksamkeit nicht verfehlt.

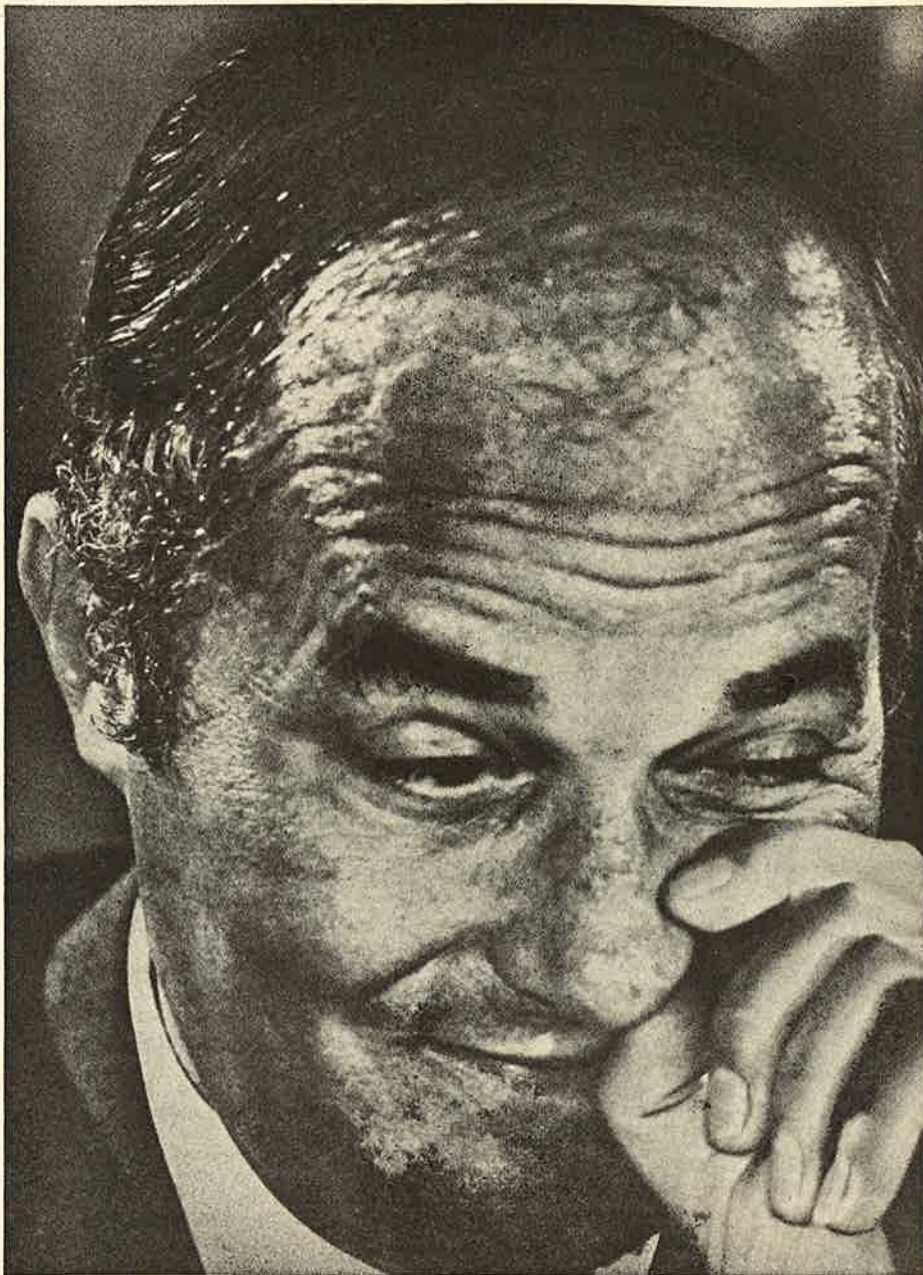
Die Kräftekonstellation in diesen Bundestagswahlen führte dazu, daß sich der Masse der fortschrittlichen Wähler die Wahlentscheidung als eine Entscheidung zwischen einer CDU/CSU- oder einer SPD/FDP-Regierung, als eine Entscheidung zwischen Reaktion und Fortschritt darstellte.

Ausschlaggebend für den Sieg der „So-

zialliberalen Koalition“ waren die Stimmen der Jungwähler und der Industriearbeiter. Bei diesen Gruppen ist das Verlangen nach tiefgreifenden Reformen am größten. Mit Berufsverboten, Lohnleitlinien oder mit der Erhöhung des Rüstungsetats werden sich diese Wähler nicht abspesen lassen.

Forderungen, wird sich in dieser Richtung nichts ändern; denn an den Machtverhältnissen in diesem Staat änderte sich durch die Wahl vom 19. November kein Jota.

Nicht einmal die brennendsten aktuellen hochschulpolitischen Probleme sind gelöst. Die fortschreitende inflationäre Entwick-



Verlierer Barzel

Unmittelbar nach der Wahl war schon klar, ohne Kampf, ohne das aktive Eintreten aller Demokraten, auch und gerade der Mitglieder und Anhänger der SPD, ohne die ständige Konfrontation der neuen Regierung, mit den demokratischen

lung, die Unfähigkeit der herrschenden Kreise, die dringendsten Reformen in der Steuerpolitik, bei den Mieten, im Bodenrecht, in der Kommunalpolitik, bei Umweltschutz etc. ernsthaft in Angriff zu nehmen, wird auch von dieser Regierung nicht überwunden werden.

Wir werden vielmehr mit dem Versuch rechnen müssen, diese Schwierigkeiten auf die Schultern der werktätigen Massen abzuwälzen.

Bei den fett gesetzten Texten handelt es sich um Zitate aus dem Bericht des Sekretariats an die 7. Bundesvorstandstagung des MSB SPARTAKUS.

Daß im Wahlkampf der SPD viel von den Interessen der „Arbeitnehmer“, von einer gerechteren Verteilung der Lasten, von der CDU/CSU als Partei vor allem der „Unternehmer“, von Privilegierten und Pivilegierten und sogar von „Sozialismus“ die Rede war, ist der Versuch, dieses Verlangen nach gesellschaftlichen Veränderungen aufzufangen. Die FAZ sprach in diesem Zusammenhang von „gefährlichen Emotionen und Vorurteilen“ und davon, daß „tätiger Sozialneid gegen die Unternehmer... der teuerste Luxus (sei), den sich unsere Gesellschaft ausdenken kann“.



Er wird auf seinem militanten Rechtskurs bleiben

Und schließlich drückt diese Zeitung der Großbourgeoisie die Befürchtung aus, daß es schwer fallen könnte, diese gefährliche Stimmung wieder einzufangen. Gefährlich ist das Streben der Massen nach grundlegenden Reformen, nach mehr Demokratie, nach Mitbestimmung und Erfüllung ihrer sozialen Forderungen für das westdeutsche Monopolkapital, für seine Profite und seine Macht, gefährlich aber auch für die Führung der SPD, die in den letzten drei Jahren bewiesen hat, daß das wichtigste Ziel ihrer Politik die Absicherung der Herrschaft des Monopolkapitals ist.

KLASSENKÄMPFE VERSCHÄRFEN SICH

Bereits gegen Ende des Wahlkampfes sprachen die Führer der Regierungspartei von der Suche nach Gemeinsamkeiten mit der CDU. An Deutlichkeit läßt Helmut Schmidt nichts zu wünschen übrig, wenn er laut Spiegel den Angehörigen des Öffentlichen Dienstes höchstens 6,4 Prozent Gehaltssteigerungen genehmigen will und den Metallern Lohnleitlinien von 8 Prozent festlegen will. Der Spiegel: „Für den

Fall, daß die Tarifpartner den Schmidt-Befehlen nicht folgen, verlangt der Minister vom Kanzler eine Vollmacht, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit einem Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Lohnsteuer bis zu 10 Prozent zur Ordnung rufen zu dürfen.“

Und eines der vielen Zugeständnisse, die der FDP in den Koalitionsverhandlungen gemacht wurden, ist die Abschreibung der paritätischen Mitbestimmung.

Hier wird deutlich, daß sich die Klassenauseinandersetzungen in der nächsten Zeit verschärfen werden, beginnend mit den Tarifrunden in diesen Wochen. Die Gewerkschafter haben nach dem Wahlergebnis zu erkennen gegeben, daß sie auf ihren Forderungen bestehen werden, zumal die Regierung mit ihrer größeren Mehrheit jetzt einen größeren Handlungsspielraum gegenüber der CDU/CSU habe. Und auch die Studenten werden diese Regierung an der Verwirklichung ihrer Forderungen nach den dringendsten Verbesserungen im Bildungsbereich messen. Bei diesen Kämpfen wird sich erweisen, daß sich der Wahleinsatz der DKP gelohnt hat.

Der MSB-SPARTAKUS hat die DKP in diesem Wahlkampf unterstützt, weil die marxistische Arbeiterpartei in der BRD die Interessen auch der Studenten vertritt, denn sie führt als einzige Partei einen entschlossenen Kampf gegen das Großkapital, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Der Wahlkampf der DKP hat sich gelohnt. Nicht nur, daß die Partei gestärkt wurde, deren Stärke die Voraussetzung für grundlegende Veränderungen ist, ihr Auftreten hat dazu beigetragen, den Wahlkampf zu politisieren.

Wir wissen alle: wo die DKP an den Diskussionen der Parteien beteiligt war, gab es keine Fragen, die ausgeklammert werden konnten, war es für die anderen Parteien unmöglich, sich auf schöne Versprechungen zu beschränken, dort wurde nach der Finanzierung notwendiger Aufgaben gefragt und vom Interessengegensatz zwischen Monopolkapital und Volk gesprochen.

Die DKP im Wahlkampf — das war eine Garantie dafür, daß die Arbeiterklasse nicht allein dem Einfluß der bürgerlichen Parteien überlassen blieb, daß nicht allein parlamentarische Fixierung betrieben wurde, sondern auf die Eigenaktivität der Massen, auf die notwendige Verbindung von außerparlamentarischem und parlamentarischen Kampf orientiert wurde.

Die weitere Stärkung der marxistischen Organisationen in der BRD wird für die kommenden verschärften Klassenauseinandersetzungen, die sich schon im Wahlkampf abgezeichnet haben, unbedingt notwendig.

Die dringenden Forderungen der arbeitenden Bevölkerung und der Studenten werden lauter gestellt; das Unternehmergespenst „Sozialismus“ hat an Schreckwirkung verloren. Der Klassenkampf von oben wird forciert (man denke nur an die großformatigen Anzeigen einer Kapitalgesellschaft am 20. November „jetzt ökonomisch wählen“!)

Der Widerspruch Monopole—Volk wird in Zukunft schärfer zutage treten und an ihrem Einsatz für Monopol- oder Volksinteressen wird die neue Regierung zu messen sein. Die Aufgabe der Marxisten

ist es jetzt, noch stärker als bisher die demokratischen und sozialistischen Alternativen herauszustellen, besonders auch in der Hochschul- und Bildungspolitik als Teil einer Gesamialternative zur Politik der herrschenden Klasse. Dabei wird die Diskussion des Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten eine Hilfe sein. Ein Anfang ist bereits im Wahlkampf mit den Forderungen nach Kürzung des Rüstungshaushalts als Voraussetzung für die Beseitigung der Bildungsmisere gemacht worden. Hier ist dann auch die Rolle der FDP zu klären, die mit ihren schön klingenden bildungspolitischen Vorstellungen viele Stimmen der Studenten auf sich vereinigen konnte, ohne ihnen zu sagen, wie die Vorstellungen ohne Kürzung des Rüstungsetats realisiert werden können. Vor allem aber wird die CDU mit ihrer bildungspolitischen Demagogie zu entlarven sein.

Denn an Gefährlichkeit hat die reaktionäre Partei der Monopole nichts eingebüßt, und so dumm es klingt, es stimmt leider, was der trotzig Pöbel der Jungen Union in der Wahlnacht im Konrad-Adenauer-Haus schrie: „Hi, ha, ho, wir sind noch nicht k.o.“! , zumal Strauß die CDU weiter auf militanten CSU- und Dregger-Kurs drängen wird.

Der Kampf gegen diese Partei und ihr studentisches Anhängsel RCDS, der zum erstenmal offen die CDU in der Wahl unterstützt hat, ist weiterhin wichtig. In den kommenden Konvents- und Parlamentswahlen ist den reaktionären Gruppen eine entschiedene Abfuhr zu erteilen, sind die konsequentesten Vertreter studentischer Interessen zu wählen: SPARTAKISTEN. Die Studenten sind aufgerufen zu prüfen, wer an den Hochschulen für ihre Forderungen aktiv geworden ist; sie seien auch noch einmal daran erinnert, daß die Parteien, die für den Bildungsnotstand in der BRD verantwortlich sind, es nicht einmal für nötig erachtet haben, auf dem zentralen VDS-Parteihearing in Hamburg zu erscheinen.

SPD KEINE ALTERNATIVE

Die Illusion vieler Studenten, die immer noch in die Politik der sozialdemokratischen Führung gesetzt werden, und unsere prinzipielle Haltung zum Sozialdemokratismus machen aber auch eine schärfere Auseinandersetzung mit dieser Politik notwendig. Wir werden dabei in Theorie und Praxis nachweisen, was der Inhalt dieser Politik ist, daß die SPD keine Alternative zum staatsmonopolistischen System ist.

Zu verhindern, daß sich nichterfüllte Erwartungen in die SPD/FDP-Regierung in Resignation oder Zulauf zu Strauß und Barzel verwandeln, sondern zu einem Aufschwung der Massenaktionen führen, in ein wachsendes Vertrauen in die eigene Kraft — das ist die Aufgabe, die vor uns steht.

Wir werden sie dann erfüllen können, wenn wir ohne eine Haltung des „Wir haben es schon immer gewußt“ auf die Aktionseinheit bezogene politische Massenarbeit entfalten.

Genosse Stadtrat

Beachtliche Erfolge errang die DKP im Kommunalwahlkampf in Hessen. Hier einige Ergebnisse – von der bürgerlichen Presse beharrlich totgeschwiegen: Für die DKP stimmten in Marburg 5,3 Prozent = 2 DKP-Stadtverordnete; Mörfelden 10,9 Prozent = 4 DKP-Stadtverordnete; Butzbach 9,0 Prozent = 3 DKP-Stadtverordnete; Reinheim 10,0 Prozent = 3 DKP-Stadtverordnete; Gersfeld 5,1 Prozent = 1 DKP-Stadtverordneter; Dietzenbach 5,2 Prozent = 2 DKP-Stadtverordnete; Langenselbold 9,4 Prozent = 3 DKP-Gemeindevertreter; Neuberg 10,0 Prozent = 2 DKP-Gemeindevertreter.

Zwei DKP-Stadtvordnerte also zum Beispiel in der Universitätsstadt Marburg. Was bedeutet das für diese Stadt und besonders für ihre Studenten?

Daß die soziale und materielle Misere an westdeutschen Hochschulen immer größere Ausmaße annimmt, wissen wir. Marburg ist da keine Ausnahme. Beispiel: Chronisch wachsendes Wohnungsdefizit – damit einhergehend stetig steigende Mietinflation und ein ständig perfider werdendes Maklerunwesen. Auf den Bau eines Wohnheims warten Marburgs Studenten seit 1962 vergebens, obwohl Geld dazu schon seit etlichen Jahren bewilligt ist. Der Magistrat der Stadt hat den Bau am ursprünglich geplanten Ort abgelehnt – aus „Stadtbilderwägungen“, wie es so schön heißt. Gegen den Bau eines Betonklotzes (Eigentumswohnungen) durch eine Frankfurter Bau- und Maklergesellschaft hatte er freilich nichts. Die Erklärung dafür ist – wie meistens in dieser Gesellschaft – recht einfach: Studentenwohnheime werfen zu wenig Profit ab oder gar keinen. Nach Ablehnung des Standortes wurden 12 Monate lang 8 weitere durchprobiert und geprüft. Das Ergebnis: Zum Schluß landete man wieder am ursprünglich geplanten. Bei den explosionsartig gestiegenen Baupreisen würde die damals bewilligte Bausumme gerade noch zum Ausheben

der Baugrube und zum Gießen der Fundamente reichen. Derzeit scheint überhaupt alles eingeschlafen zu sein – aus „Stadtbilderwägungen“.

tieft erschüttert“. SPD-Oberbürgermeister Drechsler war „unangenehm berührt“: Die DKP hatte nämlich in Marburg 5,3 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Sie zieht damit mit zwei Abgeordneten ins Marburger Stadtparlament ein. Einer von ihnen, Uli Stang (Kreisvorsitzender, Chemielaborant und Student), ist Mitglied des MSB SPAR-TAKUS!

„Kommunisten im Parlament zu haben, das bedeutet, die Bedingungen auch für den außerparlamentarischen Kampf der werktätigen Bevölkerung und aller Demokraten, dieser wichtigsten Form des Kampfes, zu verbessern.“ (Jupp Angenfort, 4. Tagung des Parteivorstandes der DKP.) Was heißt das konkret für die Verbesserung des demokratischen Kampfes für die Studenten?

Daß die Mauscheleien der bürgerlichen Parteien hinter verschlossenen Rathhaustüren ein jähes Ende genommen haben, liegt klar auf der Hand: parlamentarischer Kampf gegen Grundstücksspekulation, Mietwucher, gegen Tarifierhöhungen im öffentlichen Nahverkehr, ebenso bei den übrigen Tarifen wie Strom, Gas, Wasser usw. Das liegt im Interesse der meisten Studenten, würde ihren



Wahlkampf der DKP in Hessen

Wie immer gilt auch hier, geschenkt bekommt man nichts, davon wissen Marburgs junge Arbeiter und Angestellten und Studenten, die seit langem ein integriertes Jungarbeiter- und Studentenwohnheim fordern, ein Lied zu singen. Allein massenhafter Druck und Protest sind in dieser Gesellschaft die Mutter von raschen Entschlüssen. Nach aller Erfahrung wirkt kombinierter Druck am besten: solcher der in den Parlamenten und außerhalb ausgeübt wird. Darum ging es am 22. Oktober bei den hessischen Kommunalwahlen. Noch am Abend des gleichen Tages zeigte sich der CDU-Spitzenkandidat Wallmann (Dreggers rechte Hand) „zu-

Geldbeutel entlasten und das Studium einfacher machen.

Ferner: Kampf um Ausbau des Wohnungswesens und der Erweiterung der Studentenwohnheime, Mitspracherechte bei der Wohnheimplanung und bei der Vergabe von Sozialwohnungen für gewählte Vertreter der Studentenschaft. Ferner: frühzeitige Informationen für fortschrittliche Organisationen an der Hochschule und die Organe der verfaßten Studentenschaft, Informationen aus Stadtjugendausschuß zur Stärkung des Bündnisses der arbeitenden und lernenden Jugend, um nur einige Beispiele zu nennen, die die Effektivität des außerparlamentarischen Kampfes erhöhen.

DER ZWANG

Nach einer Reise in die DDR wollten die Zurückgebliebenen wissen, ob der Arbeiter B. Zwang gesehen habe. Ja, sagte B., und: in hohem Maße. Jeder zwingt dort jeden in die Schulen, in die Leitung des Staates und in die Organisation der Wirtschaft. Der Zwang dort ist ungeheuer.

Von Peter Maiwald

Terror gegen Ausländer bedroht alle Demokraten

Nach dem Terror-Anschlag während der Olympischen Spiele in München setzte eine systematisch geschürte Hetz-Aktion gegen arabische Arbeiter und Studenten ein. Hunderte von ihnen wurden inzwischen ausgewie-

sen, ihre demokratischen Organisationen GUPS und GUPA von Innenminister Genscher verboten. Eine endgültige Bilanz der pogromartigen Hetze liegt noch nicht vor; wir werden weiter darüber berichten.

Schwerbewaffnete Polizeieinheiten umstellen am helllichten Tag Studentenheime und Arbeiterunterkünfte, mit gezogenen Pistolen werden Araber auf offener Straße verhaftet und ins nächste Flugzeug nach Israel oder Jordanien abgeschoben.

„Sie haben erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland verletzt“, so waren die Begründungen für die widerrechtlichen Abschiebungsaktionen, die generalstabsmäßig durchgeführt wurden und keine Möglichkeit ließen, Rechtsmittel einzulegen.

„Widerspruch gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats einlegen“ — ob das aus einem jordanischen

Gefängnis oder israelischen KZ noch möglich ist? GUPS und GUPA, die beiden palästinens-

die Bevölkerung aufgeklärt über den wirklichen Grund dieser Pogromhetze gegen fortschrittliche Araber, konnte das



Hungerstreik gegen Ausweisungsverfügung in Bonn

Der Bund Freiheit der Wissenschaft/Sektion Bonn teilt mit:

Verbot ausländischer Extremistenorganisationen genügt nicht

Es wäre voreilig zu meinen, daß mit dem Verbot von zwei extremistischen palästinensischen Organisationen der Kampf gegen den politischen Terror auf dem Boden der Bundesrepublik gewonnen sei. Gewaltverherrlichung und Bereitschaft zu terroristischen Aktionen mit antizionistischer Motivation verbindet seit längerer Zeit — verstärkt in den vergangenen drei Jahren — linksradikale deutsche Organisationen und ausländische Gruppierungen. Nur dann kann der Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik ernsthaft begegnet werden, wenn die offenkundige enge Kooperation zwischen deutschen Linksradikalen und ausländischen Extremisten durch Verbot auch der deutschen Organisationen unterbunden wird.

sischen Organisationen, deren Mitglieder besonders betroffen sind von den Überschreitungen der Innenminister und ihrer Polizeikräfte, haben sich von den Ereignissen in München immer wieder distanziert. Den Ausgewiesenen konnte auch in keinem Fall eine kriminelle Tat nachgewiesen werden.

Doch man hatte wohl nicht mit den massiven Protesten aus der Öffentlichkeit gerechnet, gegen das verfassungswidrige Vorgehen gegen arabische Arbeiter und Studenten, die z. T. kurz vor dem Examen standen, von ihrer Familie getrennt wurden oder — wie in mehreren Fällen — trotz Transportunfähigkeit an israelische oder jordanische Behörden ausgeliefert wurden.

In zahlreichen Aktionen, an denen sich neben Kommunisten, Sozialdemokraten und liberalen Kräften auch Nichtorganisierte beteiligten, in Kundgebungen, Protestaktionen, aber auch unter Nutzung aller juristischen Möglichkeiten wurde

widerrechtliche Vorgehen offengelegt werden und zum Teil verhindert werden. Die Generalunion Palästinensischer Studenten und die Generalunion Palästinensischer Arbeiter wurden willkürlich verboten. „Endlich wird gehandelt: Bonn zerschlägt arabische Terrorgruppen“, frohlockte die Bildzeitung am nächsten Tag. Herr Genscher allerdings weiß sehr genau, daß GUPS und GUPA keine Terror-Organisationen sind; und so konnte er in seiner Verbotsverfügung hierfür auch keinerlei Beweise beibringen. GUPS und GUPA sind demokratische Organisationen, die sich unmittelbar nach den Münchner Terroranschlägen davon distanziert haben. Was den „Verfassungsschützern“ blieb, war die Verleumdung, bei der Distanzierung handele es sich um ein Täuschungsmanöver. Der wahre Verbotgrund: „Die GUPS (bzw. GUPA) betätigt sich politisch“ (Zitat aus der Verbotverfügung), und zwar nicht im Sinne der Herrschenden. Mit dem Verbot soll die

gerechte Sache der Palästinenser diffamiert werden, sollen die Palästinenser mundtot gemacht werden. Damit beugt sich die Bundesregierung dem Druck Israels und der äußersten Rechtskräfte im eigenen Land.

Man spricht jetzt schon offen von einem Verbot der persischen Studentenunion



Genscher: Trotz seiner scheinheiligen Beteuerungen ist die bloße Mitgliedschaft bei GUPS und GUPA Ausweisungsgrund.

CISNU und weiterer 50 ausländischer Organisationen. Vorangetrieben werden diese Verbotsdrohungen nicht zuletzt vom RCDS. „Zur Kooperation zwischen Linksradikalen in der BRD und ausländischen Extremisten“ heißt eine Schrift, die gerade rechtzeitig erschien, um in die Pogrom-Hetze gegen ausländische Studentenorganisationen auch noch gleich demokratische und sozialistische westdeutsche Gruppen einzubeziehen. Verfasser: RCDS-Chef Gerd Langguth und Roland Kimmich, der ehemalige Hamburger RCDS-Vorsitzende, dem im letzten Semester die enge Zusammenarbeit mit Neonazis nachgewiesen werden konnte.

Ins gleiche Horn wie diese beiden sauberen Demokraten stößt auch ein Vertreter des Verfassungsschutzes im Prozeß gegen einen arabischen Kommilitonen aus Hamburg, wenn er eine Verbindung zwischen dem Angeklagten, dem damaligen SPARTAKUS AMS und einem angeblichen Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe konstruiert.

Aber die demokratische Öffentlichkeit weiß, was sie von den Aussagen und Forderungen dieser Leute zu halten hat. Mehrfach ist es schon vorgekommen, daß arabische Staatsbürger kurzerhand ausgewiesen wurden, wenn sie zuvor ein „Angebot“ des Verfassungsschutzes, als Handlanger für dessen schmutzigen Geschäft tätig zu werden, abgelehnt hatten. Einigen dieser gefährdeten Studenten bot sich aber inzwischen die Möglichkeit, ihr Studium in der DDR fortzusetzen.

... UM RECHTSMITTEL AUSZUSCHLIESSEN

WIE IN EINEM „DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAAT“ EINE AUSWEISUNGSVERFÜGUNG AUSSIEHT

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Behörde für Inneres 2 Hamburg 1 Hachmannplatz 2

Einwohner-Zentralamt 30

Behörde für Inneres 2 Hamburg 1 Hachmannplatz 2

Herrn

Adnan ABU-AYYASH

geb. 15. 1. 1945 in Beit Ummar/Jordanien

Staatsangehörigkeit Jordanien

2 Hamburg 71

Bossardstr. 16

Betr.: Ausweisung aus der Bundesrepublik Deutschland

Ausweisungsverfügung

Auf Grund des § 10 Absatz 1 Nr. 11 in Verbindung mit § 13 des Ausländergesetzes (AuslG) vom 28. April 1965 (BGBl. S. 353) werden Sie aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgewiesen und abgeschoben.

Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung wird gemäß § 80 Absatz 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. Januar 1960 (BGBl. I S. 17) angeordnet.

Durch diese Ausweisung ist eine bisher bestehende Aufenthaltserlaubnis erloschen. Ein weiterer Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland oder eine Rückkehr ohne eine besondere Erlaubnis, das Gebiet des Geltungsbereichs des Ausländergesetzes kurzfristig zu betreten, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft (§ 47 Absatz 1 Nr. 2 AuslG).

Die Kosten der Abschiebung haben Sie zu tragen (§ 24 Absatz 6 AuslG).

Begründung:

Arabische Attentäter haben in der Bundesrepublik Deutschland am 4./5. 9. 1972 Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft überfallen und bei einem Befreiungsversuch ermordet. Durch diese Tat, die in der ganzen Welt verurteilt worden ist, sind die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und die hier lebenden Ausländer in einem bisher nicht zu verzeichnenden Maße beunruhigt.

Es sind daher Maßnahmen der staatlichen Organe geboten, durch die zukünftige Beeinträchtigungen der öffentlichen Sicherheit im Bundesgebiet durch ähnliche Taten von ausländischen Terroristen vereitelt werden. Dazu gehört die Entfernung von Ausländern, die durch ihr Verhalten oder ihr Auftreten oder Veröffentlichungen zu erkennen geben, daß sie solche Gewalttaten von Ausländern verherrlichen, rechtfertigen oder billigen. Den Terroristen soll dadurch die tatsächliche oder ideelle Unterstützung durch Gleichgesinnte und Sympathisanten genommen werden, um zu verhindern, daß sie zukünftig durch einen wie auch immer gearteten Rückhalt seitens hier lebender Ausländer zu politischen Gewalttaten ermutigt werden.

Sie sind Mitglied der El-Fatah sowie der „Generalunion Palästinensischer Studenten“ (GUPS) in Hamburg. El-Fatah ist eine arabische Terrororganisation, GUPS ihr unterstellt. Sie unterstützen durch Ihre Mitgliedschaft die terroristischen Ziele dieser Gruppen.

Ihre weitere Anwesenheit im Geltungsbereich des Ausländergesetzes beeinträchtigt deshalb erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland.

Die Beunruhigung der hier lebenden Bevölkerung, die Furcht vor weiteren zum Teil bereits angekündigten Gewalttaten und die weltweite Beachtung der von deutschen Behörden zu ergreifenden Maßnahmen begründen den Vorrang des öffentlichen Interesses an Ihrer Entfernung aus dem Geltungsbereich des Ausländergesetzes vor Ihrem Einzelinteresse an einem Verbleiben im Bundesgebiet zur Fortsetzung Ihres bisherigen Aufenthaltszwecks.

Im Bundesgebiet hält sich eine erhebliche Zahl von Ausländern illegal auf, unabhängig von Ihrer möglichen Bereitschaft, das Bundesgebiet freiwillig zu verlassen, gebietet der geschilderte Sachverhalt aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Überwachung Ihrer Ausreise, um dadurch zu verhindern, daß Sie die Möglichkeit erhalten, ebenfalls in die Illegalität unterzutauchen und sich damit Ihrer Entfernung aus dem Bundesgebiet zu entziehen. Für die Androhung der Abschiebung unter Fristsetzung war aus dem gleichen Grunde kein Raum.

Bei der geschilderten Sachlage ist im Hinblick auf das von Ihnen gezeigte Verhalten die Anordnung der sofortigen Vollziehung dringend geboten, um auszuschließen, daß Sie durch die Einlegung von Rechtsmitteln und den damit verbundenen Suspensiv-effekt Ihre sofortige Entfernung vereiteln und weiterhin in der Lage sind, arabische Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen bzw. ihrem Tun Vorschub leisten.

Oberamtsrat

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der umseitig bezeichneten Dienststelle einlegen.

Verboten, was dem Boss nicht paßt?

Kurz vor den Bundestagswahlen hat das Bundesarbeitsgericht ein Urteil gefällt, das allen demokratischen Prinzipien hohnspricht.

Der Fall: Die Bayerische Vereinsbank, Zweigstelle Friedburg, hatte zum 31.

sten Arbeitsrichter: „Ein Arbeitnehmer darf bei der Ausübung des Grundrechts (der Meinungsfreiheit) den Interessen des Arbeitgebers nicht zuwiderhandeln oder diese beeinträchtigen.“ Es gibt keine Klassenjustiz in der BRD?



Zwei Freunde: Arbeitgeber-Präsident Otto A. Friedrich und Bundesarbeitsgerichts-Präsident Gerhard Müller.

Dezember 1970 einem Bankkaufmann gekündigt, der während des Landtagswahlkampfes im gleichen Jahr in seiner Freizeit Flugblätter der Deutschen Kommunistischen Partei verteilt hatte. Die Bank begründete damals die Kündigung mit angeblicher Schädigung ihrer Geschäftsinteressen. Der Betroffene klagte beim Arbeitsgericht. In allen drei Arbeitsgerichtsinstanzen wurde die Klage jedoch abgewiesen. Der Spruch der ober-

In letzter Konsequenz bedeutet dieses Urteil die Auslieferung jedes Arbeiters und jedes Angestellten an die Unternehmer-Willkür. Jede gewerkschaftliche Maßnahme, die nicht im Interesse der Bosse ist, kann bei jedem einzelnen, der sie vertritt, die Kündigung zur Folge haben. Die Kasseler BAG-Richter haben sich als Büttel der Monopolherren restlos entlarvt. Aber ob der Maulkorb wirklich ange-

paßt wird, entscheiden nicht eine Handvoll gesetzter Herren in Roben, das entscheidet auch nicht die Hundertschaft von Mopolisten in diesem Staat — das liegt in den Händen derer, gegen die das grundgesetzwidrige Urteil gerichtet ist.

Zahlreiche demokratische Organisationen und Gewerkschaftsgliederungen, sowie Einzelpersonlichkeiten haben bereits schärfsten Protest gegen den Maulkorb-Spruch erhoben. Der 8. Ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen erklärte zum Beispiel:

„Wir betrachten dieses Urteil als massiven Angriff auf das von der Verfassung gesicherte Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Dieses Urteil macht Arbeitnehmer auch rechtlich zu Menschen zweiter Klasse, da nunmehr auch die Grundrechtsausübung den Interessen der Unternehmer unterworfen wird. Dieser schleichende Umbau unserer Rechtsordnung muß entschieden bekämpft werden. Wir fordern daher den Hauptvorstand auf, über den DGB-Bundesvorstand darauf hinzuwirken, daß dieses Urteil als Verstoß gegen die Verfassung angefochten wird.“

Darüber hinaus ist eine öffentliche Protestbewegung gegen dieses Maulkorb-Urteil von der Gewerkschaft HBV in Gang zu setzen.“

UZ

Unsere Zeit Zeitung der DKP

Die Zeitung der Arbeiter die Millionäre gegen

Dahinter steckt Erfahrung. Dahinter steckt die marxistische Arbeiterpartei, die DKP. In jeder Nummer der UZ: die Konzernpolitik wird entlarvt, die Situation an Schulen und Hochschulen wird durchleuchtet. Und was genau so wichtig ist: Anleitung zum Handeln für den gesellschaftlichen Fortschritt. Jede Woche.



Hiermit bestelle ich die UZ — Unsere Zeit — für ein Jahr zum vierteljährlichen Bezugspreis von DM 6,50



Bitte schicken Sie mir Probeexemplare

Unterschrift

Name

Wohnort

Straße

Absenden an:
Dr. Wenzel Verlag GmbH
4100 Duisburg-Beeck
Pothmannstraße 12

BRD kurz

7000 UNTERSCHRIFTEN

Mehr als 7000 Bürger haben die Initiative des DFU-Direktoriums-Mitglieds Graf von Westphalen, „Den Antikommunismus zurückweisen“, einen Aufruf gegen das Berufsverbot, unterzeichnet. Die Unterzeichner des Aufrufs, der vor knapp zwei Monaten erschien, kommen aus allen Schichten der Bevölkerung und fordern die Zurücknahme des „Extremisten-Beschlusses“ der Ministerpräsidentenkonferenz vom Januar dieses Jahres.

SCHÜLER ANGEHEUERT

Vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Kiel hat der bisherige Oberschüler Uwe Holtmann von der Ostseeinsel Fehmarn als Zeuge ausgesagt, daß der Verfassungsschutz ihn als Spitzel anwerben wollte. Als Mittelsmann sei dabei der Polizeihauptwachtmeister Koeppe aufgetreten. Er habe dem Schüler eine bezahlte Urlaubsreise angeboten, falls er bereit sei, Leute zu überwachen. Zunächst sollte der Schüler auf seinen Religionslehrer Neese sowie auf das SPD-Mitglied Mühlfriedel angesetzt werden, um sie im Sinne der Berufsverbotsbeschlüsse der Ministerpräsidenten auf „Linksradikale Tendenzen hin“ zu bespitzeln. Holtmann, selbst Mitglied der SPD, informierte die Öffentlichkeit über diese Umtriebe.

Öffentlichkeit über diese Umtriebe. Der Kieler Verfassungsschutz-Chef „entschuldigte“ sich vor dem Untersuchungsausschuß mit der Bemerkung, sonst sei sein Amt „bei Anwerbung von Minderjährigen zurückhaltender“.

STRAUSS BEI NAZIS

Die italienische Parteizeitung der Neofaschisten „Il Borghese“ 1972 hat ein Interview mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß veröffentlicht. Aufgrund der einsetzenden Kritik in der BRD bestritt Strauß-Referent Herbert Etingruber die Echtheit des Interviews. Diese Beschuldigung wurde von der Redaktion der italienischen Zeitung zurückgewiesen, die erklärte: „Wir haben wirklich mit Strauß gesprochen.“ Interviewer war Nevine Gun, der feststellte, daß die Zusammenkunft am 12. Oktober dieses Jahres in der Münchener Landeszentrale der CSU in der Lazarettstraße stattgefunden habe. Es habe auch darüber keinen Zweifel bestanden, daß das Gespräch in der Zeitung „Il Borghese“ veröffentlicht werden sollte. Dies sei auch insofern ausgeschlossen, da die Korrespondenz mit der CSU auf Kopfbogen mit der genauen Bezeichnung der italienischen Zeitung erfolgt sei.

Strauß brachte in diesem Interview einmal mehr seine revanchistischen Gedanken und seine Ablehnung der Ostverträge vor.



Elan-Poster

VERLEUMDUNG

Der landespolitische Ausschuß der DKP in Bayern sowie die Landesverbände von SDAJ und MSB SPARTAKUS beantragten eine einstweilige Verfügung gegen den CSU-nahen „Münchner Merkur“ und stellten Strafantrag gegen Springerzeitungen wegen Beleidigung und Volksverhetzung. Der „Münchner Merkur“ hatte unter Berufung auf eine angebliche Verlautbarung des bayerischen Kultusministeriums behauptet, SDAJ und MSB SPARTAKUS seien „verantwortlich für Aufrufe zum Bombenterror an bayerischen Schulen“.

„Bild“ und „Welt am Sonntag“ hatten die Falschmeldung verbreitet, „Kommunisten mit Koffern voll Maschinenpistolen — rote Terroristen in Solln gefaßt“, obwohl es sich um Neonazi-Terroristen handelte.



Wie in Großbetrieben, wo schon häufig Unternehmensleitungen oder unternehmerhörige Gruppen Flugblätter und Zeitungen der DKP fälschten, werden jetzt auch Schüler belogen und betrogen. Außerlich bis zu den Zwischenüberschriften kopiert, wird von der Bundeswehr eine Fälschung der bekannten DFU-Schrift gegen Wehrkunde verteilt.

Herausgeber ist jedoch ein ominöser „Arbeitskreis für Landesverteidigung“. Das Pamphlet erschöpft sich in Verleumdungen, Tatsachenverfälschungen und Berichten über „DDR-Wehrkunde“ (Bogenschießen). — Auch in Wilhelmshaven tauchten bei der Aktion „Gegen Offiziere als Lehrer“ gefälschte Flugblätter auf.

Auch das noch!

Als Hamburgs ranghöchster „Staatschützer“ bei einem Übungsschießen den Colt elegant aus der Hüfte ziehen wollte, schoß er sich — ins eigene Hinterteil. Der Amtssessel des Chels aller hanseatischen V-Leute ist verwaist. Auweja! Der Vorfall zeigt: nicht nur der Mann, sondern auch sein ganzes Amt ist zu entbehren. Denn da als wichtigstes Eignungsmerkmal für diesen Job die völlige Blindheit gegenüber wirklichen Feinden der Demokratie ist, kommt allemal nur eins dabei raus: ein Schuß in die eigene Hose!

uz/hu

HOCHSCHULE

Bildungsnotstand? Ach woher denn!

WIE EIN MINISTER ZAHLEN VERDREHT

Wer es bis jetzt noch nicht gewußt hat, wird nun überzeugt sein. Eine materielle Misere an den Hochschulen gibt es gar nicht. Bundeswissenschaftsminister Dohnanyi beweist es: „Eine kritische Prüfung der Zahlen beweist dies: Wenn Sie die Hochschullehrer-Studenten-Relationen, die 1975 erreicht sein sollten, aber jetzt bereits erreicht wurden, sachlich wer-

Die Studenten haben allen Grund, sich über diese intensive Betreuung zu freuen. Beispielsweise an der PH Oldenburg, wo das Verhältnis Lehrende — Studenten in der Schulpädagogik 1 : 284, in der Psychologie 1 : 214, in der allgemeinen Pädagogik 1 : 190 beträgt, beispielsweise an der TU Hannover, wo 10—20 Prozent der Lehrstellen nicht besetzt sind; beispielsweise an der Universität München, wo durchschnittlich 20 Prozent der Lehrstühle vakant sind...

BEI ALLEM VERSTÄNDNIS ...

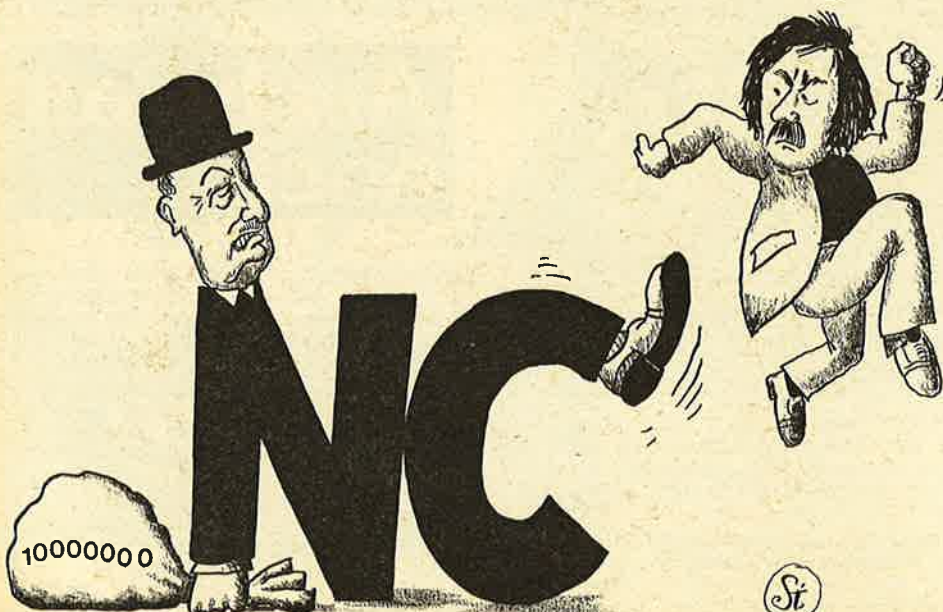
Die Mehrzahl also der Studenten kann sich tagtäglich überzeugen, wie hervorragend es mit den Studienbedingungen bestellt ist. Nur recht also, wenn der Staat die Personalforderungen der Hochschulen und Fachbereiche als unverschämt zurückweist. Zur endgültigen Überwindung gewisser Schwächen unseres Hoch-

ten, so werden Sie feststellen, daß wir hier Größenordnungen haben, die denen der britischen Hochschulen, die ja für ihre intensive Betreuung bekannt sind, kaum nachstehen.“ (Aus dem Schreiben v. Bundeswissenschaftsminister Klaus v. Dohnanyi an den VDS, 7. 11. 1972)



Ford-Manager und Zahlenjongleur
Dohnanyi

schulsystems hat Dohnanyi schon eine Lösung parat: „Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit der eigenen Fortbildung und eigenen wissenschaftlichen Arbeit halte ich es für nicht vertretbar, wenn Assistenten zwar den Personaletat in der Hochschule belasten, für die Lehraufgaben in der Hochschule aber gar nicht zur Verfügung stehen.“ (Aus dem Schreiben des Bundeswissenschaftsministers an den VDS vom 7. 11. 1972)



Auch die VDS-Enthüllungen über ein Geheimpapier der Bund-Länder-Kommission, wonach wir 1975 mit Bildungsausgaben von 53 — statt wie ursprünglich geplant mit 58 Milliarden zu rechnen sei, entlarvt Dohnanyi schonungslos: „Sie behaupten, die Drucksache PA 49/72 der Bund-Länder-Kommission sei mehr als eine Arbeitsunterlage. Das ist aber falsch.

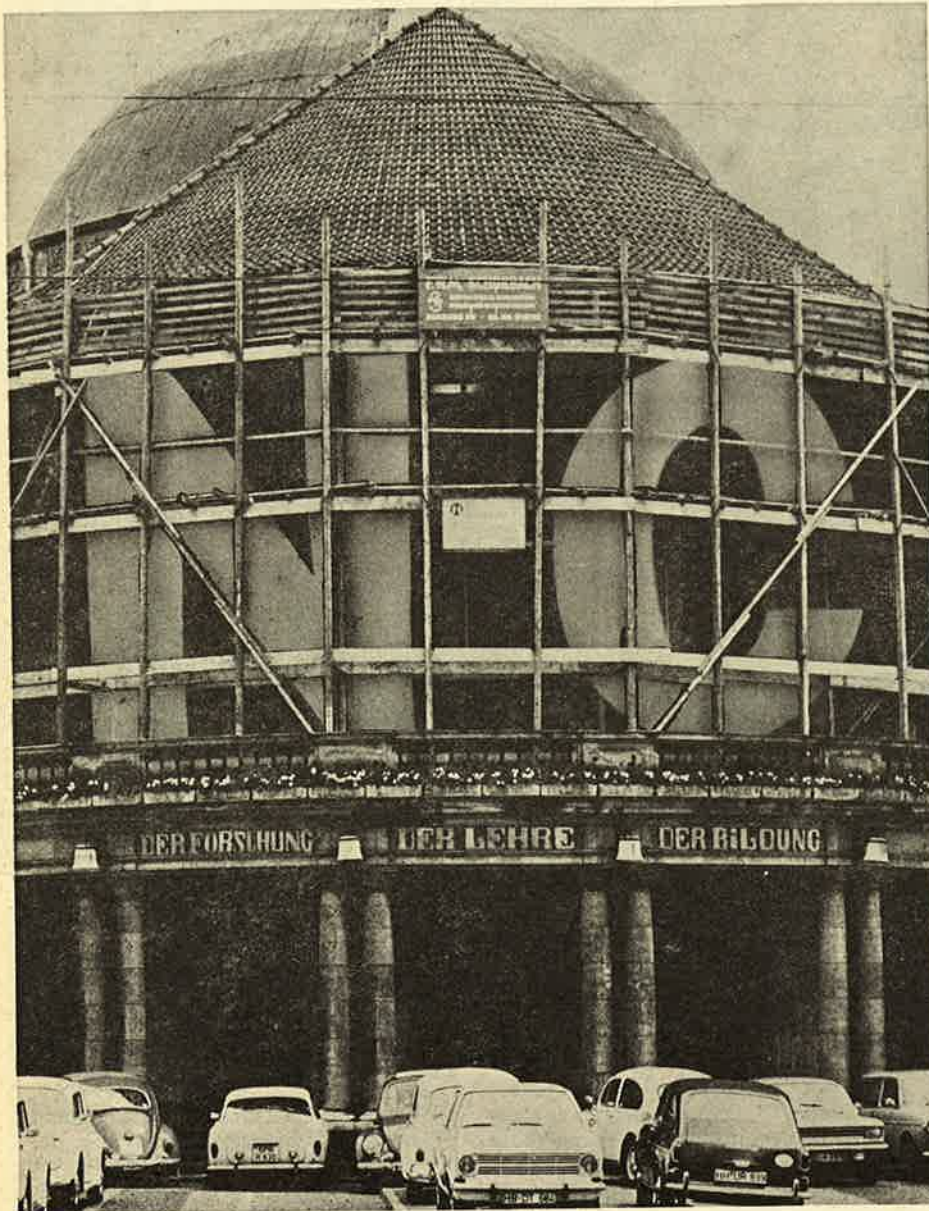
Strauß, Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher, haben sich in einem Interview mit der Zeitschrift ‚betrifft: Erziehung‘ zu diesem Beschluß bekannt. Besonders Franz-Josef Strauß hat die Entscheidung des Finanzplanungsrats begrüßt: „Die Empfehlung, die der Finanzplanungsrat am 14. Sept. 1972 zur Bildungsfinanzierung abgegeben hat, führt wieder auf den

kann... Steuererhöhungen völlig ausschließen, es ist durchaus möglich, daß wir bei einem Regierungsantritt nach Sichtung der vorgefundenen Hinterlassenschaft auch zu Steuererhöhungen als letztem Mittel greifen müssen.“

Helmut Schmidt: „Soll eine Ausweitung des staatlichen Anteils am Bruttosozialprodukt aber ohne Überforderung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens erfolgen, so kann der Frage von Einnahmeverbesserung des Staates über Steuererhöhungen nicht ausgewichen werden. In der finanzpolitischen Diskussion der letzten Zeit ist die Frage des Abbaus von Steuerbegünstigungen und von Steuererhöhungen auch kein Tabu gewesen.“
Hans-Dietrich Genscher: „Wir müßten den Anteil der öffentlichen Hand an der Verwendung des gesamten Sozialprodukts vermehren und d. h. praktisch, wir werden die Steuern erhöhen müssen.“

Womit denn klargestellt wäre:

- 1. Bis 1975 wird es keine realen Verbesserungen im Bildungswesen geben. Das das von der Bund-Länder-Kommission angestrebte Verhältnis Lehrende/Lernende für 1975 bereits heute erreicht



Hamburger Universität: Als erste Hochschule durch Numerus clausus für Studienanfänger total verbarrikadiert

Denn sie diene nur der Vorbereitung politischer Beschlüsse.“ Inzwischen ist darüber schon beschlossen worden. Der Finanzplanungsrat hat festgestellt, daß für 1975 von einem Betrag von 53 Milliarden für Bildung und Wissenschaft auszugehen sei und der Anteil für Wissenschaftsausgaben am Bruttosozialprodukt 1980/85 nicht auf über 6 Prozent gesteigert werden könnte (im Gegensatz zu den vorgesehenen 8 Prozent im Bildungsbericht und im SPD-Langzeitprogramm). Die möglichen Finanzminister der drei im Bundesrat vertretenen Parteien, Franz-Josef

Boden der Tatsachen zurück. Entgegen der von der Bundesregierung Brandt/Scheel angefangenen Reform euphorie, insbesondere auf dem Bildungssektor, steht nun fest, was nach der Auffassung der Finanzminister insgesamt realisiert werden kann. Insofern ist ein begrüßenswerter Bezug zur Wirklichkeit hergestellt, der lange fällig war.“ Gleichzeitig geben die Finanzminister in spe im Grunde zu, daß sie zur Finanzierung der Mehrausgaben für die Bildung Steuererhöhungen vorsehen.

Franz-Josef Strauß: „Kein Finanzminister



Der NC ist überflüssig!

**FORDERUNGS
PROGRAMM
ZUR
ÜBERWINDUNG
DES
NUMERUS CLAUSUS
AN DEN
HAMBURGER
HOCHSCHULEN**

Preis: 0,50 DM

Die Ortsleitung des MSB SPARTAKUS Hamburg hat eine Broschüre erarbeitet, die in vorbildlicher Weise ganz konkret aufzeigt, wie der NC kurzfristig überwunden und wie längerfristig die Abschaffung der Hochschulmiserie in einem demokratischen Bildungssystem erreicht werden kann. Die Arbeit ist im neuen facit 28 nachgedruckt.

ist, braucht man hier nichts mehr zu ändern. Die Ausbildungsförderung wird auf dem Stand von 1971 eingefroren.

- 2. Mit der Erklärung, selbst eine Steigerung auf etwa 6 Prozent des Brutto-

**Bildung ist
kein Ungeheuer,
doch den Bossen
viel zu teuer**



sozialprodukts in 1980/85 erscheine nicht realisierbar, unternimmt der Finanzplanungsrat den Versuch, den Ausbau des Bildungswesens zu stoppen und auf den Stand des Jahres 1970/71 festzuschreiben. Eine einfache Rechnung ergibt: Ein Bildungsbudget von 100 Milliarden DM im Jahre 1985, das einem Anteil am Bruttosozialprodukt von 8 Prozent entspräche, müßte nach den Vorstellungen des Finanzplanungsrates auf 6 Prozent: 75 Milliarden DM gesenkt werden. Nach Expertenberechnungen werden allerdings wenigstens 8 Prozent der für 1985 veranschlagten Ausgabe allein für die bloße Fortschreibung des Bildungswesens benötigt, nach unserer Rechnung also 80 Milliarden DM. Somit zu erwartender Fehlbedarf für die einfache Fortschreibung: wenigstens 5 Prozent = 5 Milliarden.¹

- 3. Der Bildungsnotstand wird auf dem Rücken der Arbeiterklasse, die durch Steuererhöhungen zur Kasse gebeten werden soll, auf dem Rücken der Schüler, Studenten und Lehrer, die unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen zu

leiden haben, ausgetragen.

Dies wird auch deutlich am Problem des Numerus clausus. Spätestens seit dem Numerus clausus-Verewigungstaatsvertrag ist klar geworden, daß der NC keine Überbrückungsmaßnahme darstellt. Er ist zu einem Instrument der Bildungsplanung geworden. Mit dem NC werden die Studentenzahlen den ungenügenden Kapazitäten an den Hochschulen angepaßt.

Zukünftig sollen unter Ausschluß der Hochschulen, ohne gewerkschaftliche Mitbestimmungsmöglichkeiten staatliche Institutionen über die Zulassung zum Studium entscheiden. Die ungerichten Zulassungskriterien — vor allem der Abiturnoten — werden beibehalten.

Der Numerus clausus-Staatsvertrag ist verfassungswidrig, weil er das Grundrecht auf Bildung außer Kraft setzt. Er widerspricht den Interessen der Arbeiterklasse, weil er vor allem Arbeiterkinder von den Hochschulen fernhält, er widerspricht den Interessen der Schüler, die nicht das studieren können, was ihren Fähigkeiten und Neigungen entspricht oder die gar kein Studium aufnehmen können.

PROF. WOLFRAM ENGELS, Betriebswirtschafts-Ordinarius an der Uni Frankfurt, CDU-Bundestagskandidat, Mitglied der Steuerreformkommission der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der „Wirtschaftswoche“ vom 6. Oktober 1972:

„Die Justiz oder die Verteidigung kann man nicht über Preise regeln. Aber gewiß ein Drittel der Staatsleistungen, die heute über Steuern finanziert werden. Beispielsweise die Hochschule. Die Hochschulen sollten sich über Studiengebühren finanzieren, die heute bei 3000 bis 5000 DM pro Student liegen müßten. Die Studenten ihrerseits erhielten Stipendien, die sie später als Zuschlag zur Einkommensteuer zurückzahlen. Damit wäre nicht nur das Problem der Hochschulfinanzierung gelöst. Ein solches Verfahren wäre auch viel gerechter. Entscheidend aber ist, daß Universitäten, die sich über hohe Studiengebühren finanzieren, um die Studenten konkurrieren müßten. Auf diese Weise hätten wir bald keinen Numerus clausus mehr, weil die Hochschulen an vielen Studenten interessiert wären und weil die Studenten sich bemühten, ihre Studienzzeit zu verkürzen.“

¹ Vgl.: Holger Lührig in: „Betrifft: Erziehung“ extra, 23. Oktober 1972.



Aus der Analyse der Situation im Bildungswesen geht hervor, wie nötig es die Verwalter des Bildungsnotstands haben, die Misere zu verschweigen. Doch die Widersprüche zwischen der Masse der Auszubildenden und den Herrschenden werden nicht durch die Schönfärbereien der herrschenden Bildungspolitiker beseitigt. Die Schüler, Studenten, Lehrer, Lehrlinge müssen erkennen, daß sie von den systemtragenden Parteien nichts zu erwarten haben. Sie müssen ihre Belange selbst vertreten. Der Anfang dazu ist gemacht. Schüler und Studenten haben den Kampf aufgenommen gegen die materielle Bildungsmisere. Im Rahmen der VDS-Aktionswoche fanden an vielen Hochschulorten Demonstrationen und Kundgebungen statt. Die dort entwickelten gemeinsamen Forderungen mit den Gewerkschaften, mit der Gewerkschaftsjugend, mit fortschrittlichen Wissenschaftlern im Bund Demokratischer Wissenschaftler, den Assistenten müssen gerade in Zukunft zum tragen kommen.

Erstens geht es darum zu verhindern, daß die Bildungsfinanzierung auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten durch Erhöhung der Massensteuern geschieht und damit das Bildungsprivileg

der Reichen noch zementiert wird. **Zweitens** müßten die restriktiven Beschlüsse des Finanzplanungsrats aufgehoben werden, müßten die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft noch über die im Bildungsbericht angegebene Summe erhöht werden. Die dafür erforderlichen Mittel sind durch die Kürzung des Rüstungsetats und die höhere Besteuerung der Konzernprofite zu erbringen. Dabei gilt es, alle künftigen Bundesregierungen daran zu erinnern, daß sich die Bundesregierung im Grundvertrag mit der DDR verpflichtet hat, an einer — schrittweise zu verwirklichenden — allgemeinen und vollständigen Abrüstung mitzuwirken.

Drittens muß der Personal- und Ausbaustopp an vielen Hochschulen unverzüglich aufgehoben werden und die Stellenplan- und Sachmittelforderungen der Fachbereiche und Hochschulen müssen bewilligt werden. **Viertens:** Durch bauliche Überbrückungsmaßnahmen gilt es, den Numerus clausus kurzfristig einzudämmen. Dazu können gehören: in Fertigbauweise zu errichtende Gebäude, Nutzung leerstehender öffentlicher Gebäude. Bis 1975 ist der Numerus clausus durch den zügigen Ausbau der Hochschulen endgültig zu beseitigen. **Fünftens:** Um diese Forde-

rungen durchsetzen zu können, müssen die Gewerkschaften und die Hochschulangehörigen Bestimmungs- und Kontrollrechte auf die Bildungsplanung erkämpfen.



Na, seht Ihr: Schließlich bekommt doch jeder irgendwann seinen Studienplatz zugewiesen.

Beleidigung für 400 000 Studenten



Auf dem zentralen Hearing des vds wollten sich weder SPD noch CDU den Fragen der westdeutschen Studentenschaft zum Bildungsnotstand stellen. Gerd Langguth, Chef des abgewirtschafteten RCDS, begründete die Absage für die CDU, nannte den vds undemokratisch und beleidigte die über 400 000 Studenten, die durch diesen Dachverband repräsentiert werden. Wir veröffentlichen den vielsagenden Brief im Wortlaut.

CDU · 5300 Bonn · Konrad-Adenauer-Haus
An den
Verband Deutscher
Studentenschaften
53 Bonn
Georgstr. 25-27

CDU-Bundesgeschäftsstelle
La/Wa 7. Nov. 1972

Sehr geehrte Herren!

Vom Bundesvorsitzenden der CDU, Herrn Dr. Barzel, wurde ich gebeten, Ihr Schreiben vom 17. Oktober 1972 zu beantworten. Die CDU wird Ihre Einladung zu einem Hearing des VDS am 9. November 1972 in Hamburg nicht annehmen. Denn es war schon seit jeher eine Prämisse der CDU, sich nur an Veranstaltungen demokratischer Organisationen zu beteiligen.

Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) erfüllt aber diese Voraussetzungen nicht. Und dies in zweifacher Weise:

1. Nicht einmal die gegenwärtige Bundesregierung hält den VDS für grundgesetzkonform, sonst hätte sie dessen finanzielle Förderung aus Bundesmitteln wieder aufgenommen. Die letzten VDS-Mitgliederversammlungen haben sich ausdrücklich dagegen gewehrt, auch inhaltlich ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz abzulegen.

Die CDU kann aber nicht auf einer Veranstaltung eines Verbandes vertreten sein, dessen Haltung zur freiheitlichen Demokratie in Zweifel gezogen werden kann. Das betrifft die rechtsradikale wie linksradikale Richtung gleichermaßen. Vertreter demokratischer Parteien, die an solchen Veranstaltungen teilnehmen, müßten sich zu Recht den Vorwurf der Unglaubwürdigkeit gefallen lassen.

Der VDS hat sich zudem immer mehr zu einem eindeutig prokommunistischen Kampfverband entwickelt, dessen Sympathie mit der DDR sich in Form von „Gemeinsamkeiten des antiimperialistischen und antifaschistischen Kampfes“ niederschlägt, „um die Anerkennung der DDR in der Praxis voranzutreiben“ (so ein entsprechender Beschluß).

2. Auch von seiner Verbandsstruktur her ist der VDS nicht legitimiert, für die Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland sprechen zu können. Der VDS kennt beispielsweise keinen Minderheitenschutz und spiegelt die politische Situation auf den sehr esoterischen und häufig von jedem Basisbezug befreiten VDS-Mitgliederversammlungen nur sehr bedingt wider. Unter den gewandelten Verhältnissen der Situation der Studentenpolitik muß somit eine Ver-

änderung der Verbandsstruktur des VDS herbeigeführt werden, sollte er weiter „Interessenvertreter“ der deutschen Studentenschaft sein wollen.

Hinzu kommen zahlreiche undemokratische Praktiken innerhalb des VDS selbst, z. B. systematisches Ausschalten sogar von Linken, die sich nicht auf der Linie des Moskau-Kommunismus befinden (entsprechende Beispiele können geliefert werden).

Insofern muß die CDU leider Ihrer Einladung eine Absage erteilen, auch wenn es auf der VDS-Veranstaltung in Hamburg sehr reizvoll gewesen wäre, die durch trübende Inflation und durch das Desinteresse eines der Bildungspolitik wenig zugewandten Bundeskanzlers hervorgerufene Hochschulmisere darzulegen.

Hochachtungsvoll

Gerd Langguth

Mitglied des CDU-Bundesvorstandes

P. S.

Ich würde Sie bitten, die Gründe dieser Absage den Veranstaltungsteilnehmern zur Kenntnis zu bringen.



Neben der zentralen Veranstaltung der vds-Aktionswoche in Hamburg (oben) fanden an vielen Hochschulen lokale Aktionen, Diskussionen und Kundgebungen, wie in Essen (unten), statt.

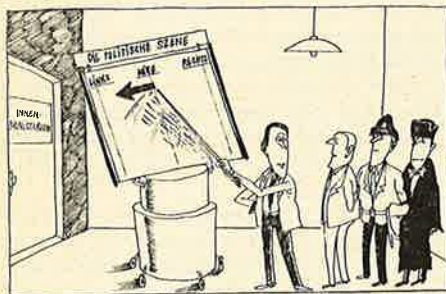


Nur solidarische Aktion hilft

Berufsverbotsfälle in:

BREMEN

Als einen Vorgang, der sich „hart an der Grenze der Rechtsbeugung“ bewegt, hat der Professor für öffentliches Recht an der Bremer Universität, Dr. Stuby, die Entscheidung des Bremer Verwaltungsgerichts in der Sache Holzer bezeichnet. Der der SPD angehörende Wissenschaftler hob hervor, daß die Professorenschaft der Bremer Universität einmütig die Haltung des Bremer Senats, daß Professor Holzer allein wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP als Hochschullehrer abgelehnt wurde, verurteilt. In einer solchen Entscheidung müsse ein glatter Verstoß



„Neues Schulungsmaterial von Gonscher: Ab hier beginnen die Staatsfeindel“

gegen das Grundgesetz gesehen werden. Professor Stuby betonte, daß der Kampf gegen die Berufsverbote politisch und juristisch weitergeführt werden müsse.

HEIDELBERG

Die am 22. Juni vergangenen Jahres ausgesprochene Kündigung von Studienassessor Topp, ehemaliger Vorsitzender der Fachgruppe Gymnasien der GEW, Heidelberg, durch das Oberschulamt Nordbaden ist unwirksam. Dieses Urteil verkündete das Arbeitsgericht Heidelberg, das das Land Baden-Württemberg zur Übernahme der Verfahrenskosten verurteilte. Der Heidelberger Pädagoge war entlassen worden, weil er in einem gewerkschaftlichen Rundschreiben die Auffassung vertreten hatte, daß Widerstand gegen undemokratische Gesetze erforderlich sei. Dies war durch das Oberschulamt als Aufruf zum gewaltsamen Widerstand ausgelegt worden.

OLDENBURG

Die Berufung des Lehrers Hans-Joachim Müller als Assistent an die pädagogische Hochschule in Oldenburg ist wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP abgelehnt worden. Hiergegen hat der AstA der PH scharfen Protest erhoben.

Der MSB SPARTAKUS erklärte: „Nachdem die Professoren Holzer und Meyer-Ingwersen vom Kultusminister abgelehnt wurden, der Lehrer Heiko Pannemann erst auf den Druck der demokratischen Öffentlichkeit hin nach 6 Monaten Wartezeit eingestellt wurde, kommt hier erneut der Wille der reaktionären Kräfte zum Ausdruck, mit allen Mitteln zu verhindern, daß Lehrer und Hochschullehrer berufen werden, die sich uneingeschränkt gegen den Abbau demokratischer Rechte einsetzen und sich mit den Forderungen der Studenten solidarisieren, und es ist sehr bedenklich, daß selbst Sozialdemokraten in dieser Frage mit den reaktionären Kräften auf einer Welle reiten.“ Hans-Joachim Müller war mehrere Semester lang AstA-Vorsitzender in Oldenburg und Vorsitzender der DKP-Hochschulgruppe.

Nach monatelanger Verzögerung wurde der der DKP angehörende Junglehrer Heiko Pannemann zum 1. November in den niedersächsischen Schuldienst übernommen. Dies wurde ihm vom Oldenburger Verwaltungspräsidenten mitgeteilt, nach-

dem Pannemann als erster Lehramtsbewerber einem Anhörverfahren auf Grund des Berufsverbotsbeschlusses der Ministerpräsidenten und der dazu ergangenen niedersächsischen Ausführungsbestimmungen unterworfen worden war. Das Anhörverfahren hat nichts erbracht, mit dem der Vorwurf mangelnder Verfassungstreue Heiko Pannemanns hätte aufrechterhalten werden können.

HAMBURG

Fristlos entlassen wurde jetzt der Lehrer Ewald Slink, SPD-Mitglied, Juso-Aktivist, GEW-Funktionär, von der Leitung der „Groeneschen Handels- und Sprachschule Hamburg“, einer „gemeinnützigen Stiftung des öffentlichen Rechts“. Zunächst war die Kündigung fristgemäß erfolgt. In dem ersten Schreiben heißt es: „Sie müßten so wesentliche Änderungen im Inhalt und im Ziel ihres Unterrichts vornehmen, daß eine Wandlung der gesamten Art Ihres persönlichen Engagements und Ihres politischen Aktionswillens notwendig wäre.“

„Ausdrücklich“ wird hervorgehoben, daß



Gegen den Numerus clausus und für die Wiedereinstellung von Prof. Beuys demonstrierten in Düsseldorf Tausende Studenten. Neben Losungen, die sich gegen die Entlassung Beuys richteten, trugen die Demonstranten auch Transparente mit Losungen wie „Runter mit der Rüstung, mehr Geld für die Bildung“ und „Weg mit dem Berufsverbot“. Einen offenen Brief an Minister Rau, der sich für Beuys einsetzt, haben viele Persönlichkeiten unterschrieben, darunter Reinhardt Baumgart, Heinrich Böll, Christoph Buch, Mar-

tin Walser, Peter Handke, Uwe Johnson, Oswald Wiener.

Auch der MSB SPARTAKUS trug entscheidend zur Entstehung dieser breiten Solidaritätsbewegung bei. Hierbei ging es allerdings nicht um die künstlerischen oder didaktischen Qualitäten des Joseph Beuys, dessen Produkte blanker Antihumanismus sind, sondern um den Protest gegen eine administrative Willkürmaßnahme und die unerträgliche Ausbildungssituation an der Düsseldorfer Akademie.

die Kündigung „nicht wegen mangelnder Fähigkeiten“ erfolge. Die Schulleitung störe die „politische Motivation“ des Lehrers.



BREMEN

„Horst Griese in den Schuldienst“ lautet die Forderung des Sozialistischen Schülerbundes Bremen, für die er in Bremer Schulen innerhalb weniger Tage über 2500 Unterschriften gegen das vom SPD-Senat ausgesprochene Berufsverbot sammelte. Inzwischen hat sich eine „Initiativgruppe Horst Griese“ gebildet, die in einem Offenen Brief an den Senat die Rücknahme der Verweigerung des kommunistischen Lehrers verlangte.

Zitate

„Drei Monate ‚Bildzeitung‘ ersetzen ein Semester an der Marburger Universität.“
Kai-Uwe von Hassel

„Wie der Minister in seiner mit viel Beifall aufgenommenen Rede weiter ausführte . . .“

Justizministerium von Baden-Württemberg, Pressemitteilung vom 19. Oktober 1972 mit dem Inhalt einer Rede, die der CDU-Justizminister Bender am darauffolgenden Tag, dem 20. Oktober 1972, halten wollte.

„Ich wäre froh, wenn wir Studenten in Masse hätten, die ein so intaktes Rechtsempfinden wie Thléé besäßen.“
Prof. Jochen Schröder, ehemaliger Dekan der juristischen Fakultät Bonn, über den relegierten Ingo Thiée.

„Die Rolle, die Horst Mahler und seine Genossen übernommen haben, ist unentrinnbar festgelegt. Sie tragen wider Willen zu systemimmanenten Verbesserungen bei, sie stärken wider Willen den parlamentarischen Staat, und sie fallen dabei als schnell vergessene Opfer am Straßenrand der Geschichte.“

Die wirkliche Gefahr für die Menschheit, darin können wir verhaften Bourgeoisien mit ihnen einig gehen, ist der bolschewistische Sklavenstaat.“

DIE WELT, Springers Defizit-Organ, in einer Serie von Rudolf Krämer-Badoni über Geschichte und Gegenwart des Anarchismus am Beispiel von Horst Mahler, 19. Oktober 1972.

Aufruf ZUM KONGRESS MEDIZIN UND GESELLSCHAFTLICHER FORTSCHRITT IN MARBURG AM 20. UND 21. JANUAR 1973

Mängel in der medizinischen Versorgung, Engpässe in der Ausbildung der Berufe des Gesundheitswesens, Widersprüche in Organisation und Planung kennzeichnen das Gesundheitswesen in der BRD. Dringliche Reformen wurden immer wieder aufgeschoben. Das Gesundheits- und Sozialwesen wurde bei der Verteilung der öffentlichen Mittel von den konservativen Bundesregierungen der Nachkriegszeit so sehr vernachlässigt, daß man heute an Krankheits- und Lebenserwartungsstatistiken eine relative Verschlechterung der Gesundheitslage der Bevölkerung ablesen kann. Nachbarländer in West und Ost haben die BRD in wichtigen Teilbereichen der Gesundheitssicherung überholt.

Allen Warnungen zum Trotz haben konservative Gesundheitspolitiker diese bedrohliche Entwicklung lange bagatelisiert. Jetzt treten die Mißstände offen zutage:

- Ungleiche regionale Verteilung der niedergelassenen Ärzte
- Mangelnde Möglichkeiten der Vorsorge und Rehabilitation
- Personalmangel und Personalstrukturprobleme in den Krankenhäusern
- Die Vernachlässigung neuer wissenschaftlicher Forschungs- und Behandlungsmethoden
- Der unkontrollierte Einfluß der pharmazeutischen Industrie auf Forschung und Praxis

Es ist verständlich und notwendig, daß sich die Gewerkschaften diesen Aufgaben der Gesundheitssicherung zuwenden. Ihre Reformvorschläge fußen auf einer Analyse ihres Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts. Diese Studie des DGB, sein Gesundheitspolitisches Programm vom Mai 1972, die Vorstellungen der Gewerkschaft ÖTV zur Neuordnung des Krankenhauswesens und des sozialmedizinischen Dienstes sowie die zahlreichen Untersuchungen der IG Metall zur Verbesserung der Arbeitssicherheit sollen den Weg öffnen zur Verbesserung der Lage der Sozialversicherten und der im Gesundheitswesen Arbeitenden.

Notwendige Reformen werden von einem Teil der ärztlichen Standesorganisationen, die vornehmlich für private Gruppeninteressen eintreten, gerade in den letzten Monaten mit großer Heftigkeit bekämpft. Wie der Bund „Freiheit der Wissenschaft“ sich gegen die Hochschul- und Bildungsreformen stellt und die herkömmlichen Privilegien der Ordinarien zu konservieren trachtet, so wendet sich eine „Aktionsgemeinschaft der deutschen Ärzte“ gegen die dringliche Neuordnung des Gesundheitswesens. Gemeinsam geben sie vor, die Freiheit der Wissenschaft und die Freiheit für Arzt und Patient zu verteidigen, gemeinsam sind sie gegen mehr Mitbestimmung und mehr Demokratie.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung indessen hofft auf eine Verbesserung der Krankenversorgung. Ärzte, Krankenpflegepersonal und Wissenschaftler haben mit der Diskussion der verschiedenen Reformvorstellungen begonnen und suchen den Erfahrungsaustausch mit allen, die die Reformen grundsätzlich befürworten. Weithin besteht Einigkeit darüber, daß wirklich grundlegende Reformen nur gemeinsam mit den Gewerkschaften und allen demokratischen Kräften unseres Landes durchgesetzt werden können.

Ein Forum, auf dem alle Reformvorschläge, einschließlich der gewerkschaftlichen, erörtert und auf ihre Brauchbarkeit hin überprüft werden sollten, gibt es bisher nicht. Deshalb haben wir uns entschlossen, alle im Gesundheitswesen Tätigen, die einen solchen Meinungsaustausch für notwendig halten, zu einem Kongreß über das Thema „Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt“

zusammenzurufen, auf dem gesundheitspolitische Fragen in Verbindung mit gesellschaftlichen und ökonomischen Aspekten des Gesundheitswesens diskutiert werden sollen.

Wir bitten Sie, diesen Aufruf durch Ihre Unterschrift zu unterstützen.

Initiativausschuß zur Vorbereitung des Kongresses

„Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt“

Kontaktadresse: Dr. med. Götz Kaiser und Dr. med. Gerhard Wiethold, 6 Frankfurt, Eschenheimer Anlage 30, Tel.: Frankfurt (06 11) 55 64 65

Sonderkonto:

Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt 25051073/01

Der Kongreß wird durch Spenden der Unterzeichner und Beiträge der Teilnehmer finanziert. Um finanzielle Unterstützung wird gebeten.

Diesen Aufruf unterzeichneten bisher über 500 Ärzte und Wissenschaftler.

Beginn des Kongresses: Sonnabend, den 20. Januar 1973, 10 Uhr, Hörsaalgebäude der Universität Marburg, Biegenstraße 10

In Zelten wohnen?

Der Wohnraummanögel ist wichtigster Faktor des sozialen Numerus clausus. In vielen Hochschulorten greifen die Studenten zur Selbsthilfe und führen Aktionen gegen Mietwucher und Wohnungsnot durch.

KÖLN

Einen Mietstreik haben 1700 Studenten der Universität Köln als Antwort auf den Beschluß der nordrhein-westfälischen Landesregierung angekündigt, ab 1. Oktober die Miete in den Studentenwohnheimen um 15 Prozent zu erhöhen. 45 wohnungssuchende Studenten in Münster haben Zelte als Notwohnungen bezogen. Der AstA der Universität Münster will damit noch einmal auf die Wohnungsnot der Studierenden aufmerksam machen, von denen in Münster jeder fünfte der mehr als 20 000 Studenten das neue Semester als Wohnungssuchender beginnt.

MARBURG

Aus vielen Fenstern des Marburger Studentendorfs leuchtet dem Besucher die rote Faust entgegen mit der Unterschrift: „Ich zahle weiter die alte Miete und keinen Pfennig mehr! Mietstreik!“ Die Mehrzahl der Bewohner der Heime des Studentenwerks weigert sich seit dem 1. Oktober, die vom Kultusminister verhängte Mieterhöhung von 88,— auf 115,— DM zu bezahlen. Schon zweimal versuchte der hessische Kultusminister, 1971 und im Frühjahr 1972, das Defizit des Studentenwerks, das in diesem Jahr auf 1,5 Millionen DM anwachsen wird, auf die Studenten abzuwälzen, zweimal scheiterte er am geschlossenen Widerstand der Studenten und des Studentenwerks. Diesmal war es dann soweit, die Antwort der Heimbewohner: Mietstreik!

TÜBINGEN

Nach heftigem Widerstand vom Bund Freiheit der Wissenschaft und dessen studentischen Hilstruppen verabschiedete der Große Senat der Universität einen Antrag zur studentischen Wohnraumsituation. Danach sollen Maßnahmen eingeleitet werden, „die darauf abzielen, von der Garnison belegte, aber nicht benutzte Wohnungen und Einzelzimmer für wohnungssuchende Studenten zur Verfügung zu stellen.“ Angesichts des Zimmermangels wird die Bereitstellung der für den Wohnheimbau erforderlichen Mittel im Landesetat gefordert.

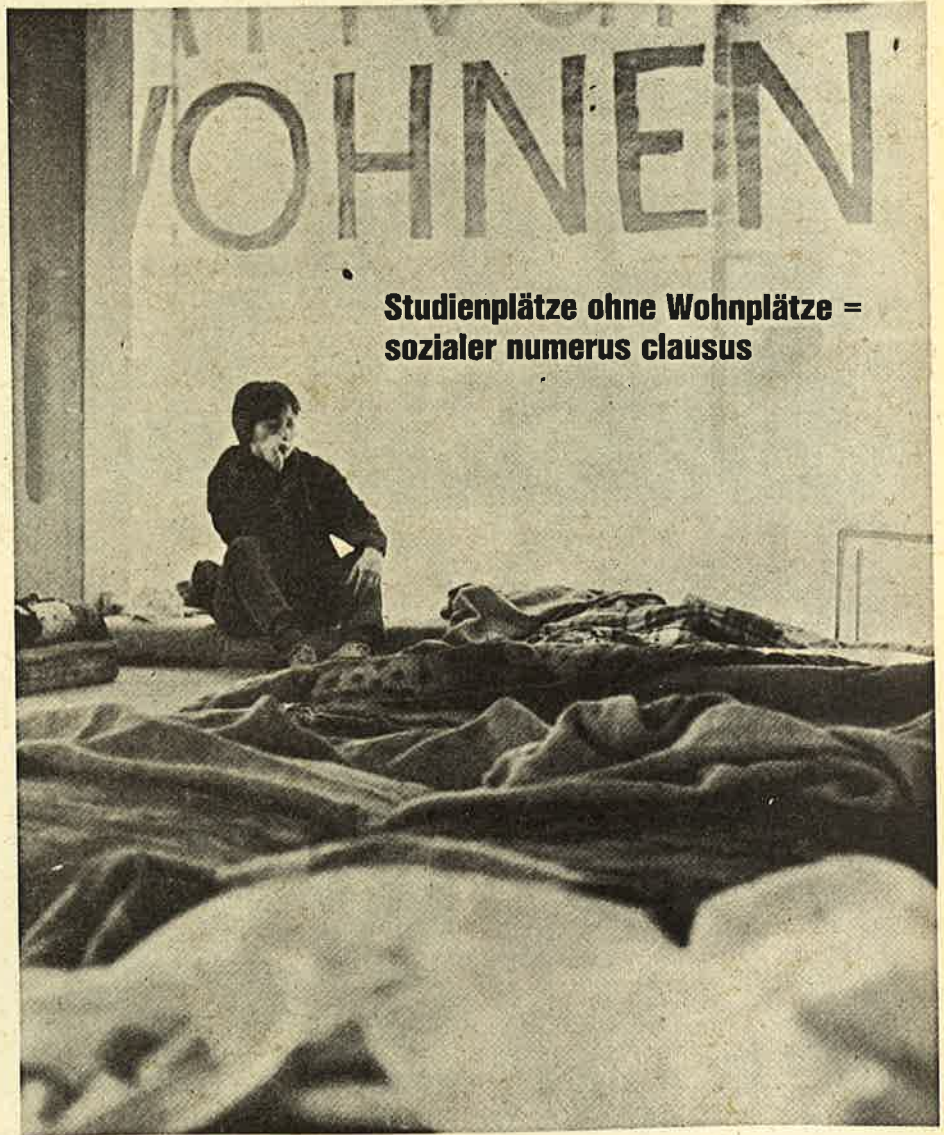
Besonders erregte der Teil des Antrags die Gemüter der Freiheitsbündler, in dem festgestellt wird, daß „mit dem Gelände der Garnison in Tübingen Raum bereit (-steht), der sich gut für den studentischen Wohnungsbau eignen würde“. Vergeblich versuchten sie, Nichtbefassung des Antrags durchzusetzen. Sie hätten Bedenken, ob man sich hier nicht unzuständig „in die Frage der Stationierung von NATO-Streitkräften einmisch“, wofür offensichtlich der Sachverstand fehle und man sich füglich der Lächerlichkeit preisgebe. Ihr letztes Argument war der Auszug aus dem Großen Senat, um — vergeblich — Beschlußfähigkeit herbeizuführen und damit die Abstimmung zu verhindern. Zustande gekommen war dieser Antrag auf Initiative des MSB SPARTAKUS, der

gemeint hatte: „100 Jahre Garnisonsstadt sind genug! Abzug der französischen Truppen bis 1975! Der heute vom Militär in Tübingen belegte Raum muß der arbeitenden und lernenden Jugend zur Verfügung gestellt werden.“

BIELEFELD

Bielefeld bekommt jetzt auch die langgewünschten Studentenwohnheime. Seit Jahren ersehnt, sollen 2 Studentenwohnheime in nächster Zeit bezugsfertig sein.

Bau von Studentenwohnheimen im Fertigbausystem in Bonn, Bielefeld, Düsseldorf und Dortmund. Finanziert wurde das Projekt zu 60 Prozent vom Land NRW, 40 Prozent kamen von privaten Geldgebern, die sich auch im Studentenwohnheimbau Höchstprofite versprochen. Die Asten der Bielefelder Hochschulen haben in Flugblättern diesen Skandal angeprangert, das Studentenwerk weigert sich die Wohnheime zu übernehmen. Die Forderungen der Studenten sind:
1. Einstellung der Finanzierung von wei-



Studienplätze ohne Wohnplätze = sozialer numerus clausus

Das einzige Hindernis, diese Wohnungen zu beziehen, sind die Mietkosten: Für ein möbliertes Zimmer mit Dusche und Bad (ca. 16 qm) sollen die Studenten 175,— DM bezahlen. Dabei sollten die Wohnungen besonders billig werden. So begann die Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft (HFG) 1971 mit dem

teren HFG-Projekten
2. Grundsätzlich keine Mieten für Studenten über 120,— DM
Sollte das Land NRW diesen berechtigten Forderungen der Studenten nicht nachkommen, werden die Asten der Bielefelder Hochschulen zum Boykott der Studentenwohnheime aufrufen.



Kritische, erfolgreiche Bilanz

ZU DEN JAHRESHAUPTVERSAMMLUNGEN DES MSB SPARTAKUS

Die über 60 Gruppen des MSB SPARTAKUS führten im Oktober ihre Jahreshauptversammlung (JHV) durch. Mit diesen Versammlungen zogen die Gruppen eine Bilanz ihrer Arbeit während des vergangenen Jahres. In der Diskussion der von den Gruppen vorgelegten Rechenschaftsberichte wurden selbstkritisch Fehler und Schwächen in der Arbeit der gesamten Gruppen ausgewertet, wurde an guten Aktionen und richtigen Orientierungen angeknüpft und mit der Verabschiedung der Arbeitspläne die Arbeit der Gruppe für das kommende Semester beschlossen.

Im Mittelpunkt der Auswertung und Planung der Arbeit stand auf vielen Jahreshauptversammlungen die Diskussion über die auf der 4. BV-Tagung beschlossene Politik der stärkeren Orientierung des SPARTAKUS auf die Arbeit am Fachbereich und an den Instituten.

Viele Gruppen haben dabei bereits gute Erfahrungen gemacht. Sie sind mit ihren Sektionen fest in der Studentenschaft des Fachbereichs verankert.

In einer Reihe von Diskussionsbeiträgen wurde offen und selbstkritisch darauf hingewiesen, daß die Arbeit am Fachbereich, die damit verbundenen organisationspolitische Arbeit der Gruppe noch nicht den gestellten Aufgaben entspricht. Die mit der Sektionsbildung gestiegene Verantwortung aller Mitglieder für die Politik der Gruppe erfordert solidarische Zusammenarbeit und Einbeziehung aller Genossen in die Arbeit.

Stärker als bisher gilt es in Zukunft auch, Studium und politische Arbeit zu verbinden, — nicht nur weil für SPARTAKISTEN Studium und Berufsausbildung existenznotwendig sind, sondern weil damit wesentliche Voraussetzungen miterschaffen werden, mehr Studenten an ih-

rem Arbeitsplatz zu erreichen, mehr Studenten in die Arbeit des MSB einzubeziehen und noch mehr Mitglieder zu gewinnen. Es ist richtig, damit die Diskussion unserer marxistischen Bildungsarbeit zu verbinden. Die Qualität und Kontinuität der Bildungsarbeit aller Genossen ist die Grundlage für eine richtige und entschlossene politische Arbeit der ganzen Gruppe. Am Interesse vieler Studenten an der Diskussion über grundlegende Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung muß angeknüpft werden, dem

Der Verlauf der JHV, die Rechenschaftsberichte und die Diskussion geben eine selbstkritische Einschätzung der geleisteten Arbeit der Gruppen und des gesamten Verbandes. Das ist gut so. Obwohl der SPARTAKUS einen bedeutenden Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hat, die Gruppen sicherer und geschlossener auftreten, werden die noch vorhandenen Schwächen nicht übersehen.

Der MSB wird zukünftig noch mehr Kraft darauf verwenden, die fortschrittlichsten und kämpferischsten Studenten in seine



Wie hier in München wirkt der SPARTAKUS überall als einigende Kraft im studentischen Kampf

Bedürfnis nach theoretischer Beschäftigung mit dem Marxismus muß entsprechen werden. Die Bildungsarbeit darf nicht nur in internen Zirkeln betrieben werden, sondern soll auch für interessierte Studenten und Freunde, die noch nicht Mitglied unseres Verbandes sind, offen

Gruppen aufzunehmen und dann zusammen mit allen demokratischen Kräften an den Hochschulen den Kampf um eine demokratische Hochschule, um eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Schüler und Studenten verstärken.

Spartakus ins Parlament!

SPARTAKISTEN, KONSEQUENTE VERTRETER FORTSCHRITTLICHER STUDENTISCHER INTERESSEN

Die „Bildungseuphorie“ der im Bundestag vertretenen Parteien ist verfliegen. Was jetzt noch an „Reformen“ bleibt, heißt: Studienreglementierung, Perfektion des Numerus clausus, Ordnungsrecht, Berufsverbote und Fachaufsicht. Die Lebens- und Arbeits-

bedingungen werden sich nicht verbessern, sondern weiter verschlechtern. Weil viele Studenten an den Hoch- und Fachhochschulen sich dagegen wehren, versucht man ihnen ihre Organisationen ASten und Fachschaften zu nehmen.

Das ist die Situation, jetzt, im Wintersemester 1972/73, in einer Zeit, in der viele Studentenparlamente und ASten neu besetzt werden.

Der SPARTAKUS wird so ziemlich an jeder Hochschule kandidieren. Zur Realität gehören eben auch, daß der SPARTAKUS inzwischen fast 80 Gruppen hat und die Zahl seiner Mitglieder seit Juli 71 verdreifachen konnte. Schlecht für die Herrschenden, die darüber auch laut genug lamentieren und nichts unversucht lassen, den Marxistischen Studentenbund zu isolieren. Gut für die Studenten, denn starke politische Organisationen brauchen sie heute notwendiger denn je. Sie brauchen aber auch starke ASten und Fachschaften, die wirkliche Kampfinstrumente sind. Doch immer noch gibt es verschiedene Auffassungen über Charakter und Bedeutung dieser Organe. Die Maoisten z. B. machen kaum einen Unterschied zwischen ihren eigenen politischen Gruppen und den ASten, in denen sie sitzen. Für andere ist ein AStA nichts weiter als ein „Apparat“ mit Druckmaschine und Telefon, oder es ist so, daß dem AStA nur die Funktion zuerkannt wird, politische Gruppen zu unterstützen. Der RCDS wiederum möchte aus den ASten Zweigbüros der CDU/CSU machen.

Diese Konzeptionen sind falsch. Sie führen dazu, daß es die Masse der Studenten wenig kümmert, wie der AStA arbeitet und sie sehen gar keinen Anlaß, dort aktiv mitzuarbeiten.

Dieser Zustand muß überwunden werden. AStA und Fachschaften müssen eine Politik machen, die von allen demokratischen Studenten unterstützt werden kann, von Sozialisten, Sozialdemokraten und fortschrittlichen Liberalen. AStA und Fachschaften müssen zu Organisationen werden, die ähnlich arbeiten wie die Gewerkschaften. Die sind auch nur dann stark, wenn die Masse der Arbeiter sie unterstützt, wenn nichts über die Köpfe der Arbeiter hinweg entschieden wird. AStA und Fachschaften sind dazu da, das einheitliche Handeln aller fortschrittlichen Studenten herzustellen.

Wer das ebenfalls erreichen will, der muß Spartakisten in die Studentenparlamente wählen.

Heute ist der VDS eine wirkliche Interessenvertretung der Mehrheit der Studen-



Wahlkampf für das Studentenparlament

ten. Daran hat nicht zuletzt der SPARTAKUS einen entscheidenden Anteil. Studentische Interessen zu vertreten heißt in dieser schwierigen Situation, diese Interessen so zu formulieren und zu vertreten, daß sie von der Masse der Bevölkerung verstanden werden. Die Manipulateure der „Öffentlichen Meinung“ versuchen das zu verhindern, indem sie die Studenten diffamieren, sie nützen dabei die Fehler aus, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, aber auch heute noch nicht überall überwunden sind. Mit scheinradikalem Wortgeklingel und sektiererischen Parolen muß endlich Schluß gemacht werden. Unsere Aktionen sind nur dann sinnvoll, wenn dabei der arbeitenden Bevölkerung bewußt wird, daß die Ziele, für die Studenten kämpfen, auch in ihrem Interesse liegen, wenn dabei angeknüpft wird an Forderungen der Gewerkschaften und anderer demokratischer Organisationen. Es muß versucht werden, diese Kräfte mit einzubeziehen, wenn es z. B. darum geht, AStA und Fachschaften zu verteidigen, oder Maßnahmen gegen den Numerus clausus durchzusetzen. Dort, wo Spartakisten die Arbeit der ASten mitbestimmen, dort gibt es gemeinsame Ak-

tionskomitees mit fortschrittlichen Organisationen außerhalb der Hochschule. Das hat sich im Kampf gegen das HRG und Berufsverbote und Ordnungsrecht bewährt: die Studenten brauchen nicht auf verlorenem Posten zu stehen. Eine solche Politik muß an allen Hochschulen durchgesetzt werden. Dazu bedarf es starker SPARTAKUS-Fraktionen in den Parlamenten.

Keine Studentenorganisation vertritt die Auffassung, daß die Hochschulen als isolierter Bereich anzusehen seien. Doch oft werden daraus nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen. Dort wo Sektierer, egal welcher Couleur, in den ASten sitzen, wird so getan, als gäbe es in dieser Gesellschaft keine Rechtskräfte. Gegen den Widerstand der Maoisten z. B. haben sich Studenten an den Aktionen zur Ratifizierung der Verträge und gegen Strauß und Barzel beteiligt. Diese Leute ergingen sich in allgemeiner Lamentiererei, als Arbeiter und Studenten gemeinsam auf die Straße gingen.

Spartakisten wissen, daß der Kampf gegen die CDU/CSU und ihre „Brüder im Geiste“, RCDS und Bund Freiheit der Wissenschaft, im Aufgabenkatalog der ASten ganz oben stehen muß.

Seit es den SPARTAKUS gibt, wurde uns von den Vertretern der herrschenden Klasse immer wieder „versprochen“, man werde die geistige Auseinandersetzung mit uns führen, doch offensichtlich ist ihr Vertrauen in ihre eigenen geistigen Potenzen nicht sehr groß. Man zieht es deshalb vor, mit administrativen Mitteln wie Berufsverbote und Ordnungsrecht gegen uns vorzugehen oder mit Appellen an primitive antikommunistische Vorurteile. Hier zeigt sich der RCDS als gelehriger Schüler bewährter Kämpfer des kalten Krieges wie Strauß und Barzel. Das Ziel der politischen Reaktion: den SPARTAKUS zu schwächen und damit die gesamte demokratische Bewegung an den Hochschulen zu treffen.

Doch ob ihre Rechnung aufgeht, hängt nicht von ihnen sondern von Euch ab. Die richtige Antwort:

SPARTAKUS ins Parlament!

ERSTE WAHLERGEBNISSE

Von den in diesen Wochen stattfindenden Studentenparlamentswahlen erhielten wir inzwischen folgende Ergebnisse:

FACHHOCHSCHULE NIEDERRHEIN / KREFELD:

Wahlbeteiligung: 58 Prozent
 Sitze: MSB 8, SHB 8, MSB/SHB-Sympathisanten 11, Unabhängige (rechts) 5, RCDS 2, Maoisten 1, Unorganisiert 5

UNIVERSITÄT SAARBRÜCKEN:

Wahlbeteiligung: 44,5 Prozent
 Sitze: MSB 13, Juso 13, Juso-Liste 3, Unabhängig (nicht rechts) 3, FS Wirtschaftswissenschaften (rechts) 4, „Liste fortschrittlicher Parlamentarier (Maoisten) 4.“

NEONAZIS...

... LEHREN

Nach offizieller Mitteilung des Bundesinnenministeriums sind mindestens 1487 Mitglieder rechtsradikaler und neofaschistischer Organisationen im öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik beschäftigt. Darunter 1399 Mitglieder der NPD.

... ÜBEN

Ein internes Rundschreiben der „Aktionsgruppe München“ in der „Aktion Oder-Neiße e.V.“ (AKON) beweist, daß diese unter der Tarnung eines „Kameradschaftstreffens in Südtirol“ paramilitärische Übungen durchführte. Es muß in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß sich erst kürzlich die italienische Presse mit geheimen militärischen Ausbildungslagern der neofaschistischen Jugendorganisationen „Fronte della Gioventu“ und „Giovane Italia“ befaßte. Hier ein Auszug aus dem Veranstaltungsprogramm der AKON:



„Sonntag, den 22. 10. 1972: 7.30 Uhr Wecken; 7.40 Uhr Frühsport; 7.50 Uhr Anziehen; 8.15 Uhr Frühstück; 8.45 Uhr Ordnerschulung, a) Versammlungsrecht, b) Polizeigriffe, c) Kettenabspernung, d) praktische Übungen; 12 Uhr Mittagessen...“

... LESEN

Die Nationalzeitung, die sich „als Kern und Vortrupp der Anti-Brandt-Wähler“ empfiehlt, gibt jetzt Tips für den Weihnachtskauf. Diese Bücher sollen National-Leser kaufen: „Die Waffen-SS“, eine Bilddokumentation. „Das waren die deutschen Jagdfliegerasse 1939—45“. Empfohlen werden auch Politiker der Union, so Überläufer Günther Müller mit seinem Buch „Rote Zelle Deutschland“ und Freiherr von und zu Guttenberg mit drei Titeln. Auch der „Baader-Meinhof-Report“, „aus den Akten des Bundeskriminalamtes“ soll auf den neofaschistischen Gabentisch.

Wenn Sie die roten blätter nicht am Büchertisch des MSB SPARTAKUS in der Hochschule erhalten können, bestellen Sie ein Abonnement bei

ROTE BLÄTTER, 53 BONN, STERNENBURGSTR. 73

Name:
 Ort:
 Straße:
 Unterschrift:



Aktionen überall

Fast an allen Hochschulen der BRD kommt es, je mehr sich die materielle Notsituation dort verschlechtert, zu immer häufigeren Protestaktionen der Studentenschaft, ob es sich dabei um kleinere Aktionen oder Info-Stände (wie auf dem Bild oben in Essen) oder spektakuläre Kampfformen handelt – die Bereitschaft der Studenten, für ihre Interessen einzutreten ist gewachsen. Hier nun einige Beispiele:

KIEL

Im Zuge der scheinbar Vorwegnahme des reaktionären Landeshochschulgesetzes wurden die Studenten und Dozenten am Fachbereich der Kieler Fachhochschule zu Semesterbeginn mit einer neuen Studien- und Prüfungsordnung überrascht. Hiernach werden u. a.: Während eines befristeten Streiks erarbeiteten die Kieler Studenten einen Forderungskatalog zur Neuordnung des Studiums und forderten ultimativ, den Rest des laufenden Semesters als Ausbildungsplanungssemester anzuerkennen. Nach Ablauf des Ultimatums traten die Studenten der Fachhochschule in einen unbefristeten Streik. Aus Solidarität schlossen sich andere schleswig-holsteinische Fachhochschulen und die PHs Flensburg und Kiel dem Streik an. An der Uni Kiel wird in einer Urabstimmung über einen Streik beschlossen.

FRANKFURT

Durch einen eintägigen Boykott haben die 1500 Studenten der technischen Fachbereiche der Fachhochschule Frankfurt gegen die unerträglichen Verhältnisse in ihrer Mensa protestiert. 850 Studenten

sprachen sich in einer Unterschriftensammlung für die Forderung aus: Bessere Essensqualität bei gleichem Preis! Erweiterung der Mensa durch Errichtung von Pavillone in Schnellbauweise! Übernahme der Mensa durch das Studentenwerk!

Für die 1500 Studenten stehen nur 80 Plätze zur Verfügung. Die Qualität des Essens ist mangelhaft und entspricht in keiner Weise dem geforderten Preis. Die hygienischen Bedingungen sind katastrophal.

Mit ihrem Boykott wollen die Studenten erreichen, daß die Verhandlungsposition der Fachhochschule gegenüber dem Kultus- und Finanzminister gestärkt wird.

Die Studenten sehen in diesem Boykott und der vorangegangenen Unterschriftensammlung ihren Beitrag im Kampf der hessischen Studenten gegen den generellen Personal- und Ausbaustopp der Hochschulen, wie ihn die Pläne der hessischen Landesregierung vorsehen.

MÜNCHEN

Aus Protest gegen das reaktionäre bayerische Hochschulgesetz, das gegenwärtig in den Landtagsausschüssen beraten wird, beschloß die Vollversammlung der Studenten der Universität Regensburg einen

eintägigen Vorlesungs- und Seminarstreik. Von den rund 1000 Teilnehmern der Vollversammlung sprachen sich nur sechs gegen den Streik aus, 13 enthielten sich der Stimme. Die Assistenten erklärten ihre Solidarität mit der Kampfmaßnahme an der 7000 Studenten zählenden Universität.

Rektor Gustav Obermair kündigte vor der studentischen Vollversammlung unter Beifall an, daß er die Unterstützung der Gewerkschaften bei Aktionen gegen das reaktionäre Gesetz suchen werde. Der Gesetzentwurf Kultusminister Maiers schränke die Freiheit der Forschung ein, verschule die Lehre und werde gleichzeitig als „Kampfinstrument gegen politisch Andersdenkende mißbraucht“.

REGENSBURG

Aus Protest gegen unzumutbare Studienbedingungen führten die Physikstudenten der Technischen Universität München am 30. 10. einen eintägigen Streik durch. Ihre Kommilitonen der Fachschaft Mathe/Physik am neuen Physikdepartment in Garching bestreiken bis auf weiteres alle Lehrveranstaltungen um gegen untragbare Verkehrsverbindungen und Sozial-Einrichtungen der neuen Anlage zu protestieren.

DIE FRAGE

Einer: Sind Sie politisch interessiert?

B.: essen Sie?

Von Peter Maiwald

Gegen alle Spaltungsversuche

NEUES PROGRAMM DES SHB FESTIGT GRUNDLAGE FÜR WEITERES GEMEINSAMES HANDELN

Der Sozialdemokratische Hochschulbund hat sich in den letzten Jahren zu einer bestimmenden politischen Kraft in der Studentenbewegung der BRD entwickelt. Er repräsentiert ohne Zweifel heute einen relevanten Teil derjenigen Studenten, die am antiimperialistischen und demokratischen Kampf teilnehmen; zu-

gleich beeinflusst er durch seine politische Arbeit ihr Denken und Verhalten. Der 13. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des SHB, die vom 3. bis 5. November in Bonn stattfand, kam daher eine über den Verband hinausreichende Bedeutung zu.

Die rechte SPD-Führung hatte gehofft, durch verstärkten politisch-ideologischen Druck, zuletzt durch den Versuch, den Namen „sozialdemokratisch“ abzuerkennen, den SHB zur Aufgabe selbständiger Positionen und zu einer Distanzierung von anderen fortschrittlichen Organisationen im Hochschulbereich, besonders vom MSB Spartakus, bewegen zu können. Wäre es nach den Wünschen der SPD-Führung gegangen, so hätte die BDV eine Plattform beschließen müssen, die die vom SHB beeinflussten fortschrittlichen Studenten mit der prokapitalistischen und proimperialistischen Politik der SPD-Führung und besonders ihrer Bildungspolitik auszusöhnen versucht hätte.

Der Verlauf der BDV machte deutlich, daß solche Pläne gescheitert sind. Die Entscheidung, an der bisherigen Politik festzuhalten und für den Namen „sozialdemokratisch“ mit allen Mitteln zu kämpfen, war einmütig und eindeutig. Nicht der CDU/CSU und rechten mit dem Großkapital verbundenen SPD-Führern, so wurde argumentiert, dürfe es überlassen bleiben, zu bestimmen, was sozialdemokratische Politik sei.

„Ein Eingehen“ auf „die Forderungen zur Abgrenzung“, so der ehemalige erste Sprecher des SHB Stephan Albrecht in seinem Rechenschaftsbericht, „hätte ... mehr und weiteren politischen Spielraum für Repressalien und Diversionsversuche gelassen, in keinem Falle aber uns Aktionsmöglichkeiten gegeben“. „Ein Eingehen“ auf die Münchner Antikommunismusbeschlüsse „hätte uns zudem nach und nach von der Masse der Studenten isoliert, die uns doch gerade deswegen wählen, weil wir ihre Interessen gegen die Reaktion und das Kapital vertreten und damit teilweise auch gegen den rechten SPD-Flügel“.

Es gehe, so St. Albrecht, um die weitere politische Profilierung des SHB als eines Verbandes, der sich als Teil der sozialdemokratischen Bewegung versteht, innerhalb dieser Bewegung für die Durchsetzung fortschrittlicher Positionen kämpft und an den Hochschulen den Kampf der Studenten gegen das Großkapital mitvorantreibt. Wobei fortschrittliche Politik für den SHB bedeutet: Politik im Interesse der Arbeiterklasse.

Im verabschiedeten Grundsatzprogramm bekennt sich der SHB erneut zu den Prinzipien einer demokratischen gewerkschaftlich orientierten Massenpolitik an den Hochschulen, die in den letzten Jahren

gemeinsam mit dem MSB Spartakus erfolgreich praktiziert wurde und die Grundlage für die erfolgreiche Entwicklung der fortschrittlichen Studentenbewegung, für die Rekonstruktion des vds und die Zurückdrängung der Rechtskräfte aus den Studentenvertretungen bildete.

des Sozialreformismus zu lösen. Dies ist bekanntlich kein widerspruchsfreier Prozeß.

Umso positiver ist zu bewerten, daß in der verabschiedeten Grundsatzklärung ein prinzipielles Bekenntnis zur Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kom-



Die Bundesdelegiertenversammlung in der Bonner Universität war eine äußerst arbeitsreiche Tagung

Von keinem Diskussionssprecher wurde ernsthaft in Frage gestellt, daß sich diese gemeinschaftlich getragene Politik für beide Verbände positiv ausgewirkt hat; daß sie entgegen allen Spaltungsversuchen der Herrschenden SHB wie MSB Spartakus wachsenden Einfluß und organisatorische Stärke gebracht hat.

Daß es bestimmte unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich des Umfangs und der Tiefe einer Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten gab, ist eine natürliche Erscheinung in einem Verband, der eine organisationspolitische Plattform für sozialdemokratische Studenten bietet und in dem deshalb in mehr oder minder ausgeprägter Form auch die Vorstellungen von Studenten zum Ausdruck gebracht werden, die gerade erst begonnen haben, sich von der Ideologie

munisten als der Grundvoraussetzung für das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse gegen das Großkapital und letztlich für die Erringung des Sozialismus enthalten ist. Damit stellt sich der SHB in der nationalen und internationalen sozialdemokratischen Bewegung konsequent in die Reihen der Kräfte, die die Politik der Klassenzusammenarbeit und die Ideologie des Antikommunismus überwinden wollen, die in den sozialdemokratischen Parteien einer Politik zum Ausdruck verhelfen wollen, die sich an Arbeiterinteressen orientiert.

Die Anziehungskraft erfolgreich praktizierter Aktionseinheit — im Chile der antiimperialistischen Regierung der Volkseinheit und im Frankreich des gemeinsamen Regierungsprogramms von FKP und SP — wurde in der Diskussion

der BDV immer wieder deutlich und fand auch ihren Niederschlag in den beschlossenen Anträgen. Hier wurde vor allem die Bedeutung dieser Beispiele für die Auseinandersetzung um Ziele und Inhalt sozialdemokratischer Politik in der BRD herausgearbeitet.

Die verabschiedeten Grundsatzklärung geht von einer grundsätzlichen Einschätzung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse in der BRD, der Verflechtung von Staats- und Monopolmacht zum System des staatsmonopolistischen Kapitalismus aus. Im antimonopolistischen Kampf wird die entscheidende Voraussetzung für die Errichtung des Sozialismus gesehen. Sozialismus ist für den SHB untrennbar an die Erringung der politischen Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten geknüpft. Das Grundsatzprogramm umfaßt eine Einschätzung der Formierungsmaßnahmen der herrschenden Klasse im Wissenschaftsbereich, orientiert auf den Kampf für demokratische Rechte und Mitbestimmung, die Ausrichtung der Lehrinhalte

praxisfernen und eklektizistischen Theoriefragmenten der sog. SF, eines inzwischen dem historischen Kehrlichthau anheimgefallenen klebürgerlichen Zirkels, eine konstruktive und praxisbezogene Diskussion theoretischer Positionen erschwerte. Am brisantesten gestaltete sich die Diskussion über den Abschnitt „Der SHB als Bestandteil der fortschrittlichen Sozialdemokratie“.

In der Diskussion über die SPD ergaben sich Differenzen vor allen Dingen in der Frage: Ist die SPD-Führung prinzipiell als ein Herrschaftsträger des monopokapitalistischen Systems in der BRD zu betrachten oder handelt es sich bei der gegenwärtigen arbeiterfeindlichen SPD-Politik (deren Kritik sich übrigens keine der verschiedenen Diskussionsströmungen entzog) bloß um einen Ausdruck der gegenwärtigen innerparteilichen Kräfteverhältnisse. Die letztere Position setzte sich in einigen beschlossenen Formulierungen durch. Verschiedene Diskussionsredner wiesen darauf hin, daß eine Überschätzung der aktuellen Möglichkeiten einer Veränderung

geschlossene Programm seine weitere Mitarbeit im SHB in Frage stellte, stieß jedenfalls auf einhelligen Protest ausnahmslos aller Delegierten.

Zudem macht eine neue Satzung das Grundsatzprogramm des SHB für jedes Mitglied verbindlich. Die Satzung beinhaltet außerdem Festlegungen, die die Arbeit des SHB-Bundesvorstandes effektiver machen und verbreitern sollen.

Beschlossen wurde außerdem eine Grundsatzklärung, die das Programm in ge-räffter Form zusammenfaßt.

Beklagt wurde in vielen Gesprächen am Rande, daß die Diskussion über die Auf-

DER NEUE SHB-BUNDESVORSTAND

Hans-Bernhard Nordhoff, Konrad Tiburzi, Herbert Oberste-Lehn, Rolf Pohlhausen, Peter Stein.



Der alte Bundeszentralrat des SHB bei einer Abstimmung

an den Interessen der Arbeitenden, die Verankerung der Theorie des Marxismus an den Hochschulen.

Im Grundsatzprogramm und in einigen Anträgen bezieht der SHB eindeutig Positionen zum Kampf für Frieden und Abrüstung, für die Solidarität mit allen vom Imperialismus abhängig gehaltenen und unterdrückten Völkern. Die Delegierten bekräftigen, daß sich der SHB im Rahmen des Arbeitskreises Festival weiterhin aktiv an der Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und der Studenten 1973 in Berlin, der Hauptstadt der DDR beteiligen wird.

Kontrovers diskutiert wurden vor allen Dingen diejenigen Abschnitte des Programms, die sich mit dem Weg zum Sozialismus und dem Verhältnis des SHB zur SPD befassen.

Dabei ist zunächst festzuhalten, daß sich alle kontroversen Diskussionen auf solche Fragen bezogen, deren Klärung für die praktische politische Zusammenarbeit der verschiedenen Linkskräfte in der BRD relevant sind. Dies ist eindeutig ein Fortschritt gegenüber der 12. BDV vor einem Jahr, wo die Auseinandersetzung mit den

der innerparteilichen Kräfteverhältnisse die Gefahr mit sich bringe, die Notwendigkeit des Massenkampfs der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte als entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Veränderungen in der BRD zu vernachlässigen.

Kontrovers gestaltete sich auch — wie erwartet — die Diskussion um den Wahlauftrag des SHB, wo eine Mehrheit beschloß, eine globale Wahlempfehlung für die SPD auszusprechen (s. Interview mit H. B. Nordhoff in dieser Nummer der RB).

Die Auseinandersetzungen um diese Fragen führten schließlich dazu, daß einige Gruppen bei der Verabschiedung des Programms mit Nein oder Enthaltung stimmten. Die Einmütigkeit bei den meisten anderen Anträgen zeigt jedoch, daß dieses Abstimmungsverhalten keine globale Ablehnung der beschlossenen politischen Leitlinien bedeutet, sondern wohl hauptsächlich den Wunsch nach einer Weiterführung der begonnenen Selbstverständigungsdiskussion zum Ausdruck bringen sollte. Die Stellungnahme eines Delegierten, der mit Verweis auf das be-

gaben des SHB an den Hochschulen gegenüber der Debatte über das Verhältnis zur SPD zu kurz gekommen sei. War man sich doch einig darüber, daß der SHB seine Vorstellungen innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung nur in dem Maße durchsetzen könne, wie er durch eine progressive Politik an den Hochschulen verankert sei.

Der MSB Spartakus hat das Ergebnis der 13. o. BDV des SHB begrüßt, weil die dort sichtbar gewordene Stärkung des SHB und die Bekräftigung der Prinzipien einer an den Hochschulen gemeinschaftlich praktizierten erfolgreichen Politik weitere Möglichkeiten der Stärkung der demokratischen Studentenbewegung eröffnet. Die verabschiedeten Anträge bieten eine Vielzahl von Ansatzpunkten für gemeinsame Aktionen gegen das Großkapital und die Reaktion.

Der Vorsitzende des MSB hat in seiner Begrüßungsrede an die BDV unter dem Beifall der Delegierten bekräftigt: „Für uns ist Aktionseinheit keine taktische oder konjunkturelle Frage, sondern wir sehen in ihr ein Prinzip... Ohne die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten wird es in diesem Land keine Politik im Interesse der Arbeiterklasse geben.“

Der MSB ist zugleich stets bemüht, über unterschiedliche Auffassungen zu einer kameradschaftlichen und solidarischen Diskussion zu kommen. Wir sind vom Nutzen dieser Diskussion für die gesamte fortschrittliche Studentenbewegung überzeugt.

Wir sehen uns zugleich in unserer Auffassung bestätigt, zur Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse an den Hochschulen vor allem auf die Stärkung des MSB Spartakus zu setzen. Daß diese Stärkung nicht auf Kosten des SHB oder anderer fortschrittlicher Organisationen geht, sondern allein der Hundertschaft schadet, die die Rechte der Studenten abbaut und den Bildungsnotstand verursacht, haben die letzten beiden Jahre bewiesen.

„Wir werden weiter mit dem MSB zusammenarbeiten“

Nach den Beratungen der 13. ordentlichen Bundesdelegierten-Versammlung des SHB in Bonn sprachen die roten blätter mit dem neugewählten Bundesvor-

sitzenden des Sozialdemokratischen Hochschulbunds, Hans-Bernhard Nordhoff aus Erlangen.

ROTE BLÄTTER: Genosse Nordhoff, Ihr habt Anfang November Eure 13. ordentl. Bundesdelegiertenversammlung durchgeführt und Du wurdest zum 1. Bundesvorsitzenden des SHB gewählt.

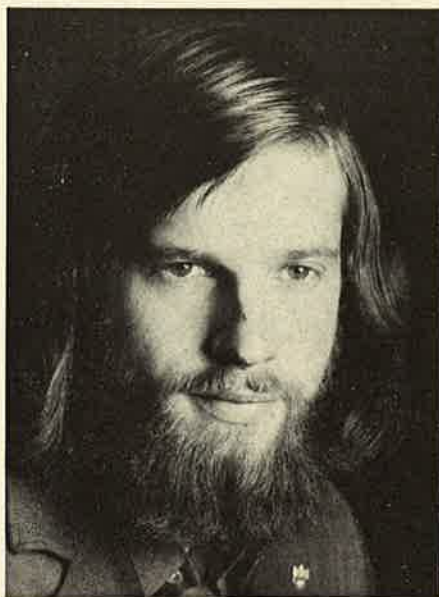
Würdest Du uns bitte eine kurze Einschätzung dieser BDV geben.

HANS-BERNHARD NORDHOFF: Wesentlicher Beratungspunkt war das Grundsatzzprogramm des SHB. Wir hatten auf der 12. o. BDV im Dezember letzten Jahres einen Grundsatzzprogrammverabschiedet, der ein Jahr lang intensiv in den Gruppen diskutiert wurde. Entsprechend lagen Änderungsanträge vor. Da diese Anträge aus der Erfahrung der einzelnen Gruppen am Hochschulort heraus erarbeitet wurden, haben wir nun ein wesentlich fundierteres Grundsatzzprogramm verabschiedet. Dieses Grundsatzzprogramm ist gleichzeitig eine Dokumentation der Stärkung des Verbandes, nachdem er sich im Dezember letzten Jahres von den kleinbürgerlich-linksektiererischen Gruppen getrennt hat.

ROTE BLÄTTER: Du meinst die sogenannte „Sozialistische Fraktion“, die sich auf der 12. BDV von der Mehrheitsfraktion abgespalten hat. Was ist heute aus dieser „SF“-Fraktion geworden? Hat sie noch irgendwelche Bedeutung?

H. B. NORDHOFF: Diese Fraktion war auf der 12. o. BDV eine reine Negativkoalition gegen unsere Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, charakterisiert durch sowohl trotzkistische und andere linkssektiererische Strömungen, als auch durch rechts-sozialdemokratische Gruppen und Einzelpersönlichkeiten. Selbstverständlich konnte es innerhalb dieser Fraktion keinen Zusammenhalt geben, so daß sie sich bald endlos zersplittert hatte. Wir haben dann im Laufe des Jahres einige Gruppen ausgeschlossen, so z.B. Frankfurt, die in einem teach-in die Baader-Meinhof-Gruppe unterstützte, oder auch Kassel, die dazu aufrief, die Verträge zu boykottieren, oder auch Oldenburg, die keine neuen Mitglieder mehr aufnahm. Nachdem die Diskussionen in der Rest-„SF“ weiter liefen und keine Übereinkunft dieser Gruppen herbeigeführt werden konnte, erklärten diese Gruppen ihren Austritt

aus dem SHB. Allerdings sind an den meisten Hochschulorten, wo Gruppen der ehemaligen „SF“ existierten, neue SHB-Gruppen entstanden, in denen auch ehemalige SF-Mitglieder, die auf unserer Linie liegen, organisiert sind. Ich möchte betonen, daß unser Verband jetzt stärker ist als vor dem Auszug der „SF“. Wir verfügen jetzt über 80 ordentliche Gruppen und Initiativgruppen und ungefähr 3000 Mitglieder. Insofern bedeutete das Grundsatzzprogramm, daß wir als Entwurf verabschiedet hatten, eine wesentliche Stärkung des Verbandes. Gerade viele Initiativgruppen haben sich aufgrund dieses Programms neu gebildet.



Hans-Bernhard Nordhoff

ROTE BLÄTTER: Obwohl die meisten der Anträge, die politisch wichtigen Anträge, mit überwältigenden Mehrheiten angenommen worden sind, gab es auch auf der jetzigen BDV verschiedene Strömungen innerhalb der Diskussion. Kannst Du sie ganz kurz charakterisieren?

H. B. NORDHOFF: Einzelne Gruppen wollten in das Grundsatzzprogramm die Notwendigkeit der Diskussion über die Entwicklung der sozialistischen

Länder und über das Verhältnis zum MSB SPARTAKUS aufgenommen wissen. Wir haben dann solche Positionen in bezug auf die sozialistischen Länder nicht ins Grundsatzzprogramm hineingenommen, haben uns aber verpflichtet, diese Frage als zentralen Diskussionspunkt innerhalb des Verbandes zu behandeln. Dann zeigten sich zwei verschiedene Strömungen in bezug auf den Wahlauf Ruf. Die einen wollten nicht global zur Wahl der SPD aufrufen, sondern die Wahl von fortschrittlichen Kandidaten innerhalb der SPD an bestimmten Kriterien festmachen. Die anderen wollten die SPD gegen die CSU/CDU allgemein unterstützen, wobei die Kritik an der SPD-Führung nicht wie bei der ersten Position dazu führte, nur den sozialistischen Flügel zu stützen. Die 2. Position hat sich dann durchgesetzt und dementsprechend haben wir unsere Stellungnahmen verfaßt: Aufgrund der Notwendigkeit, der CDU/CSU eine Niederlage zu bereiten, rufen wir allgemein zur Wahl der SPD auf.

Zusammenfassend ist aber festzustellen, daß die BDV von einer Atmosphäre äußerster Arbeitsamkeit gekennzeichnet war. Die meisten Anträge wurden einstimmig oder nur bei wenigen Stimmenthaltungen verabschiedet. Z. B. die Frage der Beibehaltung des Namens „sozialdemokratisch“ wurde einstimmig und ohne Enthaltung positiv beantwortet.

ROTE BLÄTTER: Einer dieser Anträge befaßte sich mit den Vorbereitungen zum 10. Festival der Weltjugend und Studenten in Berlin 1973. Wie werden Eure konkreten Vorbereitungen für die Weltjugendfestspiele aussehen?

H. B. NORDHOFF: Wir sind seit 1967 im AK Festival, wir unterstützen den Internationalen Aufruf des Vorbereitungskomitees mit der Parole „Für antiimperialistische Solidarität — Frieden und Freundschaft“. Wir werden örtliche Aktionskomitees unterstützen und unsere Genossen auffordern, in örtlichen Aktionskomitees mitzuarbeiten. Wir werden auch eine Reihe von Veranstaltungen zu diesem Thema durchführen und wir hoffen, daß auch andere fortschrittliche Organisationen, wie z. B. die Jungsozialisten und die Falken für eine gemeinsame Vorbe-

Nach Redaktionsschluß bestätigte das Landgericht Bonn die Namensaberkennung durch die SPD-Führung. Der SHB wird die Entscheidung, ob er in die Berufung geht, erst nach Erhalt der schriftlichen Urteilsbegründung treffen.

reitung der Weltfestspiele gewonnen werden können.

ROTE BLÄTTER: Du hast auch bereits die Namensfragen angesprochen. Was wird der SHB tun, um seinen Namen zu behalten? In der 'Welt' stand zu lesen, daß Lothar Schwartz, stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes, als Antwort auf die Forderung des RCDS-Vorsitzenden Langguth, die SPD solle endlich einen klaren und endgültigen Trennungsstrich zum SHB ziehen, feststellte: „Ein deutlicherer Trennungsstrich als die Anrufung der Gerichte in dieser Sache ist nicht denkbar.“ Wie wird sich der SHB in dieser juristischen Auseinandersetzung verhalten und wie wird er auf der politischen Ebene um seinen Namen kämpfen?

H. B. NORDHOFF: Du hast die beiden Ebenen schon genannt — die juristische und die politische. Das eine ist von dem anderen nicht zu trennen. Zur politischen Ebene kann ich sagen, daß eine breite Solidaritätsbewegung für den SHB innerhalb der SPD läuft, ganze Landesverbände haben sich mit dem SHB solidarisch erklärt. Der von uns gegründete Förderkreis des SHB findet auch regen Zuspruch. Auf der juristischen Ebene sind die Schritte durch den Parteivorstand schon eingeleitet. Eine einstweilige Verfügung verbietet dem Bundesverband, den Namen „sozialdemokratisch“ zu führen, allerdings den Gruppen noch nicht. Wir haben im Oktober ein Gutachten der Prof. Abendroth und Stuby vorgelegt, in dem ausdrücklich betont wurde, daß der Begriff „sozialdemokratisch“ historisch genommen und auf die heutige Situation

angewendet hieße, daß der SHB mehr in der Tradition der Sozialdemokratie steht als der gegenwärtige Parteivorstand. Der Parteivorstand hat darauf ein Gutachten erstellen lassen, in dem betont wird, daß der SHB sich nicht eindeutig gegenüber



den Kommunisten abgrenze, daß aber die Geschichte der SPD sich vor allen Dingen dadurch auszeichne, daß es der SPD-Führung immer wieder gelungen sei, sich erfolgreich gegenüber den Kommunisten abzugrenzen und sie zu bekämpfen, insofern der SHB schon gar kein Recht hätte — da er in dieser Frage eine andere Auffassung vertritt — nämlich die

der Einheit und des einheitlichen Vorgehens aller fortschrittlichen Kräfte, den Namen „sozialdemokratisch“ zu führen. Inzwischen haben beide Parteien beim Landgericht Bonn Zeugenvernehmung beantragt. Wir denken, daß wir, wenn wir die Solidaritätsbewegungen zusammen mit den Jusos weiter vergrößern, die inhaltliche Füllung des Begriffs „sozialdemokratisch“ für uns positiv vornehmen können.

ROTE BLÄTTER: Die Frage, um die es hauptsächlich geht, ist also die der Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Die BDV hat sowohl zur Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten in Chile, als auch zur Regierungserklärung von KPF und SP in Frankreich einstimmige Anträge angenommen. Wie wird sich die Zusammenarbeit zwischen dem Sozialdemokratischen Hochschulbund und dem Marxistischen Studentenbund SPARTAKUS an den Hochschulen in der BRD weiterentwickeln?

H. B. NORDHOFF: Wir haben in allen Veröffentlichungen und auch in unserem Grundsatzprogramm immer wieder betont, daß wir bereit sind, mit allen Kräften in den Punkten zusammenzuarbeiten, wo gemeinsame Auffassungen und Interessen bestehen. Dies sind in erster Linie der MSB SPARTAKUS an den Hochschulen in der BRD aber auch LHV, sowie einzelne Unabhängige und Linksliberale. Die Notwendigkeit der weiteren Zusammenarbeit mit dem MSB SPARTAKUS ergibt sich schon allein daraus, daß an allen Hochschulen, wo SHB und SPARTA-

SOZIALISTISCHE POLITIK Nr. 20

AUFSÄTZE, ANALYSEN

Politik und Ökonomie in Westberlin nach dem Vierseitigen Abkommen: Kathrin Schran: Sackgassen und Perspektiven für Westberlin/Sonja Piron: Die Westberliner Arbeiterklasse/Kyoichi Maekawa: Die allseitige Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die hohe Akkumulation des Monopolkapitalismus in Japan.

KURZANALYSEN, BERICHTE

Klaus Pickshaus: Dockerstreik in Großbritannien/Wolfgang Ehrhardt: Die chilenische Auslandsschuld als entscheidender Hebel des Imperialismus.

DISKUSSION, BESPRECHUNG

Astrid Kaiser, Hans-Rainer Kaiser: Lehrerausbildung und politischer Kampf/Werner Goldschmidt: Klassenkämpfe in Frankreich heute.

Herausgegeben in Westberlin SOZIALISTISCHE POLITIK
1 Berlin 41 Postfach 270

KUS konsequent die gewerkschaftliche Orientierung vertreten haben, die Rechten aus den Studentenparlamenten vertrieben werden konnten, aber auch die kleinbürgerlich-linkssektiererischen Gruppen keine Chance mehr hatten.

Auf der Grundlage dieser Erfolge wird der SHB auch weiterhin in der Vertretung der materiellen Interessen der Studenten — orientiert an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung — mit allen fortschrittlichen Kräften und insbesondere mit dem MSB SPARTAKUS gegen den gemeinsamen Feind, gegen die hochschulpolitische Reaktion, vorgehen.

berliner EXTRA dienst

Der linke Informationsdienst der Bundesrepublik und Westberlins. Undogmatisch. Kritisch. Präzise. Und der Meinung, daß ein Standpunkt kein Stehpunkt sein kann. Das paßt manchen nicht: „Verfassungsfeindliche Publikation“, sagt Amtsrichter Ruppender aus Westberlin. Das „prokommunistische Kampfblatt Berlins“ nennt uns die Würzburger „Tagespost“. Der Westberliner „Tagesspiegel“ sieht es klarer: „Eine Art Exklusivorgan für höheren Orts als unangenehm empfundene Mitteilungen.“

Lassen auch Sie sich etwas mitteilen. Zweimal die Woche auf jeweils 24 Seiten. Für DM 6,- im Monat. Bestellen Sie drei Monate zur Probe. Die 18 DM, die Sie dafür aufwenden, sind nächstes Jahr sowieso nur noch 12 Mark wert.

EXTRA-Dienst, 1 Berlin 31,
Pfalzburger Strasse 20.

RCDS IN SAARBRÜCKEN:

Schon wieder ne Pleite beim Tribunal

Zum ersten mal seit dem Sommersemester 71 erschien jetzt wieder in Saarbrücken ein Flugblatt des RCDS. Angekündigt wurde eine Veranstaltung für den 8. November, eine Neuaufgabe der diversen „SPARTAKUS-Tribunale“ aus mehreren Hochschulorten. Die Taktik ist immer die gleiche: RCDS-Boss Langguth hält sein Referat mit dem Titel „Der RCDS als Alternative zur reaktionären Linken“, provoziert die Zu-

sich selbst und dem RCDS abzulenken, aber auch diese Taktik verfiel nicht; die Studenten blieben konkret. Als schließlich der verzweifelte Langguth anfang, zusammen mit seinem Versammlungsleiter die Diskussionsredner niederzuschreien und als letzten Redner nur noch einen Vertreter der rechten Fachschaft Wiwi zuließ, verließen bis auf den RCDS alle Studenten unter Protest den Saal und ließen den weiter



Das erste RCDS-Tribunal in Hamburg: Barrikaden und Schlägertrupps

hörerschaft durch maßlose Hetztiraden und Langatmigkeit und beschimpft sein Publikum, wenn es wagt, bei den falschen Stellen zu klatschen, etwa beim Zittern von Michael Maercks.

Und wie ging's in Saarbrücken weiter? Die Diskussion nach dem Referat nahm nicht den ‚rechten‘ Lauf. SPARTAKUS, Jusos und auch KSG/ML-Leute wiesen die Vorwürfe Langguths in sachlicher aber scharfer Form zurück, und aus dem Ganzen wurde eine Anklage gegen die arbeiter-, studenten- und demokratiefeindliche Politik des RCDS und seiner Hintermänner in der CDU und der Großindustrie. Mit anschaulichen Beispielen, insbesondere aus dem CDU-regierten Saarland, konnten die demagogischen Sprüche entlarvt werden. Nun versuchte Langguth durch Hetztiraden gegen die UdSSR und die DDR das Lager seiner Gegner zu spalten und von

schreienden Langguth und seine Mannen alleine.

Zum Schluß gab es noch einen Zwischenfall: Beim Verlassen des Audimax wurde der AStA-Präsident Ottmar Schreiner von Professor Helfer, einem Erzreaktionär und Freund der Burschenschaftler ans Bein getreten. Dies war der letzte und ebenfalls untaugliche Versuch, eine physische Auseinandersetzung zu provozieren.

Das großangelegte und von langer Hand initiierte Manöver, in Saarbrücken einen RCDS zu etablieren und den Studenten schmackhaft zu machen, hat sich in sein Gegenteil verkehrt. Das einheitliche und disziplinierte Reagieren der demokratischen Studenten hat zur Entlarvung des RCDS als einem Handlanger der erzreaktionären CDU/CSU und der Großbourgeoisie an den Hochschulen geführt.

**Für die Interessen der Studenten -
Für das Bündnis mit der
Arbeiterklasse -
Für die Solidarität im
antiimperialistischen Kampf:
MACHT DEN SPARTAKUS STARK!**

AUFRUF

**zum 2. Bundeskongreß des
Marxistischen Studentenbundes**

SPARTAKUS

Hamburg, 19. - 25. Februar 1973

Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS hat seit seiner Gründung am 21. Mai 1971 wesentlich dazu beigetragen, daß die Zahl der Studenten gewachsen ist, die für die Verbesserung ihrer Lage einheitlich handeln, die erkennen, daß ihre Interessen nur im Kampf gegen das Großkapital und seine Parteien durchgesetzt werden können.

Immer weniger Studenten wollen eine Ausbildung hinnehmen, durch die sie im späteren Beruf als Juristen, Lehrer, Ärzte und Ingenieure gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten mißbraucht werden sollen. Das Ziel der Mehrheit der Studenten ist es, ihre wissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung und im Dienste des Fortschritts einzusetzen und nutzbar zu machen.

Immer mehr Studenten erkennen: Ihr Platz ist an der Seite der Arbeiterklasse, der stärksten Kraft im Kampf gegen Großkapital und Reaktion.

Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS ist der Studentenverband, der für die Brechung der Macht des Großkapitals, für eine sozialistische Gesellschaftsordnung kämpft. Er wird von Großkapital und politischer Reaktion erbittert bekämpft, weil die Herrschenden wissen: wenn es ihnen gelingt, den Marxistischen Studentenverband zu schwächen, wird die gesamte Studentenbewegung getroffen. Weil sie wissen: Je stärker der MSB SPARTAKUS, um so wirksamer der Kampf der Studenten, um so größer die Möglichkeit, Sektiererei und Isolierung der Studentenbewegung von der arbeitenden Bevölkerung zu überwinden.

Doch weder Berufsverbote und andere Unterdrückungsmaßnahmen, noch Verleumdungsfeldzüge der Springerredaktionen konnten verhindern, daß die Zahl derer zugenom-

men hat, die wissen: wer kämpfen will, braucht Genossen, muß sich organisieren.

Der MSB SPARTAKUS ist stärker geworden.

Der 2. Bundeskongreß des MSB vom 19. bis 24. 2. 1973 in Hamburg ist eine wichtige Etappe in der Entwicklung unseres Verbandes. Denn auf diesem Kongreß stehen diejenigen Fragen im Mittelpunkt, die den Studenten auf den Nägeln brennen, denen in überfüllten Seminaren ein vernünftiges Studium unmöglich gemacht wird. — Die nach demokratischen und sozialistischen Alternativen zum herrschenden Lehrangebot suchen. — Die für schlechte Buden immer höhere Mieten bezahlen müssen. — Die unzufrieden damit sind, daß ihnen das, was sie im Studium lernen, in ihrem späteren Beruf wenig hilft. — Die nicht wollen, daß ihre wissenschaftliche Arbeit für arbeiterfeindliche Zwecke eingespannt wird. — Die unter irrationalen Prüfungsdruck leiden oder durch den Numerus clausus von Studiengängen ausgesperrt werden, die ihren Fähigkeiten entsprechen.

Auf diesem Kongreß kommen die gemeinsamen Interessen der Studenten mit der arbeitenden Bevölkerung zur Sprache. Arbeiter und Angestellte sind ebenso von der Bildungsmisere betroffen, wie die Studenten: Ihren Kindern wird in überfüllten Schulklassen die Zukunft verbaut, weil zuwenig Lehrer ausgebildet werden. Sie haben unter dem Ärztemangel zu leiden. Sie haben mit uns das Interesse, daß das Bildungswesen ausgebaut wird, daß die ausschließlich friedliche Nutzung der Wissenschaft gesichert wird, daß das Bildungssystem demokratisiert wird.

Auf diesem Kongreß wird diskutiert, wie die Lage der Studenten verbessert werden kann. Wie die gemeinsamen Interessen der Studenten mit der werktätigen Bevölkerung zur Geltung gebracht werden können. Wie eine de-

mokratische Hochschulreform durchgesetzt werden kann. Auf diesem Kongreß wird der Beitrag diskutiert, den wir Studenten für den gesamtgesellschaftlichen Kampf, für Frieden und Abrüstung, für die Solidarität mit allen Völkern, die gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, Rassismus und Faschismus kämpfen, heute leisten müssen.

Auf diesem Kongreß werden wir sagen, was man tun muß, um die bestehenden Verhältnisse zu ändern. Wir werden die Ziele angeben, für die Studenten heute kämpfen müssen:

Bildung statt Rüstung! – Für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Lehrlinge, Schüler und Studenten! – Gegen den Abbau demokratischer Rechte! Für Demokratie und Mitbestimmung an den Hochschulen! – Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Abrüstung! – Für das gemeinsame Handeln von Arbeitern und Studenten! – Die Aktionseinheit der Studentenbewegung herstellen!

Diese Ziele bilden auch die Schwerpunkte eines Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten, das dem Kongreß zur Diskussion und Verabschiedung vorliegen wird. Es steht unter dem Motto „Für die eigenen Interessen kämpfen! – Mit der Arbeiterklasse verbünden!“

Mit dem Entwurf dieses Programms wenden wir uns schon vor dem Kongreß an alle Studenten, an die demokratischen Jugend- und Studentenorganisationen, an Gewerkschaftler und fortschrittliche Hochschullehrer. Wir fordern alle auf:

Diskutiert dieses Programm, macht dazu eigene Vorschläge! Alle Anregungen werden wir berücksichtigen. Denn mit diesem Programm macht der MSB SPARTAKUS Aktionsvorschläge für das gemeinsame Handeln der Studentenbewegung und aller fortschrittli-

chen Kräfte gegen das Großkapital und die Reaktion. Unterschiedliche politische und weltanschauliche Auffassungen dürfen nicht gemeinsame Aktionen verhindern. Nur gemeinsam können wir unsere Forderungen durchsetzen.

Die beste Vorbereitung für den 2. Bundeskongreß sind gemeinsame Aktionen. Gegen den materiellen Bildungsnotstand in den Instituten, Fachbereichen und Universitäten. Gegen Berufsverbote und Maulkorbverordnungen gegen die Studenten.

Für die Solidarität mit allen um ihre Befreiung vom Imperialismus kämpfenden Völkern. Für Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit für Vietnam. Für die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in Afrika, die gegen den portugiesischen Kolonialismus kämpfen.

Bereiten wir gleichzeitig durch solche Aktionen in unserem Land die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten mit vor, die 1973 in Berlin, der Hauptstadt der DDR, stattfinden werden und die eine große Demonstration der Einheit der Jugend im Kampf für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft sein werden!

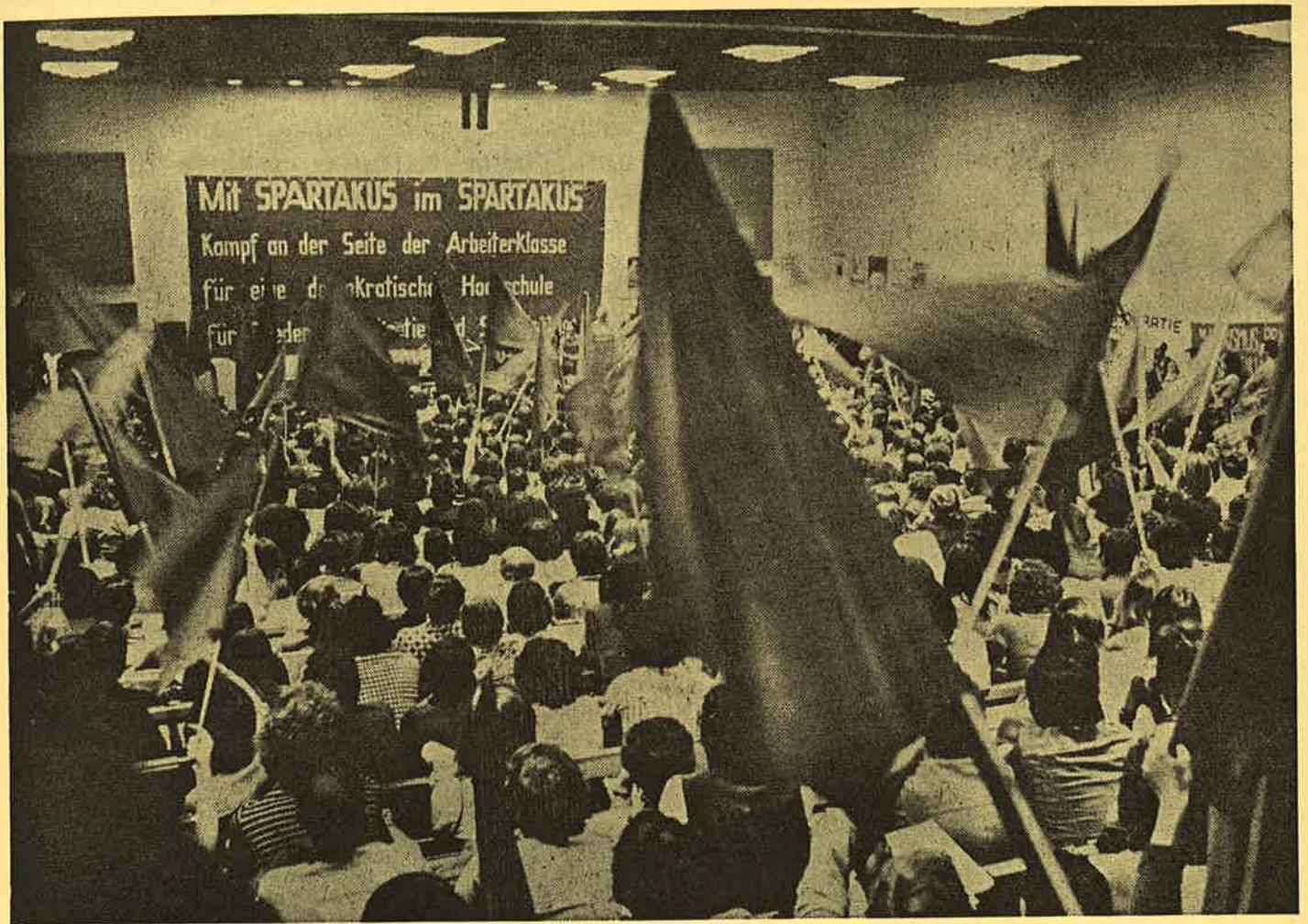
Studenten an den Hoch- und Fachhochschulen der BRD:

Kämpft gemeinsam mit der marxistischen Studentenorganisation für das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz.

Organisiert Euch im SPARTAKUS!

Genossinnen und Genossen,

bereitet unseren 2. Bundeskongreß gut vor. Diskutiert mit möglichst vielen über den Programmwurf. Gewinnt bis zum 19. Februar neue Mitglieder für unseren Verband und neue Leser für die roten blätter. Stärkt den Kampffonds des Verbandes durch Geldsammlungen.



Das war der erste Bundeskongreß, Mai 1971 in Bonn

Für die Interessen der Studenten -

Für das Bündnis mit der Arbeiterklasse -

Für die Solidarität im antiimperialistischen Kampf:

MACHT DEN SPARTAKUS STARK!

Vorwärts zum 2. Bundeskongreß!

**Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS
beschlossen auf der 7. Tagung am 25. 11. 1972 in Münster**

Hochschule kurz

AUSSTELLUNG IN KÖLN:

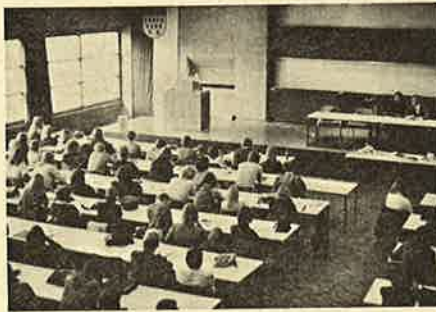
50 Jahre UdSSR

Hunderte von Studenten sahen Ende Oktober an der Kölner Fachhochschule eine Ausstellung, die die dortige SPARTAKUS-Gruppe aus Anlaß des 50. Jahrtages Bestehens der UdSSR organisiert hatte. Im Rahmen dieser Ausstellung, die auch vom Lehrkörper stark beachtet wurde,

fanden auch mehrere Film- und Informationsveranstaltungen statt. Die „Woche der UdSSR“ an der Kölner Fachhochschule sollte zum einen dazu beitragen, im Geist des Moskauer Vertrags Antikommunismus und antisowjetische Vorurteile abzubauen und andererseits ein aktiver Beitrag des MSB SPARTAKUS zum Wahlkampf der DKP sein.



Die sowjetische Wissenschaftlerin Dr. Moshogina referiert über das Bildungssystem der UdSSR.



LIQUIDIERUNG

Wie zur Zeit Friedrichs des Großen, als es dem Untertanen nicht ziemte, sich mit der Politik des Herrn zu befassen, soll es auch an den Fachhochschulen in Baden-Württemberg wieder werden.

Auch das noch!

SCHMUTZIGE WÄSCHE

will die „Burschenschaft Teutonia zu Jena in Berlin“ waschen. Die Korporierten werben für ihren Lebensstil auf Flugblättern, die an der FU verteilt wurden, mit dem Hinweis, man könne im Burschenhaus auf einer nagelneuen Waschmaschine waschen. Ziel der Sauberburschen: „Du bringst also ein Päckchen Wäsche mit und verbringst die Wartezeit mit uns bei einem Glas Bier. Dabei können wir uns über Studienprobleme unterhalten, denn schließlich sind wir eine Gemeinschaft junger Studenten.“

Nach der Verabschiedung des Fachhochschulgesetzes wird die Liquidierung der Verfaßten Studentenschaft (ASTA) in der Praxis durchgesetzt. Es wird versucht, die Studentenorganisationen, die für die Erhaltung des ASTA eintreten, in ihrer Arbeit nach Kräften zu behindern! Dies steht an der Fachhochschule Heilbronn so aus: Nachdem jetzt nach der DGB-Hochschulgruppe und dem Sozialdemokratischem Hochschulbund auch noch der Spartakus Veranstaltungen durchführen will, versucht der Rektor, diese zu verhindern: Er verlangt, für jede Veranstaltung die Zustimmung des Kultusministers einzuholen. Daß aber ein Kultusminister der CDU wie Hahn diese Zustimmung nicht gibt, dürfte nach allen bisherigen Erfahrungen sicher sein.

„SSB“

Pikanterweise war es ausgerechnet der SPD-Pressedienst, der als erstes Publikationsorgan etwas über den weiteren Verbleib der sogenannten „Sozialistischen Fraktion“, die sich auf der 12. Bundesdelegiertenversammlung des SHB vom Sozialdemokratischen Hochschulbund abgespalten hat, zu berichten wußte: Angeblich hat sie sich als SSB (Sozialistischer Studentenbund) neugegründet, Teile dieser neuen Splittergruppe sollen sich an das „Sozialistische Büro Offenbach“ anlehnen. An den Hochschulorten ist der SSB bisher allerdings noch nicht aufgetreten.

Wenn Sie
eine Zeitung
suchen,

die keine
nationalistischen
Illusionen

nährt –

die für

Verständigung

und Abrüstung,

für Demokratie

und Fortschritt

eintritt –

die eine

Wirtschafts-

und Sozialpolitik

fordert,

die sich an den

Bedürfnissen

der Bevölkerung

und nicht an den

Interessen

des Großkapitals

orientiert –

dann müssen Sie die

Deutsche Volkszeitung

kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, 4 Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei.

DAS NEUN-PUNKTE-ABKOMMEN FÜR DEN WAFFENSTILLSTAND IN VIETNAM:

Ein grober Betrug ?

DIE NIXON-REGIERUNG MUSS UNTERSCHREIBEN

Ist alles nur ein gigantisches Täuschungsmanöver, ein gewaltiges Wahlspektakel gewesen, die hektische Reiserei Kissingers, die Erklärungen Nixons, nun sei der „ehrvolle Frieden nahe“? Wiederholt Nixon Johnsons Spiel von 1968?

Damals hatte Präsident Johnson unter dem Druck der erfolgreich kämpfenden FNL, bedrängt von der weltweiten Solidarität engagierter Demokraten die Ein-

stellung des Bombenkrieges gegen die DRV versprochen. Damit hatte Johnson den Weg frei gemacht für die Pariser Verhandlungen. Viele glaubten damals, es werde endlich Frieden geben. Statt dessen folgte nach dem Beginn der Verhandlungen der schwerste Bombenterror der US-Luftwaffe in der Geschichte des Vietnamkrieges, folgte der US-Einmarsch in Kambodscha.

Aber die Ausweitung des Krieges, der kaum noch zu verschärfende Bombenterror, die Versuche der USA, eine militärische Lösung zu erzwingen, blieben erfolglos. Im Gegenteil: In den vergangenen vier Jahren konnte das vietnamesische Volk seinen Kampf an der militärischen, politischen und diplomatischen Front verstärken und konnte, vor allem seit dem Frühjahr dieses Jahres, gewaltige Siege erringen.

So wurde die Provinz Quang Tri erstmalig vollständig befreit, konnten die Befreiungstreitkräfte den Ring um Saigon enger schließen, sich stellenweise bis zu 8 km an Saigon herankämpfen. Die „Vietnamisierungspolitik“, die Versuche der USA, die Hauptlast der Aggression der Saigoner Thieu-Clique zu überlassen, scheiterten. Die Zahl der Überläufer aus der Saigoner Marionettenarmee wächst ständig.

Langsam begriffen die Herrschenden in den USA wohl, daß nach Korea auch diese US-Aggression nicht mit einem Sieg enden könnte. Diese Erkenntnis vollzieht sich vor dem Hintergrund des zugunsten des Sozialismus veränderten internationalen Kräfteverhältnis. Realistisch schätzten die Foreign-Policy-Research-Institute der USA ein, „daß die strategisch-technologisch-wirtschaftliche Dominanz der Vereinigten Staaten vorbei ist“.¹ Nixon selbst



erklärte zum SALT-Abkommen, daß die „überwältigende militärische Vorherrschaft unserer früheren militärischen Macht gegenüber derjenigen der Sowjetunion“ sich zu einer „ausgewogeneren

militärischen Gleichung“² verwandelt habe.

Dazu hat sich die internationale Solidarität verstärkt. Eine wachsende Bedeutung fällt dabei der internationalen Gewerk-

schaftsbewegung zu. Die Zentrale der britischen Trade-Union, Einzelgewerkschaften in Belgien, Großbritannien, Schweden, Norwegen und Dänemark solidarisierten sich mit dem vietnamesischen Volk. Dem vorsichtigen Beschluß vom 9. DGB-Kongreß vom 1. Juli 1972 folgte die klare Erklärung des 9. Gewerkschaftstages der IG Chemie, Papier, Keramik: „Was hier unter dem Vorwand der Erhaltung der Demokratie betrieben wird, ist Völkermord.“³

Die verschiedenen Rechtfertigungsideo-



Aus einer SPD-Wahlanzeige. Zwingen wir die Brandt-Regierung, endlich mit der Kumpanei mit den US-Kriegsverbrechern Schluß zu machen.

gien von der „Verteidigung der freien Welt“ in Vietnam durch die USA sind aus der öffentlichen Diskussion verschwunden. Heute gibt selbst SPD Wirtschaftsminister Helmut Schmidt zu, daß der Vietnamkrieg eine Ursache der Inflation ist und sich damit direkt auf die Lage der arbeitenden Bevölkerung auswirkt.

Diese Fakten, der erfolgreiche Kampf des vietnamesischen Volkes, das zugunsten des Sozialismus veränderte Kräfteverhältnis, die weltweite Solidarität und die entschlossene Hilfe der sozialistischen Staaten, vor allem der Sowjetunion zwingen den US-Imperialismus zu Verhandlungen, erzwangen auch die Verhandlungsergebnisse vom 22. Oktober.

Darum besteht auch Hoffnung, daß mit dem 31. Oktober nicht die letzte Chance für den Frieden in Indochina vertan wurde. Denn letztlich entschieden bei den Verhandlungsergebnissen diese objektiven Faktoren, und weniger der US-Wahlkampf. Faktoren also, die auch nach Nixons Wiederwahl weiter wirken werden. Dabei spielt der Faktor der internationalen Solidarität eine wesentliche Rolle. Nicht zuletzt vom bereiten und wachen Einsatz der internationalen Solidaritätsbewegung hängt es ab, ob der US-Imperialismus zur Unterzeichnung gezwungen wird. Dabei ließen sich manche schon während der intensiven Phase der Waffenstillstandsverhandlungen einschleifern



Selbst die großbürgerliche FAZ muß die großen Erfolge der Befreiungsstreitkräfte registrieren

von der Hoffnung, es werde schon Frieden geben, die Sache sei gelaufen. Sollte diese Einschläferung gelingen, könnte sich der US-Imperialismus zu einem zweiten Johnson-Manöver verleiten lassen. Auch wenn der zweimalige Unterzeichnungsaufschub der USA keinen endgültigen Verzicht der USA auf Unterzeichnung bedeutet, so ist die Ursache sicher nicht der in der bürgerlichen Presse hochgespielte Protest des Saigoner Marionettenregimes. Vielmehr ist die Verzögerungstaktik der Versuch des US-Imperialismus, auch bei Unterzeichnung des Abkommens seine Herrschaft in Südvietnam zu sichern. Da das Abkommen den Abzug aller US-

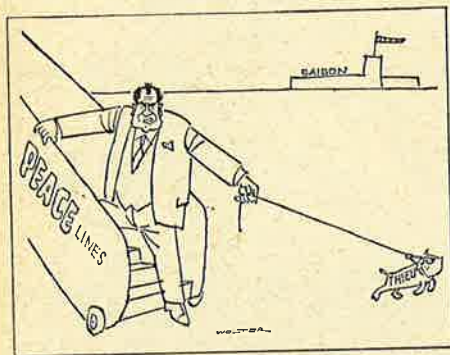
Truppen vorschreibt, soll die Saigoner Thieu-Clique das entscheidende Mittel bieten. Dazu sollen die demokratischen Kräfte durch die unter dem Namen „Phönix“ laufende Ermordungs- und Einkerkelungswelle ausgeschaltet und das Thieu-Regime durch Waffenlieferungen hochgerüstet werden. Unter diesen Bedingungen „glaubt man, habe Thieu jetzt eine gute Aussicht zu überleben“.⁴ Zu diesem Zweck hat das Pentagon Luftbrücken eingerichtet, „um noch soviel Kriegsmaterial wie möglich vor dem Tag X nach Saigon bringen zu können“⁵, wird die Luftwaffe des Thieu-Regimes zur drittstärksten der Welt aufgerüstet und das Heer durch Panzer des Typ M 48, gepan-

zerte Fahrzeuge, schwere Artillerie und Handfeuerwaffen verstärkt.

Die Ausbildung der Saigoner Thieu-Truppen sollen nach der Unterzeichnung „Zivilberater“ übernehmen. Schon jetzt erklärte ein hoher Offizier der US-Armee gegenüber upi: „Eine Feueinstellung in Vietnam wird die amerikanische Präsenz dort nicht beenden, auch wenn alle amerikanischen Soldaten abgezogen sind.“⁶

Dieser verzweifelten Versuche des US-Imperialismus, seine Herrschaft zu sichern, zeigen, daß selbst nach der Unterzeichnung der Verträge der Kampf noch nicht abgeschlossen wäre. Denn dem Tage der Unterzeichnung werden harte Auseinandersetzungen folgen, in denen der Imperialismus in Vietnam endgültig zurückgeschlagen werden muß.

Aber die Unterzeichnung des Abkommens wäre ein gewaltiger Erfolg im Kampf des vietnamesischen Volkes. Dieses Abkom-



„Ich möchte ja ganz gerne, aber mein Fiffi läßt mich nicht“ (Vorwärts)

men bringt die Militärmaschinerie des US-Imperialismus nicht nur wie in Korea am 38. Breitengrad zum Stillstand, sondern zwingt sie zum Abzug. Es ermöglicht die von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Vietnam im Siebenpunkteprogramm vorgeschlagene politische Lösung. Der „Nationale Rat der Versöhnung und nationalen Eintracht“ gewährleistet die Realisierung der Verträge und die Durchführung von freien Wahlen

Krieg und Frieden liegen heute in Indochina näher beieinander als je zuvor. Wir können zum Frieden mit beitragen: Verstärken wir unsere Solidarität! Fordern wir die Einstellung der politischen und materiellen Unterstützung des US-Krieges durch die Bundesregierung. Fordern wir den Abbruch aller diplomatischen und sonstigen Beziehungen mit dem Thieu-Regime, die Einstellung aller materiellen Unterstützung des Thieu-Regimes in Saigon! Fordern wir diese Bundesregierung auf, dem Beispiel Schwedens zu folgen und die DRV politisch und materiell zu unterstützen.

Setzen wir uns ein für die sofortige Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens!

Im Wortlaut

Das 9-Punkte-Abkommen

Das von Radio Hanoi und der nordvietnamesischen Nachrichtenagentur vna am Donnerstag verbreitete Neunpunkteabkommen hat folgenden Wortlaut:

1. Die Vereinigten Staaten respektieren die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams, wie sie in dem Genfer Abkommen von 1954 anerkannt werden.

2. 24 Stunden nach Unterzeichnung des Abkommens soll in ganz Südvietnam ein Waffenstillstand eingehalten werden. Die Vereinigten Staaten werden alle ihre militärischen Aktivitäten einstellen und die Bombardierung und Verminung in Nordvietnam beenden. Innerhalb von 60 Tagen wird es einen totalen Rückzug von Truppen und Militärpersonal der Vereinigten Staaten und derjenigen ausländischen Länder aus Südvietnam geben, die mit den Vereinigten Staaten und mit der Republik Vietnam verbündet sind.

Die beiden südvietnamesischen Parteien sollen die Entsendung von Truppen, militärischen Beratern und militärischem Personal, Waffen, Munition und Kriegsmaterial nach Südvietnam nicht zulassen. Den beiden südvietnamesischen Parteien wird gestattet, in regelmäßigen Abständen Waffen, Munition und Kriegsmaterial, das nach dem Waffenstillstand abgenutzt oder zerstört worden ist, zu ersetzen, und zwar auf der Grundlage Stück um Stück von entsprechender Beschaffenheit und Ausrüstung. Die Vereinigten Staaten werden weder ihr militärisches Engagement fortsetzen noch sich in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einmischen.

3. Die Rückkehr aller gefangenen und festgehaltenen Personen der Parteien sollten gleichzeitig mit dem US-Truppenabzug erfolgen.

4. Die Grundsätze für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der südvietnamesischen Völker sind wie folgt: Das südvietnamesische Volk soll selbst über die Zukunft Südvietnams durch wirklich freie und demokratische

allgemeine Wahlen unter internationaler Kontrolle entscheiden.

Die Vereinigten Staaten legen sich auf keine politische Richtung in Südvietnam fest und versuchen nicht, ein amerikanisches Regime in Saigon einzusetzen. Nationale Versöhnung und Eintracht werden angestrebt, die demokratischen Freiheiten des Volkes gesichert, und eine Verwaltungsstruktur mit der Bezeichnung Nationaler Rat der nationalen Versöhnung und Eintracht, bestehend aus drei gleichen Parteien, wird eingesetzt, um die Verwirklichung der unterzeichneten Abkommen durch die provisorische Revolutionsregierung Südvietnams und die Regierung der Republik Südvietnam voranzubringen und allgemeine Wahlen zu organisieren.

Die beiden südvietnamesischen Parteien werden sich über die Bildung von Räten auf unterer Ebene konsultieren. Die Frage vietnamesischer Streitkräfte in Südvietnam soll durch die zwei südvietnamesischen Parteien in einem Geist nationaler Versöhnung und Eintracht, Gleichheit und gegenseitigen Respekts ohne ausländische Einmischung in Übereinstimmung mit der Nachkriegssituation geregelt werden.

Zu den von den beiden südvietnamesischen Parteien zu erörternden Fragen gehören Schritte einer Reduzierung der militärischen Zahlen auf beiden Seiten und der Demobilisierung der zu reduzierenden Truppen. Die beiden südvietnamesischen Parteien sollen ein Abkommen über innere Angelegenheiten Südvietnams so bald wie möglich unterzeichnen und ihr Äußerstes tun, um dies innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes zu verwirklichen.

5. Die Wiedervereinigung Vietnams wird Schritt für Schritt mit friedlichen Mitteln verwirklicht.

6. Es wird eine gemischte Militärkommission aus vier Parteien und eine gemischte Militärkommission aus zwei Parteien gebildet, die die beiden südvietnamesischen Seiten umfaßt. Es wird eine internationale

Kontroll- und Überwachungskommission geschaffen.

Binnen 30 Tagen nach Unterzeichnung dieses Abkommens wird eine internationale Konferenz über Vietnam einberufen.

7. Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, die provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Regierung der Republik Vietnam respektieren strikt die fundamentalen nationalen Rechte der Völker Kambodschas und Laos, wie sie in den Genfer Abkommen von 1954 über Indochina und den Genfer Abkommen von 1962 über Laos besiegelt wurden, das heißt die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität dieser beiden Länder.

Die unterzeichnenden Regierungen respektieren die Neutralität Kambodschas und Laos'. Die Regierung der DRV, die provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Regierung der Republik Vietnam verpflichten sich, nicht das Territorium Kambodschas und Laos, für Angriffe auf die Souveränität und die Sicherheit anderer Staaten zu benutzen.

Die außenstehenden Staaten beenden all ihre militärischen Aktivitäten in Laos und Kambodscha, ziehen aus diesen beiden Ländern all ihre Truppen, Militärberater und Militärpersonal sowie alle Waffen, Munition und Kriegsmaterial zurück und nehmen davon Abstand, sie wieder dorthin zu entsenden.

Die inneren Angelegenheiten von Kambodscha und Laos werden ohne Einmischung von außen von ihren Völkern selbst geregelt.

Die drei Länder Indochinas betreffenden Fragen werden von den Indochinesischen Parteien auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts für die Unabhängigkeit, die Souveränität und die territoriale Integrität und ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines jeden Landes selbst geregelt.

8. Die Beendigung des Krieges, die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam wird Bedingungen zur Herstellung eines neuen, gleichen und beiderseitig vorteilhaften Verhältnisses zwischen der Demokratischen Republik von Vietnam und den Vereinigten Staaten schaffen. Die Vereinigten Staaten werden zum Heilen der Wunden des Krieges und zum Wiederaufbau nach dem Kriege in der Demokratischen Republik von Vietnam und in ganz Indochina beitragen.

9. Dieses Abkommen soll unmittelbar nach seiner Unterzeichnung in Kraft treten. Es soll von allen beteiligten Parteien strikt eingehalten werden.

1 Zit. nach R. L. Pfaltzgraff, Probleme der Sicherheit Westeuropas unter der Nixon-Doktrin, in „Europa-Archiv“, 18/1971, S. 628
2 „US-News & World Report“, N. Y., 26. 6. 72
3 Siehe dazu auch H. Rondi, Scheitert in Vietnam

die Strategie des „lokalen Krieges“, Blätter für deutsche und internationale Politik, 11, 72; S. 1153 ff
4 FAZ, 6. 11. 72
5 FAZ, 8. 11. 72
6 Zit nach horizont, 2. Novemberheft, 46 S. 2



VOM MSB SPARTAKUS FÜR DAS 9-PUNKTE-ABKOMMEN GESAMMELT:

63000 Unterschriften

VERSTÄRKEN WIR DIE SOLIDARITÄTSAKTIONEN!

„Hast Du schon die Erklärung für die sofortige Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens für Vietnam unterschrieben? ... Warum nicht? ... Glaubst Du, daß weltweite Solidarität wirkungslos bleibt? ... Wieso, die Unterschriftenkampagne ist doch nur Teil einer breiten politischen Kampagne ...“

Drei Tage lang forderten Spartakisten in den Universitäten der Bundesrepublik ihre Kommilitonen zur Unterschrift für den Frieden in Vietnam auf. Drei Tage lang verstärkten sie damit die politische Diskussion über die Lage in Vietnam. Viele Studenten hatten geglaubt, jetzt, wo das Abkommen vorliege, sei es nur eine Frage der Zeit bis zur Unterzeichnung. Das Johnson-Manöver von 1968 hatten die meisten vergessen. Viele zweifelten auch an der Wirksamkeit einer solchen

Unterschriftenaktion, weil sie diese einzelne Aktion nicht in die internationale Vietnamkampagne einordneten. Vor der Übergabe der Unterschriften in der US-Botschaft durch eine Delegation aus Vertretern des Bundesvorstandes und einzelner Gruppen führte der Bundesvorstand gemeinsam mit der Bonner SPARTAKUS-Gruppe ein Vietnam-Szenarium durch, in dem die historischen Hintergründe und die aktuelle Situation des Vietnamkrieges anhand von Lichtbildern, Do-

kumenten und Zeugenaussagen dargestellt wurden. Der 1. Vorsitzende, Christoph Strawe sagte auf dieser Veranstaltung unter anderem:

„Daß dieses Abkommen überhaupt zustande kam, daran hat die weltweite Solidaritätsbewegung mit dem vietnamesischen Volk bedeutenden Anteil. Die Solidaritätsaktionen von abermillionen Menschen, die entscheidende politische und militärische Hilfe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, aber auch der Protest bürgerlicher Regierungen wie der schwedischen und dänischen, haben den Spielraum der US-Politik eingeschränkt.“

Heute, wo immer offenkundiger wird, daß die US-Regierung die Unterzeichnung des 9-Punkte-Abkommens hinausschieben

oder gar völlig sabotieren will, bekommt die internationale Solidarität mit dem vietnamesischen Volk eine ungeheure Bedeutung. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Studentenbewegung durch Passivität jetzt den Nixon-Plänen entgegenkäme.“ Zum Abschluß der Veranstaltung wurde eine Resolution verabschiedet, die neben der Forderung nach sofortiger Unterzeichnung noch einmal die Notwendigkeit der materiellen Unterstützung hervorhob: „Vietnam ist ein zerbombtes Land. Zerstörte Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen und Industrieanlagen fordern gewaltige finanzielle Mittel, um das Leben der Menschen zu sichern! Das erfordert unsere materielle Solidarität!“



1 % vom BAFÖG für das Kinderkrankenhaus in Hanoi spenden!

Die anwesenden Studenten wählten eine fünfköpfige Delegation, die die gesammelten Unterschriften der US-Botschaft in Bad Godesberg übergab. Gegenüber dem für Asien-Politik zuständigen Botschaftsangehörigen, der die Unterschriftenlisten in Vertretung von Botschafter Hillenbrand, der angeblich nicht im Hause war, entgegennahm, wiederholte Christoph Strawe noch einmal die Forderungen, die die demokratischen Studenten der BRD zusammen mit der gesamten internationalen Vietnam-Solidaritätsbewegung an die Nixon-Regierung stellt. Der Diplomat, der auf das Ercheinen der

VERACHTUNG DENEN DIE VERACHTEN DEN MENSCHEN

JOACHIM MINNEMANN

I.
in vietnam
werden jeden tag
tausende opfer gezählt

jeden tag
sterben kinder
in vietnam

zu jeder stunde
macht der imperialismus klar
daß ihm nicht gelegen ist
an schulen und deichen
an krankenhäusern und dämmen

zu jeder stunde
macht deutlich die us-aggression
daß sie verachtet
die frauen und männer
die greise und kinder
der ganzen welt

in vietnam
werden jeden tag
tausende Opfer gezählt

jeden tag
sterben kinder
in vietnam

II.
vietnam
braucht jeden tag
unsere hilfe

jeden tag
muß steigern sich
unsere solidarität

zu jeder stunde
verlangen wir
daß vernichtet werden
bomben und napalm
geschosse und elektronische
waffen

und niemand durch sie
machen wir deutlich
zu jeder stunde
daß menschen wichtig sind
stehen wir zur seite
dem unsterblichen
vietnamesischen volk

vietnam
braucht jeden tag
mehr Hilfe

jeden tag
muß stärker werden
unsere anstrengung

MSB-Delegation vorbereitet war, mußte die Form wahren und bedankte sich zynisch für „das Interesse und die Bemühungen“.

Die Aktionen der Solidarität mit den um Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern Indochinas werden so lange fortgeführt werden, bis Frieden im

Fernen Osten herrscht. Zunächst gilt es die materielle Solidarität mit dem vietnamesischen Volk zu verstärken. Der Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS hat alle Studenten aufgerufen: Kauft die Spendenpostkarten für das Kinderkrankenhaus in Hanoi! Spendet 1 Prozent vom BaFöG!

Bitte einsenden an: MSB SPARTAKUS,
53 Bonn, Sternenburgstraße 73

- Ich möchte zu einer Mitgliederversammlung des Spartakus am Ort eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied im Spartakus werden.
- Ich bitte um Informationsmaterial über den MSB SPARTAKUS.

(Gewünschtes ankreuzen)

Name

Vorname

Hoch- bzw. FH-Schule

Ort

Straße

Unterschrift

Triumph für Nixon?

Am 7. November hat der 59jährige Kalifornier Richard Nixon als Kandidat der Republikanischen Partei voraussagengemäß die Wahlen zur Präsidentschaft der Vereinigten Staaten gewonnen. Etwa 61 Prozent der Abstimmungsbeteiligten votierten für den alten und neuen Präsidenten. — Dieses Resultat wird von der großbürgerlichen Presse als „Erdrutsch“ und „einer der größten Wahlsiege der amerikanischen Geschichte“ bezeichnet. Tatsächlich ist der auf Nixon entfallene Stimmenanteil — zieht man Vergleiche mit anderen USA-Wahlergebnissen — sehr hoch.

Während der Präsident einen „persönlichen Erfolg“ erzielte, hat allerdings die Nixon-Partei ihr darüber hinausgehendes strategisches Ziel, die Überwindung der Demokraten-Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses, nicht erreicht.

Was aber erklärt das eindeutige Votum der Abstimmungsteilnehmer für Nixon?

Es gibt innen- und außenpolitische Gründe, die anzuführen sind. Sieht man einmal ab von der verworrenen Konzeption des demokratischen Gegenkandidaten McGovern und den taktischen Ungeschicklichkeiten (Rücktritts seines eben erst nominierten Vizepräsidentschaftsbewerbers Eagleton u. a.), die zur Abkehr starker Wählerschichten von ihm beitrugen, dann muß vor allem die massive Unterstützung des republikanischen Bewerbers durch Amerikas monopolkapitalistische Machtgruppen und die von ihnen kontrollierten Massenmedien hervorgehoben werden. Wohl selten in der amerikanischen Geschichte hat ein Kandidat ein solches Maß an finanziellem und publizistischem Rückhalt erfahren wie Richard Nixon, der sich als regierender Präsident ohnehin in der günstigeren Position befand. (Nur zweimal in der USA-Wahlchronik sind um eine erneute Amtsperiode bemühte Staats- und Regierungschefs durch ihre „von außen angreifenden“ Rivalen geschlagen worden.) Mindestens 40 Mill. Dollar strömten aus Konzernkassen in den persönlichen Wahlfonds Mr. Nixons, dessen Regierung das höchste Rüstungsbudget seit 1945 verabschiedet sowie eine Reihe außenwirtschaftlicher und finanzpolitischer Maßnahmen zur Entlastung der hart bedrängten USA-Firmen ergriffen hatte.

Auch der Umstand, daß 688 Tageszeitungen der Vereinigten Staaten mit einer Auflage von 17,5 Millionen Exemplaren für den Verteidiger des Weißen Hauses geworben hatten, beeinflusste das Ergeb-

nis in erheblichem Maße. Für McGovern, der durch die Massenmedien als „Liberaler“ und „Fast-Sozialist“ abgestempelt wurde, was traditionell rechtsstehende

Anhänger der Demokraten ins Nixons-Lager trieb, ergriffen nur 37 Blätter (1,4 Mill. Tagesauflage) Partei. Dieser einseitige Einsatz der Massenme-



Da habt ihr ihn wieder ...

dien wirkte sich natürlich auch auf die Wahlchancen der Kommunistischen Partei der USA und ihrer Kandidaten, Gus Hall und Jarvis Tyner, aus. Trotzdem führte die KP eine sehr aktive Kampagne, und ihr konstruktives Wahlprogramm erreichte erstmalig Millionen Menschen im Hauptland des Antikommunismus. Wenn die USA-Bürger in 25 Staaten die Zahl der von den Behörden geforderten Petitionen zur Unterstützung des passiven Wahlrechts der KP-Kandidaten überboten und die Partei in 13 Staaten (in den übrigen wurde sie durch nach wie vor gültige Terrorgesetze daran gehindert) auf den Stimmzettel kam, dann war das ein bedeutender Beitrag zur Wiederherstellung der vollen Legalität dieses bewährten Vortrupps der amerikanischen Arbeiterklasse.

Anders als in früheren Wahljahren wirkten diesmal außenpolitische Fragen auf die Urteilsbildung des Durchschnittsamerikaners in geradezu entscheidendem Maße ein. Die Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, die im Moskauer Treffen und in den dabei herbeigeführten Vereinbarungen sowie in einer spürbaren Belebung des beiderseitigen Handels ihren Ausdruck fand, die Unterzeichnung des Vierseitigen Abkommens über Westberlin, die Chinareise Nixons sowie der Beschluß, keine Wehrpflichtigen mehr in Vietnam einzusetzen, wirkten auf das Denken zahlreicher Wähler ein. Obwohl in erster Linie Anpassung an das zugunsten von Frieden, Demokratie und Sozialismus veränderte internationale Kräfteverhältnis, stärkten außenpolitische Schritte das Prestige des USA-Präsidenten. Während Nixon die Unterzeichnung der Dokumente über einen Friedensschluß in Vietnam bewußt „in der Schwebe hielt“, erzeugte er das Bild „eines bereits auslaufendes Krieges“. Dieser Kurs rief bei einem Teil der Wähler die Vorstellung „des sich nun fast automatisch anbahnenden Friedens“ hervor.

Übrigens, was den von Nixon am Wahldienstag angeblich ausgelösten „Erd-rutsch“ in den Abstimmungsergebnissen betrifft, so ist er eher relativ zu werten. Die Wahlen von 1972 zeigten die niedrigste Stimmbeteiligung seit 24 Jahren — 53,3 Prozent. Etwa 63 Millionen Wahlberechtigte Amerikaner blieben den Stimmlökalen fern, und nur 45,9 Prozent — also nicht einmal ein Drittel der potentiellen Wählerschaft — gaben dem Präsidenten ihr Votum. Übertreibungen sind deshalb nicht am Platze.

In gewisser Weise steht der gewählte USA-Präsident jetzt vor der Wahl. Wird seine Regierung dem Druck jener erliegen, die dazu auffordern, „den Krieg nicht zu früh sterben zu lassen“, oder wird sie Nixons Wahlzusicherungen einlösen und dem Verlangen der Völker nach Frieden entsprechen?

Das wird entscheidend auch von der internationalen aktiven Solidaritätsbewegung mit dem vom US-Imperialismus unterdrückten Völkern abhängen.



Partisanen-Plakat gegen den Bau des Cabora-Bassa-Staudamms in Mozambique. Am Bau dieses Damms sind maßgeblich auch westdeutsche Konzerne beteiligt.

PORTUGIESISCHE KOLONIEN: Vorbild Vietnam

KONGRESS IM JANUAR

Mitte Januar 1973 wird in Dortmund ein Solidaritätskongreß mit den portugiesischen Kolonien, die gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Neokolonialismus kämpfen, stattfinden. An den Vorbereitungen zu diesem Kongreß beteiligen sich neben zahlreichen anderen demokratischen Organisationen auch die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend und der MSB SPARTAKUS.

Bereits im Herbst reiste eine Delegation der Befreiungsbewegung aus den portugiesischen Kolonien Angola, Guinea-Bissau und Mozambique auf Einladung der SDAJ durch die BRD.

DAS VORBILD VIETNAM steht bei den Aktionen der Besatzungstruppen in den portugiesischen Kolonien: Britische Zeitungen berichten über Entlaubungsaktionen in Mozambique und Angola. In Mozambique werden südafrikanische Flugzeuge und südafrikanische Piloten eingesetzt, die chemische Mittel versprühen, um der Bevölkerung die Existenzgrundlage zu entziehen. Die angolesische Exilregierung erklärte in der Sambia-Hauptstadt Lusaka, daß aus Angola rund 1300 Dorfbewohner nach Sambia fliehen mußten, nachdem aus Flugzeugen über ihren Dörfern und Feldern chemische Kampfmittel gesprüht worden waren.

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, DM 6,—
Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS - Hauptreferat - alle Diskussionsbeiträge - Bericht der Antragskommission zur Grundsatzklärung - Auszug aus der Diskussion - Grundsatzklärung - Satzung - Pressespiegel u. a.

Ich bestelle per Nachnahme
(Versand nur per Nachnahme möglich)

... Exemplar(e) des Protokolls.

Name

Ort

Straße

Schicken an: Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73



ROTE-BLÄTTER-INTERVIEW MIT BERNHELM BOOSS

Was ist los in Chile?

Zur Lage in Chile sprachen die „roten blätter“ mit Diplom-Mathematiker Dr. Bernhelm Boos, Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bielefeld. Boos hatte im Sommer 1971 auf Einladung der Universidad de Chile und mit einer Reisebeihilfe der

Deutschen Forschungsgemeinschaft in Santiago mathematische Gastvorlesungen gehalten. Er war Mitbegründer der „Assoziation Marxistischer Studenten – SPARTAKUS“, aus der der MSB SPARTAKUS hervorgegangen ist.

rote blätter:

Genosse Boos, wie geht es jetzt in Chile weiter?

Boos:

Mit herzerreißendem Mitgefühl für die chilenischen Arbeiter stellt die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung am 2. 11. fest: „Für den derzeitigen Mindestlohn kann man auf dem schwarzen Markt nicht mehr als drei bis vier Dollar kaufen“. Für die bürgerlichen Beobachter aller Schattierungen vom Spiegel bis zum Handelsblatt ist Chiles Weg zum Sozialismus eine Sackgasse. Wie einst die „Sowjetexperten“ nach dem Sieg der Oktoberrevolution, prophezeien jetzt die Chile-Astrologen von Monat zu Monat der Volksregierung den nahen Untergang. Sie können sich nicht vorstellen, welche Kraft eine geeinte Arbeiterklasse entwickeln kann und welche Anziehungskraft auch für die anderen Schichten des

Volkes, um gemeinsam alle Schwierigkeiten zu überwinden.

rote blätter:

Sind diese Schwierigkeiten eigentlich gesetzmäßig?

Boos:

Die Schwierigkeiten einer so tiefgreifenden Umwandlung, wie es nun einmal der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, sind von sehr verschiedener Art. An erster Stelle muß man hier festhalten, daß das Kernstück der grundlegenden Umgestaltung der chilenischen Gesellschaft, nämlich die Nationalisierung der Bodenschätze, der wichtigsten Industriemonopole und der Banken, daß die Einbeziehung der Arbeiter und Angestellten in die Leitung der Betriebe, in die Planung und Entwicklung der Wirtschaft, daß die grundsätzliche Veränderung der Stellung des Arbeiters zwar

hohe Anforderungen an die Schöpferkraft der Arbeiterklasse, an das Bündnis mit der fortschrittlichen Intelligenz stellte; aber schon die ersten zwei Jahre Volksregierung zeigen, daß das chilenische Volk diesen Anforderungen vollauf gewachsen ist, daß die Chilenen ohne die Imperialisten, ohne die reichen alten einheimischen „Mumien“ sehr gut alleine fertig würden. Aber solange der Sozialismus erst in einem Drittel des Erdballs gesiegt hat, solange noch zwei Drittel — darunter die industriell höchstentwickelten Länder der Erde — kapitalistisch sind, solange hat der Imperialismus noch immer die Macht, jedes Volk, das sich für den Sozialismus entschieden hat, mit ökonomischen Schwierigkeiten, mit Senkung des Lebensstandards zu bestrafen: „Wie auf Kommando fiel der Kupferpreis, Chiles Hauptdevisenquelle; für Chiles Waren fanden sich plötzlich keine Absatzmärkte mehr; der damalige US-Finanzminister

John Connally sperrte Kredite der Export-Import-Bank; MacNamaras Weltbank sowie die Internationale Entwicklungsbank hatten trotz Zusagen auf einmal ebenfalls kein Geld mehr; andere Staaten folgten nach, so auch die Bundesrepublik." Selbst die bürgerliche Frankfurter Rundschau (vom 2. 11. 72) wollte diese Wirtschaftsverbrechen des Imperialismus nicht länger verschweigen. Gegenüber diesen Anschlägen auf die revolutionären Errungenschaften und die souveränen Rechte der chilenischen Nation fällt das schwere Erbe im eigenen Land besonders ins Gewicht: schon vor zwei Jahren, beim Amtsantritt Allendes, hatte die chronische Inflation eine Rate von 40 Prozent erreicht. 200 000 Arbeits-

rote blätter:

Wieso kam es zu dieser Krise gerade jetzt?

Booß:

Das ist doch klar. In den ersten ein- und einhalb Jahren Volksregierung ist die Unidad Popular nicht immer einheitlich aufgetreten. Es gab Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg. Sollte man nach der Nationalisierung der wichtigsten Zweige der Produktion sofort anschließend auch die kleineren Kapitalisten enteignen, wie es nicht nur die Ultra„linken“ forderten, sondern auch manche Geschäftsleute wegen der damit verbundenen gesetzlich vorgeschobenen

z. B. für die First National City Bank ist, die hinter der Anaconda Company steht, kann man daraus ersehen, daß 80 Prozent ihrer Gewinne aus Chile kamen, obwohl sie dort nur 14 Prozent ihrer Investitionen getätigt hatte. Wieweit das Komplott von nordamerikanischen Finanzspitzen, State Department und US-Botschaft in Santiago gegen die chilenische Unabhängigkeit reicht, kann man in den Geheim-



Tausende halfen mit, den Transport-Boycott der Allende-Gegner zu brechen. Hier Studenten der Universität von Santiago

lose, ein Manko von 500 000 Wohnungen, Mangel an Krankenhäusern und Schulen, Unterernährung von 600 000 Kindern mit der Gefahr von Dauerschäden, Auslandsschulden von fast 10 Milliarden DM, veraltete und viel zu wenig industrielle Ausrüstung, Budgetdefizit. Aber das Programm der Unidad Popular und die in den ersten zwei Jahren Volksregierung ergriffenen Maßnahmen zeigen einen realistischen Weg zur Überwindung der von Feudalismus und Imperialismus ererbten Rückständigkeit.

Der Grund für die derzeitige Krise liegt nicht so sehr in dieser ererbten Rückständigkeit — und schon gar nicht in der demokratischen, auf den Sozialismus zielenden Umgestaltung zu ihrer Überwindung, sondern eindeutig in den Anschlägen und Provokationen der US-Imperialisten und ihrer reaktionären Verbündeten, die darauf abzielen, dem chilenischen Volk seine Reichtümer wieder zu entreißen. Sie wollten durch eine aufrührerische Bewegung das gesamte gesellschaftliche Leben lahmlegen und stürzten das Land in die schwerste Krise, die es in den vergangenen zwei Jahren durchgemacht hat.

Entschädigung gerne gesehen hätten, oder galt es in erster Linie, den Kampf um die Erhöhung der Produktion und um ihre Modernisierung zu führen. In einer großen kameradschaftlichen Diskussion entschieden sich die in der Unidad Popular vertretenen Parteien, allen voran die Sozialisten und die Kommunisten, für den zweiten Weg. In einem gemeinsamen Dokument riefen sie die chilenischen Arbeiter, das ganze Volk, unabhängig ob sie schon in einem nationalisierten oder noch in einem privaten Betrieb arbeiteten, zum Kampf für die Erhöhung der Produktion und zur revolutionären Wachsamkeit gegen Sabotage und andere volksfeindliche Machenschaften auf. Imperialismus und Reaktion mußten sich also beeilen, wenn sie noch von bereits überwundenen Fehlern und Unklarheiten profitieren wollten.

Daß sich der US-Imperialismus mit dem Verlust Chiles nicht abfinden kann, ist klar, wenn man weiß, daß z. B. die beiden nordamerikanischen Kupfergesellschaften Anaconda und Kennecott in den Jahren 1955—1970 in Chile nur 250 Millionen Dollar investierten, aber Gewinne von 744 Millionen Dollar herausholten. Wie schmerzlich Chiles Unabhängigkeit

A.ACQUAVIVA G.FOURNIAL P.GILHODES
J.MARCELIN

Das Chile der Volkseinheit



MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Dieses Taschenbuch gibt eine Übersicht über die Geschichte Chiles von den spanischen Eroberungen, über die langen Kämpfe um politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, von der ersten Volksfront 1938 bis zur heutigen Unidad Popular, die ausführlich untersucht wird. Der Anhang enthält den Wortlaut des Programms der Volkseinheit. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, Hedderheimer Landstr. 78 a. Preis DM 6,50.

dokumenten der International Telephone and Telegraph Company (ITT) nachlesen, die im chilenischen Militärverlag veröffentlicht und ins Spanische übersetzt wurden. Nachdem eine offene militärische Intervention wegen der Stärke des sozialistischen Lagers als zu riskant abgelehnt und die Intervention wegen der Stärke des sozialistischen Lagers als zu riskant abgelehnt und die in diesen Dokumenten nachzulesende Einfädelung eines Militärputsches auch scheiterte — zeitigte die dort ebenfalls angeregte Ermunterung der Ultralinken zu ständigen aufreibenden Zwischenfällen auch nicht den erwünschten Erfolg. Die von Kennecott Copper erwirkte einstweilige Anordnung zur Beschlagnahmung von chilenischem Kupfer in Frankreich hat jetzt das Signal abgegeben, um planmäßig das gesamte gesellschaftliche Leben in Chile zu paralysieren.

rote blätter:

Wie konnte die Unidad Popular nun gegen den Boycott der Führerunternehmer

und des Einzelhandels die Normalisierung wieder herbeiführen?

Booß:

Noch ist die Normalisierung nicht erreicht. Und sicher wird es noch lange Zeit dauern, bis der Boykottschaden, den Allende auf rd. 100 Millionen Dollar beziffert hat, wieder aufgeholt worden ist. In den letzten Wochen hat sich die Arbeiterklasse in Chile als die wichtigste, patriotischste und verantwortungsbewußteste Kraft des Landes gezeigt. Dafür gibt es konkrete Beispiele. So erklärten die Eisenbahner des Landes ihre Bereitschaft, Überstunden zu leisten, um die Bevölkerung mit allem Notwendigen zu versorgen. Die Kumpel der Kohlegruben „Lota-Schwager“ leisteten Sonderschichten und stellten den finanziellen Reinertrag der Unidad Popular zur Verfügung. Die Post- und Telegraphenarbeiter erklärten ihre volle Zustimmung zur Regierungspolitik: „Wir werden uns nicht von denen belügen lassen, die das Chaos wollen.“ Nach weiteren Berichten aus Chile haben mehr als 100 000 Arbeiter und Studenten in Freiwilligen-Arbeit dem Unternehmer-„streik“ entgegengewirkt und so die notwendige Versorgung gesichert. Eine Reihe von Einzelhändlern hat der Boykott an den Rand des Ruins gebracht. Sie begreifen jetzt, wo sie unter dem Schutz der Polizei gegen die terroristischen Drohungen ihrer Verbandsspitze ihre Läden wieder eröffnen, daß ihr Platz an der Seite der Arbeiterklasse ist. Auch die Arbeiter in der Christdemokratischen Partei (PDC) haben erkannt, daß sie sich



dem Millionärsviertel Santiagos, abgingen, sondern 240 000 Kindern, für die die Volksregierung den täglichen halben Liter Milch organisiert hatte. Der klügere Teil der Christdemokraten ist deshalb jetzt zur Zusammenarbeit mit der Unidad Popular bereit. Bleibt zu hoffen, daß die PDC bald mit ihrer Schaukelpolitik bricht und das Angebot der Unidad Popular zu einer gemeinsamen Kandidatur bei den im März 1973 anstehenden Wahlen zum

Booß:

Natürlich gibt es in der Intelligenz, die keine eigene Klasse bildet, sondern Elemente aller Klassen in sich vereinigt, auch ausgesprochen reaktionäre Vertreter. Die Mehrheit der Intelligenz muß aber anerkennen, daß sie unter der Volksregierung zum erstenmal mit ihren kulturellen Forderungen z. B. zur Studienreform nicht in Gegensatz zur Regierung gerät, sondern an der Seite der Arbeiterklasse ungehindert alle demokratischen Reformen vorantreiben kann.

Dabei wirft das Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz auch so delikate Fragen auf, wie z. B. gewährleistet werden kann, daß die doch hauptsächlich von der Arbeiterklasse finanzierte Hochschulausbildung nicht von den USA oder anderen hochentwickelten Staaten durch Abwerbung eingesäckelt werden kann.

Letzter nicht ganz konfliktloser Stand der Sache: die Studenten verpflichten sich, nach ihrem Examen mindestens 7 Jahre im Land zu arbeiten.

Das hinderte nicht die Rektoren der größten chilenischen Hochschulen, in einer gemeinsamen Erklärung die Normalisierung der Versorgung gegen das Komplott der inneren und äußeren Reaktion zu fordern.

rote blätter:

Welche Rolle spielt das Militär?

Booß:

Durch die Stärke und Wachsamkeit der organisierten Arbeiterbewegung, allem voran die Kommunistische Partei Chiles und der Kommunistische Jugendverband, war schon in den 50er und 60er Jahren die Verbindung des chilenischen Militärs mit den US-Streitkräften und des C. I. A. eingeschränkt worden. Die chilenischen Generale respektieren die Autorität der Arbeiterklasse, die sie wiederholt — auch gegen einige putschistische Offiziere — in eindrucksvollen Generalstreiks demonstriert hatte. So kommt es, daß die bewaffneten Kräfte treu zur Verfassung und zur Regierung stehen. Mit der Beteiligung aller drei Waffengattungen an der Regierung durch Übertragung von Ministerposten bestätigt sich, daß sich die bewaffneten Kräfte nicht aus der Situation heraushalten (wie es die Reaktion gern sähe), sondern über die Rolle des Hüters der Verfassung hinaus sich zur aktiven Durchsetzung der beschlossenen Politik bereitfinden. Die Regierung, die UP und die Armee haben verhindert, daß das Land in einen Bürgerkrieg gestürzt wird — und gemeinsam werden sie es auch in Zukunft verhindern.

rote blätter:

Was können wir Studenten tun?

Booß:

Nach dem Vorbild der französischen und holländischen Hafentarbeiter, die sich weigerten, das chilenische Kupfer an die Kennecott-Company auszuliefern, muß die Solidarität mit Chile verstärkt werden. Der von der Bundesregierung über Chile verhängte Investitionsstopp muß aufgehoben werden, die bevorstehenden Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin müssen zu einem großen Triumph der internationalen Solidarität werden.



Überall auf den Straßen bringt das Volk seine Unterstützung der Unidad Popular zum Ausdruck

nicht dem von den Unternehmern ausgerufenen Streik unterwerfen können. Das Klassenbewußtsein des Proletariats und seine Autorität bei den anderen Schichten des Volkes haben gesiegt. Heute weiß jeder in Chile, daß die 120 000 Liter Milch, die jeden Tag weggeschüttet werden mußten, weil die Transportmittel blockiert waren, nicht dem Barrio Alto,

Abgeordnetenhaus und zu einem Teil des Senats annimmt für ein gemeinsames Programm zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der demokratischen Errungenschaften.

rote blätter:

Wie steht die Intelligenz zur UP?



50 JAHRE SOWJETUNION

Das Wort „Student“ hat einen sehr herzlichen Klang

ZUR HOCHSCHULPOLITIK DER UDSSR

Aus Anlaß des 50. Jahrestages der Gründung der Sowjetunion drucken wir ein Interview nach, das der Minister für Hochschulwesen und mittlere Spezialbildung der UdSSR, W. P. Jeljutin, im November dem NEUEN DEUTSCHLAND gab. (Auszüge) Seine

Ausführungen über das sowjetische Hochschulsystem können gerade auch den Studenten in der BRD wichtiges Informationsmaterial in ihrem Kampf gegen die materielle Bildungsmisere liefern: Das Vorbild Sozialismus.

Schon eines der erstens Dekrete der jungen Sowjetmacht galt der Reform der gesamten Hochschulbildung. Es besagte: Die Türen der Hochschulen sind den Söhnen und Töchtern aus dem werktätigen Volk, unabhängig von ihrer Nationalität, zu öffnen. Sämtliche Privilegien der Vergangenheit wurden beseitigt. Aber das allein reichte noch nicht aus. Zwar standen nun die Hochschulen der Jugend offen, aber sie verfügte nicht über eine ausreichende Bildung. Deshalb wurden — auf eine Weisung Lenins hin — Arbeiterfakultäten eingerichtet, die Arbeitern und Kolchosbauern den Weg zur Hochschulbildung ebneten.

Dann kam die Zeit der ersten Fünfjahrpläne. Unter Führung der Kommunistischen Partei gelang es uns, in Unionsrepubliken, die eine völlig anders gearbeitete Lebensweise hatten, über kein eigenes wissenschaftliches Fundament, keine Bücher usw. verfügten, im Prinzip für jeden eine Hochschulausbildung zu ermöglichen. Schon im Jahre 1920 wurde bei-

spielsweise auf ein Dekret Lenins hin als erste höhere Lehranstalt die mittelasiatische Universität in Taschkent gegründet.

Heute gibt es keine einzige Unionsrepublik, in der nicht eigene Universitäten oder Hochschulen bestehen würden. Sie bilden Spezialisten in allen jenen Fachrichtungen aus, die für Wissenschaft und Volkswirtschaft notwendig sind. Darin unterscheidet sie sich in keiner Weise von einer der traditionellen Universitäten, sagen wir in Moskau oder Leningrad.

ND: Worin bestehen die Ziele des sowjetischen Hochschulwesens im gegenwärtigen Fünfjahrplan?

Minister Jeljutin: Hatten wir im vergangenen Fünfjahrplan sieben Millionen Absolventen, so sollten es bis 1975 rund neun Millionen sein. Das werden wir auch schaffen, das ist überhaupt kein Problem.

Nun wurde aber auf dem XXIV. Partei-

tag der KPdSU zugleich die Forderung erhoben, daß wir angesichts des stürmischen wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Qualität der Ausbildung weiter erhöhen müssen. Das Studium muß so gestaltet werden, daß unter den Studenten die Fähigkeiten zum selbständigen Verarbeiten und zur schöpferischen Anwendung der Kenntnisse voll ausgeprägt werden. In diesem Zusammenhang wächst die Bedeutung der allgemeinen theoretischen Wissenschaften. Deshalb werden in den Studienplänen die theoretischen Disziplinen stärker als die angewandten Wissenschaften betont. So wird es unserer Meinung nach möglich sein, die Disponibilität der künftigen Fachleute zu erhöhen und sie zum ständigen Weiterlernen zu befähigen. Etwas vereinfacht möchte ich sagen: Wir bemühen uns um Fachleute, die Antworten auf solche Fragen zu finden wissen, die sich heute noch gar nicht stellen. Wir wollen sie befähigen, sich auf die Suche ins wissenschaftliche Neuland zu begeben.

AN DER SEITE DER PARTEI

Hand in Hand damit gehen unsere Bemühungen um eine verstärkte politisch-ideologische Erziehungsarbeit. Wir lassen uns davon leiten, daß der sowjetische Spezialist die Grundlagen der marxistisch-leninistischen Weltanschauung gut beherrscht, die politischen Ziele der Partei und des Landes zu seinen eigenen macht und daß er eine breite wissenschaftliche und praktische Ausbildung besitzt, die ihn in die Lage setzt, sein Fach vollkommen zu meistern.

Zu dieser Verantwortung vor der kommunistischen Gesellschaft erziehen wir die Studenten vom ersten Tage der Ausbildung an. Denn sein Fach schöpferisch beherrschen, ein aktiver Teilnehmer unseres kommunistischen Aufbaus sein, die Politik der Partei unter den Massen verwirklichen, kann man vor allem dann, wenn man sich die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse aneignet. „Die Treue zum Marxismus-Leninismus, zum proletarischen Internationalismus ist eine edle Tradition unserer Partei, unseres Komsomol, die die Hochschule auf jegliche Weise festigen und bereichern muß“, hatte Genosse L. I. Breschnew auf dem Unionstreffen sowjetischer Studenten im Oktober vergangenen Jahres in Moskau erklärt.

Als ein Beleg dafür, wie sich die Studenten bemühen, ihr Studium mit dem Leben zu verbinden, wie sie schon frühzeitig am kommunistischen Aufbau mitwirken, möchte ich auf jene mehr als 500 Studenten verweisen, die Deputierte der Obersten Sowjets in den Unionsrepubliken sind. Außerdem wächst von Jahr zu Jahr die Zahl jener Studenten, die schon während des Studiums eigene wissenschaftliche Leistungen erbringen, Leistungen, die der Gesellschaft auf die eine oder andere Weise zugute kommen.

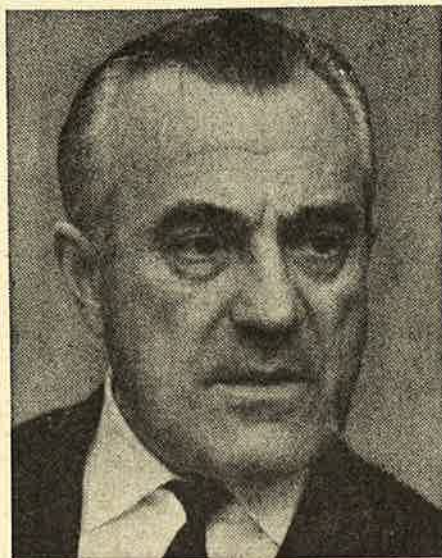
Ich sage zu meinen Mitarbeitern immer: An allem, was in unserem Lande geschieht, sind die Fachleute, die wir ausgebildet haben, maßgeblich beteiligt. Deshalb stehen die Hochschulen immer im Blickfeld der Gesellschaft. Angesichts unseres erfolgreichen Vorwärtsschreitens hat das Wort Student in unserem Volk einen sehr herzlichen Klang.

1990 SCHON IM VISIER

ND: Vor kurzem wurde in der UdSSR der Beschluß „Über Maßnahmen zur Vervollkommnung der Hochschulausbildung“ gefaßt. Können Sie uns über einige seiner Grundgedanken informieren?

Minister Jeljutin: Einiges habe ich dazu schon gesagt. In diesem Beschluß sind jene Aufgaben detailliert dargelegt, die uns der XXIV. Parteitag der KPdSU stellt. Der Leitgedanke ist eben die weitere Erhöhung der Qualität der Ausbildung. Und das in mehrfacher Hinsicht. Die entsprechenden Maßnahmen betreffen die Steigerung des wissenschaftlichen Niveaus der Bildung, eine enge Verbindung

von theoretischer und angewandter Ausbildung, die technische Rekonstruktion sämtlicher Hochschulen, eine breite Nutzung technischer Lehrmittel, um den Lernprozeß zu intensivieren und das Studium selbst wissenschaftlicher zu gestalten, ferner die Verbesserung der Qualifikation der Hochschullehrer usw.



Eine äußerst wichtige Aufgabe besteht darin, eine Strategie der Hochschulbildung zu erarbeiten. Jetzt sind wir dabei, zunächst die Entwicklung bis zum Jahre 1980 und dann bis 1990 vor auszuplanen. Obgleich es noch keinen offiziellen Auftrag von Partei und Regierung gibt, arbeiten wir bereits an Prognosen für das Jahr 2000. Wir versuchen uns dabei vorzustellen, welches Profil kommunistische Fachleute in etwa 30 Jahren besitzen müssen. Bei diesen Arbeiten unterstützen und hervorragende Wissenschaftler aus der Akademie und den Hochschulen, die, so sieht es der erwähnte Beschluß vor, in einem Wissenschaftlichen Rat des Mini-

steriums mitwirken werden. Ich möchte Ihnen auch dafür ein Beispiel nennen. Molekularbiologie und Genetik durchlaufen gegenwärtig einen stürmischen Entwicklungsprozeß. Das verlangt entsprechende Entscheidungen für die Hochschulausbildung. Damit ist gar nicht in erster Linie die Bereitstellung einer großen Zahl von Studienplätzen gemeint, sondern mehr noch ein rasches Reaktionsvermögen der Hochschulen auf der Grundlage exakter perspektivischer Berechnungen.

ND: Eine Zwischenfrage, Genosse Minister. Wieviel Zeit können Sie persönlich für solche perspektivischen Ausarbeitungen aufwenden?

Minister Jeljutin: Es ist eine ziemlich große Armee von Wissenschaftlern, die sich um diese Probleme kümmert. Unsere Debatten tragen unterschiedlichen Charakter. So kam vor etwa 12 Jahren, ich erinnere mich noch genau, ein Wissenschaftler zu mir und warf einen Schlüssel auf den Tisch. Warum fällt der Schlüssel nach unten, fragte er. Ich antwortete: Es lohnt sich, darüber näher nachzudenken, wollen wir uns mit dem Problem beschäftigen. Gewiß war das „Schlüssel-experiment“ nicht neu. Aber unter den Bedingungen der Raumfahrt galt es damals, das Problem der Gravitation auch an den Hochschulen neu zu durchdenken. Es war ebenfalls eine Frage, auf die eine Antwort erst gefunden werden mußte. Wir haben die Probleme gemeistert, gemeinsam mit den Wissenschaftlern. Immer zum rechten Zeitpunkt die neuen Probleme anzupacken, niemals einen Rückstand zu dulden — das ist gerade Aufgabe der Hochschulen. Sie müssen sozusagen ein „Barometer“ für die sich entwickelnden gesellschaftlichen Bedürfnisse und Anforderungen sein. Dabei sind es in der Regel nicht immer solche Fragen wie die nach der Gravitation. Jetzt suchen wir beispielsweise nach einer

Hoch- und Fachschulen in der UdSSR

Hochschulen:		Mittlere Speziallehreinrichtungen (Fachschulen):	
1922:	248	1922:	932
1972:	821	1972:	4260
Hochschulstudenten:		Fachschulstudenten:	
1922:	217 000	1922:	122 000
1972:	4 597 000*)	1972:	4 421 000

*) Stand v. Sommer 1972

steriums mitwirken werden.

Also, kurz und gut, wir möchten so weit wie nur möglich vorausschauen. Gewiß ist das auf dem Gebiet der Bildung nicht einfach; denn solche Vorausschau hängt natürlich davon ab, wie sich die Volkswirtschaft konkret entwickeln wird. Doch obgleich die entsprechenden ökonomischen Kennziffern und Zahlen noch nicht bekannt sind, wollen wir die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen qualitativen Prozesse in der Wissenschaft, in der Berufsstruktur usw. erfassen.

optimalen Ausbildung für Ingenieure, die ein hohes Niveau der Dienstleistungssphäre sichern helfen oder welche Verkehrsprobleme nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten gestalten usw.

Alle diese Bemühungen, ich konnte hier nur einige andeuten, sind dem einen Ziel untergeordnet, nämlich unserer kommunistischen Gesellschaft Fachleute zur Verfügung zu stellen, die als politisch bewußte Staatsbürger zu großen Leistungen imstande sind.

ND: Genosse Minister, wir bedanken uns für das Gespräch.

Ausland kurz

ABGEFÄRBT

Ein Kriegsgericht in Lüttich (Belgien) sah sich jetzt gezwungen, über die Folgen „eines allzu realistischen Manövers“ zu verhandeln. Bei einer Kriegsübung im November 1971, an der US-amerikanische, britische, holländische und belgische Gruppen teilnahmen und in deren Rahmen eine Operation „Überleben“ absolviert werden mußte, hatte ein sechsköpfiges Kommando „feindliche“ Soldaten und Offiziere gefangen genommen und zwei Tage lang gefoltert, „um strategisch wichtige Informationen zu erhalten“. Dem Kommando wurde vorgeworfen, die „Gefangenen“ an Händen und Füßen gefesselt und bei eisiger Kälte in einer Scheune brutal geschlagen und gefoltert zu haben. Mehrere „Gefangene“ wurden Elektroschocks ausgesetzt oder mit dem Kopf zuerst auf eine elektrische Spule gestoßen. Ein Leutnant wurde am Gürtel gepackt und mindestens fünfzigmal gegen die Spule geschleudert. Anschließend wurde ihm ein Metalleimer über den Kopf gestülpt, auf den man mit Stöcken einschlug. Andere Soldaten wurden kniend an einen Balken gebunden, ihre Köpfe in ein Rohr gesteckt, das dann mit Metallgegenständen bearbeitet wurde. Offensichtlich haben die Killerpraktiken der USA-Aggressoren gegen das vietnamesische Volk die Eigenschaft, abzufärben.

ARBEITSLOS

Die höchste Arbeitslosenquote aller Altersgruppen stellen in EWG-Raum die Jugendlichen. Einem Bericht der EWG-Kommission zufolge sind von jeweils tausend Jugendlichen in Italien 102, in Frankreich 56, in Belgien 15 und in der BRD fünf arbeitslos.

BÖRSENSTURZ

AN DER BORSE in Amsterdam gab es einen Kurseinbruch für Aktien des AKZO-Konzerns. Sie fielen, nachdem sie bisher eine stete Aufwärtsentwicklung hatten, binnen Stunden um 1,2 Gulden — nachdem bekannt geworden war, daß

der Konzern vor der internationalen Solidarität von Betriebsbelegschaften und Gewerkschaften kapitulieren und seine Stilllegungspläne aufgeben mußte. Die Düsseldorfer Kapitalisten-Zeitung „Handelsblatt“ berichtet über die erschreckte Reaktion und meint irritiert, daß „bei Akzo das letzte Wort noch lange nicht gesprochen worden ist, nachdem die Gewerkschaften eine breite Bresche in die einst wohl gehütete Festung dieses Weltunternehmens geschlagen haben“.

ANGELA

ANGELA DAVIS lehnte es auf einer Pressekonferenz in Prag ab, zu den Prozessen der jüngsten Zeit Stellung zu neh-

men. „Zugunsten politischer Häftlinge werde ich mich in meinem Land einsetzen“, erklärte sie und wies darauf hin, daß die amerikanischen Kommunisten sich niemals für Leute verwendet hätten, die aufgrund erwiesenen Fehlverhaltens verurteilt wurden.

NEUE STADT

In Dresden-Prohlis wurde ein Wohnviertel für 30 000 Einwohner projektiert, das in den nächsten drei Jahren gebaut werden soll und nach den neuesten Erkenntnissen der Umweltforschung geplant wurde. Das Gelände ist 100 Hektar groß und bezieht ein Naherholungsgebiet mit Freibad und einen Naturschutzpark ein. Hauptstraßen berühren das Wohnviertel nur am Rande. Die Parkplätze für Autos sind ebenfalls an die Randgebiete des Viertels verbannt. Kindergärten, Schulen und Parks sind über Fußgängerwege zu erreichen. An den Endpunkten aller Wege aus dem Viertel befinden sich Haltestellen für den Nahverkehr und Einkaufsstätten. Die an das Viertel grenzende Hauptstraße wird durch einen Lärmschutz-Erdwall abgesichert.

Das Modell wurde von einem Architektenkollektiv am Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der DDR-Bauakademie entwickelt.

ABSP STUDENT OFFICE MEETS W. GERMAN MARXIST STUDENT ORGANISATION

A delegation of the National Student Office of the Arab Socialist Party yesterday morning met with representatives of the Marxist Student Organisation of West Germany. The German students' delegation is around the world as well as a wide range of other issues of interest to the Arab homeland and to national liberation movements of the world over.



The meeting, held at the premises of the National Leadership of the Arab Socialist Party, dealt with the struggle of progressive students of Hamburg. — INA

ARRIVALS CELEBRATIONS

More delegates arrived Baghdad yesterday evening to attend the country-wide celebrations on the occasion of the Jubilee of the new arrivals of the Central Committee of the German Socialist Party, the Deputy of the Heavy Industry Minister of the Romanian Socialist Republic, the Head of the Joint Economic cooperation committee between the Soviet Union and the Austrian Communist Party, two members of the Higher Committee of Spartacus Organisation in West Germany, Communist Director of Foreign Relations Bureau at the National Leadership of ABSP.

مباحثات مع وفد الماركسيين في بغداد

التقى صباح أمس مبعوثي القيادة القومية وفد المكتب العربي القومي وهم من منظمة الطلبة القوميين في ألمانيا الغربية وتضال الطلاب ومختلف

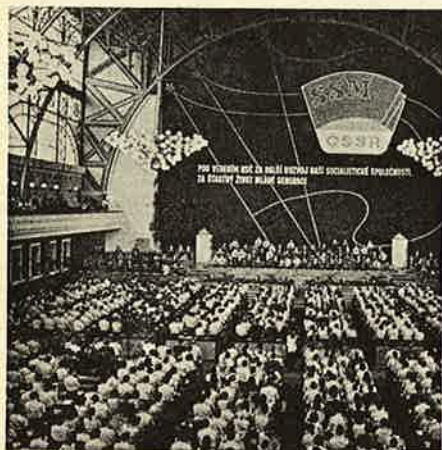
Anlässlich des 25. Jahrestages der Baath-Partei reiste im April dieses Jahres eine Delegation des MSB SPARTAKUS nach Bagdad. Erst jetzt erhielten wir Presseauschnitte, die zeigen, welche Beachtung der Marxistische Studentenbund in der Öffentlichkeit des Irak findet.

SPARTAKUS ZU GAST BEIM ERSTEN KONGRESS DES SSM DER CSSR

Radio Free Europe und ähnliche ehrliche Freunde der CSSR werden an diesem Ereignis keine Freude gehabt haben. Für sie, die mit allen Mitteln versucht hatten, der Jugend der CSSR antisozialistische Ideen anzudienen und die westliche Freiheit von Coca-Cola und Vietnam-Krieg schmackhaft zu machen, muß der erste Kongreß des Sozialistischen Jugendverbandes der CSSR (SSM) verdeutlicht haben, daß solche Pläne gescheitert sind, und zwar endgültig.

Der SSM — das ist heute mit 800 000 Mitgliedern die bestimmende Kraft unter der Jugend des Landes. 13 000 von ihnen berieten als Delegierte des Kongresses die Aufgaben des SSM und die Rolle der Jugendlichen bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der CSSR.

Die Atmosphäre war kämpferisch und begeisternd, die Ovationen für die Gäste aus der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern, für die Vertreter



aus kapitalistischen Ländern und die Repräsentanten der nationalen Befreiungsbewegung waren eindrücklicher Beweis für die internationalistische Haltung des SSM; beeindruckend und mitreißend auch die frei gehaltene zweistündige Ansprache des Genossen Gustav Husak.

Vom 27. bis 30. September mit dabei in Prag: Der Vorsitzende des MSB Spartakus, Christoph Strawe (das ZDF-Magazin registrierte es gehässig), der dem Kongreß die solidarischen Grüße der sozialistischen Studenten der BRD übermittelte. In einem Gespräch mit dem wiedergewählten Vorsitzenden des SSM, Jural Varholik wurde eine Vertiefung der Beziehungen zwischen SSM und MSB Spartakus vereinbart.



Die Polizei in Johannesburg treibt brutal eine Demonstration gegen die rassistische Politik des südafrikanischen Regimes auseinander

Gestapo-Methoden

Ein UNO-Sonderausschuß hat die Polizei Südafrikas angeklagt, mit Billigung ihrer Regierung bei inhaftierten politischen Gegnern wie einst die Gestapo in Deutschland vorzugehen. In einem Bericht des Gremiums, dem unter dem Vorsitz von Abdulrahim Farah aus Somalia Vertreter von sechs Staaten angehören, hieß es: Da sich die südafrikanische Regierung zur Anwendung von Terror gegen Gegner der Apartheid entschlossen habe, ermutige sie die Sicherheitskräfte zur Praktizierung von „Nazi-Gestapo-Methoden“. Der Apartheid-Ausschuß führte 130 Fälle von Folterungen, Einschüchterungen und brutalen Vernehmungen durch die Polizei an, die teilweise zu ständigen Gesundheitsschäden oder zum Tode der Betroffenen geführt hätten. Der Ausschuß warf ferner einer Reihe von Staaten vor, UNO-Resolutionen zu ignorieren, wonach Südafrika durch diplomatische und wirtschaftliche Mittel isoliert werden soll. Er erwähnte besonders die USA, Großbritan-

nien, Frankreich, weitere „westeuropäische Länder und Japan“.

AMERIKANISCHE BERGBAU-KONZERNE

steigen zunehmend ins Südafrika-Geschäft ein. Die beiden Konzerne Hanna Mining und Phelps Dodge sowie Bethlehem Steels und die Marcona Corporation erschließen in Namibia — dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika, das Südafrika gegen das Votum der UNO okkupiert hat und dem Land die Selbständigkeit verweigert — zusammen mit südafrikanischen Firmen Bodenschätze, u. a. Eisenerze, Fluspat, Kupfer und Blei. Evangelische Kirchenkreise teilen dazu mit, daß der Durchschnittsmonatsverdienst der afrikanischen Bergarbeiter in diesen Firmen 28 Dollar beträgt; das Existenzminimum einer afrikanischen Durchschnittsfamilie liegt bei 109 Dollars.

Presseseminar des ISB

Mitte Oktober fand in Sofia ein fünftägiges Seminar des Internationalen Studentebundes zu Fragen der Studentenpresse und ihrer Aufgaben in der internationalen demokratischen Studentenbewegung statt. Neben den Vertretern von 25 nationalen Studentenverbänden aus allen Teilen der Welt nahm für den vds und den MSB SPARTAKUS der neue Chefredakteur der roten blätter, Hartmut Schulze, an dem Seminar teil. Im Abschluß-Kommunique des Seminars wurde festgestellt, daß eine der Hauptaufgaben der Studentenpresse darin besteht, die Übereinstimmung der Ziele der Studentenbewegung mit denen der demokratischen Bewegung insgesamt deutlich zu machen und die Masse der Studenten für den solidarischen anti-imperialistischen Kampf zu mobilisieren.

THEORIE

Die große Verdrehung

WIE VIER SPD-THEORETIKER AUSZOGEN, DIE THESEN DER DKP ZU WIDERLEGEN

Einige Bemerkungen zu: Christian Bockemühl, Karl-Heinz Naßmacher, Werner Plitt und Günter Wehrmeyer: Wider die Thesen der DKP — Argumente für

die Demokratie. Bonn-Bad Godesberg: Neue Gesellschaft 1972

von Matthias Dohmen

„In der Frankfurter Zeitung ist immer wieder gestanden, daß es dort kein echter Kommunismus ist, und so hat die Sowjetunion eine schlechte Kritik bekommen. Sie haben geschrieben, es ist ein interessantes Experiment und in einem objektiven Ton, als ob sie ihr Endurteil nur davon abhängig machen wollten, obs technisch durchführbar war. Aber vielleicht haben die französischen Adligen auch so über die Guillotine geredet.“ (Brecht: Flüchtlingsgespräche, VIII)

Der Verlag Neue Gesellschaft — in ihm erscheinen das theoretische Organ der SPD und vorzugsweise Bücher und Broschüren der Friedrich-Ebert-Stiftung — hat eine Schrift herausgegeben mit dem Titel „Wider die Thesen der DKP — Argumente für die Demokratie“. Als Verfasser zeichnen Dr. Christian Bockemühl, Redakteur, Prof. Dr. Karl-Heinz Naßmacher von der Sozialakademie Dortmund, der Oberstaatsanwalt Werner Plitt und Günter Wehrmeyer, Bildungsreferent. Sie formulieren einleitend ihre selbstgestellte Aufgabe wie folgt: „Zwei Fragen muß man ... an die DKP stellen: 1. Erkennt die DKP die Welt von heute richtig...? 2. Zieht die DKP aus ihrer Analyse die richtigen Schlüsse...?“ (S. 7.)

Gleich auf S. 8 fahren die Autoren schweres Geschütz auf: „dringend notwendige Verbesserungen unserer Gesellschaft“ sind nicht „mit einer bloßen Kampfansage an den Imperialismus oder durch das Gerede über eine Revolution zu erreichen...“ Wie wahr! Wenn wir davon absehen, daß mit bloßen Kampfansagen und Gerede keine Reformen, geschweige denn revolutionäre Umwälzungen durchgesetzt werden können: Hier geht's nicht gegen „KPD“ und KSV, sondern gegen die Deutsche Kommunistische Partei, der an anderer Stelle angelastet wird, ganz handfeste Politik zu treiben. Doch es geht weiter: Die DKP, ebenfalls S. 8, erkläre „SPD und Gewerkschaften zur Hauptgefahr“! Fürwahr eine seltsame Partei, denn

in These 30 heißt es: „Die kommunistischen Arbeiter und Angestellten sind Teil der Gewerkschaften...“ These 29: „Unser Streben ist darauf gerichtet, auch die minimalste Übereinstimmung mit Sozialdemokraten zum Ausgangspunkt des gemeinsamen Handelns für die gemeinsamen Interessen zu machen.“ Doch der Widerspruch klärt sich auf: Daß die DKP SPD und Gewerkschaften „zur Hauptgefahr erklärt“, existiert nur in der Phantasie der Autoren, die ihre Wünsche — und die der Strauß und Barzel — mit der Wirklichkeit verwechseln.

„Denn die Kapitalisten sind im Kommunismus unfrei. Sie werden verfolgt, weil sie eine andere Meinung haben, und auch die Arbeiter sind nicht mehr frei, bei ihnen Arbeit zu nehmen. Ein Herr in einem Gasthof hat mir gesagt: ‚Versuchens einmal, in Rußland eine Initiative zu haben und eine Fabrik aufzumachen! Sie können nicht einmal ein Haus kaufen.‘ Ich hab ihm gesagt: ‚Kann ichs hier?‘ ‚Jederzeit‘, hat er gesagt, ‚schreiben Sie einen Scheck aus und fertig.‘ Ich hab sehr bedauert, daß ich kein Konto auf der Bank gehabt hab, denn sonst hätte ich eine Fabrik aufmachen können.“ (Brecht: Flüchtlingsgespräche, IX)

„Die DKP bezeichnet zwar“ (!) „den Sozialismus als Voraussetzung für die Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft und ein Leben in Freiheit. Dabei versteht sie unter Sozialismus aber nur den in der Sowjetunion und der DDR praktizierten Sozialismus“ (S. 28). Aha! „Wahrer Sozialismus will menschlich und muß demokratisch sein“ (S. 29). Olof Palme? Brandt-Leber-Schmidt? Selbige Ordnung, so unsere im übrigen agnostischen Kapazitäten, „entspricht der Natur des Menschen“ (ebenda). Ein Sechstel der Menschheit lebt demzufolge in un- und wider-natürlichen Verhältnissen. 17 Millionen DDR-Bürger entbehren schmerzlich der Monopole und des § 218.

Gleiches Recht für die Kumpel von Leuna und Phrix? „In Artikel 24 der DDR-Verfassung ist das häufiger als beispielhaft genannte ‚Recht auf Arbeit‘ festgelegt, wie es z. B. auch in der Landesverfassung NRW der Fall ist“ (S. 51). Der Pferdefuß: „Im Gegensatz zum Grundgesetz und den Länderverfassungen in der Bundesrepublik lautet jedoch Abs. II des Art. 24 DDR-Verfassung: ‚Das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit bilden eine Einheit.‘“ (Ebenda.) Die prinzipiell als „besser“ erkannte Position des Phrix-Arbeiters kleiden die Verfasser in die einprägsame Formel: „Jeder Mensch soll sich im Rahmen der tatsächlichen Gegebenheiten frei entscheiden können, ob, in welcher Weise, wo und unter welchen Umständen er arbeiten will.“ (S. 53f.) Ja: „Er kann auf jede Arbeit verzichten“ (S. 54).

EWIG KRUPP UND KRAUSE?

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gerät den Autoren unter der Hand zum ewigen, gottgewollten und unabänderlichen Schicksal: „Die Tatsache“, heißt es zu Thesen 1 und 27 des Düsseldorf-Parteitages der DKP, „daß jeder Arbeitnehmer seine Arbeitskraft verkaufen muß, ist unbestreitbar. Sie ist unabhängig vom erreichten Lebensstandard“ (selbst mit Geschirrspülautomat und Farbfernseher), „vom jeweiligen Stand der Produktionstechnik und vom Gesellschaftssystem. Solange menschliche Arbeit die Quelle wirtschaftlicher Wohlfahrt eines ganzen Volkes bleibt, läßt sich der ‚Verkauf‘ von Arbeitskraft nicht abschaffen“ (S. 39). Die Heloten des griechischen Sparta, die Fronbauern der k.u.k. Monarchie, die Angestellten beim Kaufhof, die Besitzer des Kombinats „Schwarze Pumpe“: Arbeitnehmer über Arbeitnehmer! Nach welchem göttlichen Rezept standen sich Sklaven und Sklavenhalter, Fronbauern und Feudalherren, stehen sich Krause und Krupp gegenüber, von denen

letzterer — unseren Kapazitäten sei's geglaubt — „auf jede Arbeit verzichten“ kann?

„Die wichtige Frage, wem ein Arbeitnehmer seine Arbeitskraft verkauft, vermag die DKP nicht überzeugend zu beantworten“ (S. 39).

„Die Unbedeutenden müssen . . . , wenn sie schreiben und gedruckt werden wollen, immer nur die Ansichten der Bedeutenden vertreten, anstatt ihre eigenen.“ (Brecht, Flüchtlingsgespräche, II)

„Die Werte, die Millionen schaffen, werden nicht vom werktätigen Volk, sondern vom Großkapital, den Beherrschern der Industriekonzerne und Großbanken, den Flick, Abs und Thyssen, angeeignet.“ (These 1, von den Autoren selbst auf S. 39 zitiert.) Diese prosaische Wahrheit ist in der Tat für die 1,7 Prozent der westdeutschen Bevölkerung, die „Flick, Abs und Thyssen“, „nicht überzeugend“. Wann jemals in der Geschichte ist eine herrschende Klasse „freiwillig“ abgetreten?

ANTIMARX

„ER IST DA: DER ANTI-MARX“, preist ein Prospekt der „Deutschen Industrieverlags-GmbH“ (Abteilung des unternehmereigenen Industrieministiums in Köln) den letzten vernichtenden Schlag gegen den wissenschaftlichen Sozialismus an. Platz hat das Jahrhundert-Werk auf 256 Seiten im Taschenformat. Seine Autoren sind Dr. Walter Eberle und Dr. Winfried Schlaifke, die sich bereits in der wöchentlich erscheinenden Postille des Industrieministiums lächerlich zu machen pflegen. Ihr „Anti-Marx“ wird wie folgt angeboten: „Die sogenannte Neue Linke hat der bestehenden Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik den Kampf angesagt, allumfassend, sozusagen von A bis Z. Im Gewand der Aufklärung begegnet man ihren Schlagworten auf Schritt und Tritt. Dabei ist das, was sie zu sagen hat, nicht neu. Es stammt aus dem gefährlichen Gedankenreservoir der Alten Linken. Systemverteidigung ist dringend notwendig, sie muß Schlagworte und Parolen entkräften, Utopien und Theorien widerlegen. Systemverteidiger haben einen schweren Stand gegen die geschulten Marxisten.“ Und in großen roten Lettern: „Jetzt hat auch die Systemverteidigung ihren Leitfaden.“ Dieser Leitfaden, gegliedert in 20 Stichworte („von Ausbeutung bis Zukunft“ . . . „handlich auch in harten Diskussionen . . .“) räumt gründlich mit dem Marxismus auf: „Jetzt können sich alle, die in der Auseinandersetzung stehen, der Diskussion stellen . . . Mit einer praktischen Hilfe, die die Gedankenwelt der Linken überschaubar und widerlegt, die den Kern marxistischer Gesellschaftskritik offenlegt.“

Die Mehrwerttheorie unterziehen die Kapazitäten einer gründlichen Revision: „Das Unternehmen“ (von Krupp, aber auch — siehe oben — Kaiser Karls des Großen) „zahlt daraus“ (aus dem Mehrwert) „seine Steuern, ersetzt die durch den Produktionsprozeß abgenutzten Produktionsmittel („Abschreibungen“) und verzinst das dem Unternehmen zur Verfügung gestellte Kapital (Zinsen bei Krediten, Dividende beim Aktienkapital).“ (S. 41.)



Ich bin ein Kohlkopf, kennt ihr meine Blätter
Ich weiß vor Sorgen zwar nicht aus noch ein
Doch halt ich still und hoff' auf einen Retter,
Ich will ein Kohlkopf, stets ein Kohlkopf sein!

Ich will nichts sehn und hören
Das Staatsgeschäft nicht stören
Und zieht man mich auch bis aufs Hemde aus
Die rote Presse kommt mir nicht ins Haus!

Collage von John Heartfield aus dem Jahre 1930

ARME AKTIONÄRE

Danach geschieht die wunderbare Verwandlung von Wasser in Wein: „Danach verbleibt ein Rest . . . Dieser Rest ist nun der einzige gesellschaftspolitisch interessante Teil des ‚Mehrwertes‘. Entscheidend ist, was mit diesen finanziellen Mitteln geschieht, warum sie nicht in Form rechtzeitiger (?) „Lohnerhöhungen den Arbeitnehmern zufließen“ (ebenda). Gottlob kommen Kapitalaufstockungen bei Airbus und Dow Chemical zunächst (wieso nur zunächst?) der proletarischen Klasse zugute: „Diese Mittel“ (der Rest) „dienen als sogenannte ‚Selbstfinanzierungsquote‘ zur Erweiterung des Produktionsmittelbestandes, zur Finanzierung neuer Investitionen. Solche Erweiterungen des Produktionsmittelbestandes kommen zunächst den Konsumenten und Ar-

beitnehmern zugute: größere Güterproduktion ermöglicht ein höheres Konsumniveau; größere Produktivität ermöglicht und erfordert Lohnerhöhungen“ (ebenda). Wie es der Zufall so will („keineswegs zwangsläufig“, S. 42) fallen die neuen Produktionsmittel „in das Eigentum der bisherigen Kapitaleigentümer . . . einer relativ kleinen Gruppe von Aktionären (maximal 2 Millionen in der BRD)“ (ebenda). Wie hieß es noch? „Die wichtige Frage, wem ein Arbeitnehmer seine Arbeitskraft verkauft, vermag die DKP nicht überzeugend zu beantworten“ (S. 39).

Allein: Die „maximal 2 Millionen“ Aktionäre werden ihrer Habe nicht froh; wir bewundern im Gegenteil den Heroismus dieser offensichtlich „kalt sozialisierten“ Klasse: „Nicht das Vorhandensein großer Kapitalmassen, das formaljuristische Eigentum“ (die Flickerben als Verwalter bedeutungsloser Zertifikate) „an ihnen . . .

sind das Zentralproblem" (S. 36). „Bei den großen Aktiengesellschaften der Industrie (Thyssen, Mannesmann, Hoesch, Rhein Stahl, Kloeckner, Bayer, Hoechst, BASF, Siemens, AEG, Telefunken) und des Handels (Kaufhof, Karstadt, Horten) sowie den Großbanken bestimmen nicht die Eigentümer (Tausende von kleineren und größeren Aktionären), sondern angestellte Unternehmer, die sogenannten Manager" (ebenda). Diese, keiner Macht und Kontrolle unterworfen, folgen blinden Sachzwängen (wachsende Arbeitsintensivität, Rationalisierung und Überstunden, Akkordhetze und immer raffiniertere Antreiber-Lohnsysteme, These 1 der DKP, müssen da wohl in Kauf genommen werden), sie sind die wahren Herren der Welt: „Die Manager bilden in ihrer Gesamtheit eine sich selbst ergänzende, von außen nicht kontrollierte und nicht kontrollierbare Gruppe von Inhabern wirtschaftlicher Macht" (ebenda). Großfinanz wie Arbeitnehmer scheinen ihnen hilflos ausgeliefert.

„In der sozialen Welt scheinen nun ähnliche Phänomene (wie beim Heisenbergschen Unsicherheitsfaktor in der modernen Physik. MD) zu existieren. Die Untersuchung der sozialen Vorgänge läßt diese Vorgänge nicht unberührt, sondern wirkt ziemlich stark auf sie ein. Sie wirkt ohne weiteres revolutionierend. Dies ist wahrscheinlich der Grund, warum die maßgeblichen Kreise tiefer schürfende Untersuchungen auf dem sozialen Gebiet so wenig ermuntern.“ (Brecht, Flüchtlingsgespräche, V)

Überflüssig zu bemerken, daß die „Überführung der Grundstoff- und Schlüssel-



industrien, der marktbeherrschenden Unternehmen, der Bankkonzerne und großen Versicherungsgesellschaften, der Presse-monopole und Kulturkonzerne in gesellschaftliches Eigentum — bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse" (These 9 der DKP) als nutzloses Unterfangen dargestellt wird. Mit einem kühnen Federstrich verweisen die Kapazitäten die Arbeiterklasse in das Reich der Fabel: Die bedauernswerten Angehörigen dieser Klasse, deren Aufweis und Beschreibung die DKP zwei Thesen widmet (Thesen 27/28), bilden „weniger eine soziale Realität... als eine propagandistische Formel" (S. 15).

Aber zurück zur Sozialisierung: „Einerseits wäre darin ein Durchbruch für eine verstärkte Rolle der Gemeinwirtschaft innerhalb der gesamten Volkswirtschaft zu sehen. Andererseits besteht aber die Gefahr, daß die Sozialisierung von verlustbringenden Unternehmen in der öffentlichen Meinung das Vorurteil bestärkt, Gemeineigentum gehe notwendig mit Unwirtschaftlichkeit einher; Bahn, Post und Nahverkehr werden bereits so beurteilt.

Schließlich legen Bockemühl und Genossen den Finger in die Wunde der DKP: Selbst wenn die Sozialisierung sinnvoll wäre (S. 38 wird eine gewisse Berechtigung hinsichtlich der Großbanken zugestanden), muß doch bedacht werden, „daß die Überführung von Produktionsmitteln in Gemeineigentum erhebliche finanzielle Mittel erfordern würde. Die Finanzierung ihrer sehr weitgehenden Sozialisierungsforderungen hat die DKP in der These des Düsseldorfer Parteitages nicht behandelt" (S. 34). Die Autoren berufen sich auf Artikel 14, Absatz III des Grundgesetzes. Das Grundgesetz als Kontoauszug, das politische Problem, das Machtproblem der Sozialisierung als finanzielles!

GENOSSE OBERSTAATSANWALT

„Damit bleibt unklar, ob die DKP sich durch Schweigen an den finanzpolitischen Folgen ihrer wirtschaftspolitischen Haupt-

forderung vorbeimogeln will oder das verfassungswidrige Ziel einer entschädigungslosen Enteignung verfolgt" (S. 37). Endlich hat der Genosse Oberstaatsanwalt das Wort! Auf den Seiten 20/21, 27, 30/21, 37, 71 und 76 bemühen sich die Kapazitäten um den Nachweis der Verfassungswidrigkeit der DKP:

● An erster Stelle steht der Marxismus-Leninismus. In völliger Umkehrung des tatsächlichen Sachverhalts wird behauptet, das Bundesverfassungsgericht habe im KPD-Urteil den Marxismus-Leninismus als verfassungswidrig qualifiziert (S. 20). In Wirklichkeit wurde dem Verbot das „Programm zur nationalen Wiedervereini-

gung" zugrunde gelegt. (Obwohl die drei noch überlebenden damaligen KPD-Richter — es waren insgesamt sechs — eine Aufhebung des Urteils fordern.)

● Die Verfasser entblöden sich nicht zu dekretieren, die Tatsache, daß die DKP sich als „Kampfpartei" bezeichnet, bringe „ihre ganze Aggressivität und ihren Charakter als verfassungsfeindliche revolutionäre Partei... zum Ausdruck" (S. 27). Kommentar überflüssig.

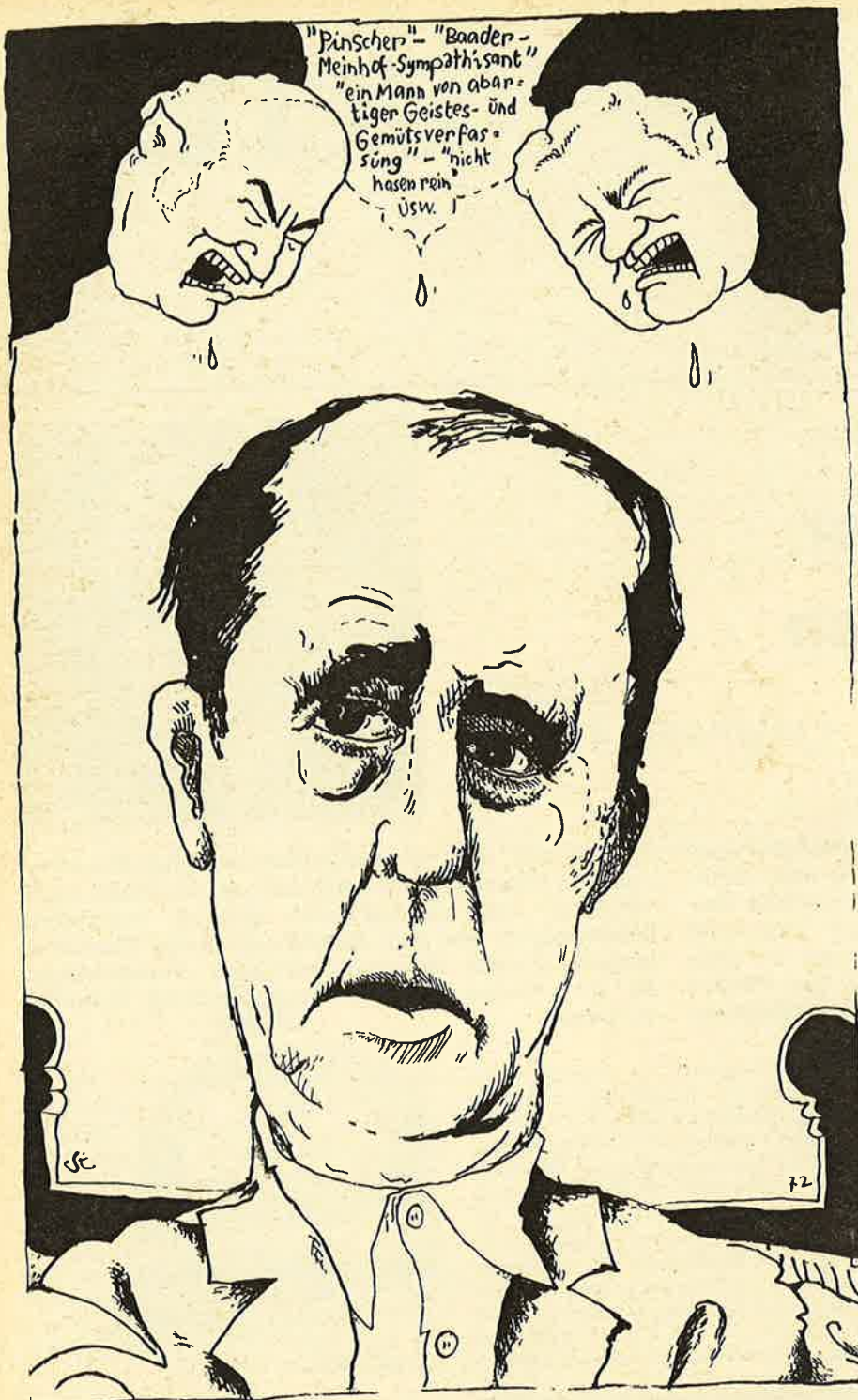
● Von Übel und verfassungswidrig sei auch die Forderung nach Volksabstimmungen, Volksbegehren (die es in Bayern bekanntlich noch gibt) und Volksentscheiden (These 14). Bei letzteren „bietet sich die Möglichkeit der Meinungsmanipulation" (S. 31). Die Verfasser haben, man sieht, eine hohe Meinung von der Bevölkerung, die doch nach Grundgesetz Souverän dieser Republik ist!

● Vor dem scharfen Auge der Genossen erhält schließlich die gesamte kommunistische Weltbewegung den Ruch der Verfassungswidrigkeit! Die 60 Millionen organisierten Kommunisten — die in aller bisherigen Geschichte größte soziale und politische Bewegung — als die Horden des Dschingis Khan, die die Pründe des Herrn Oberstaatsanwalts und das Abendland überhaupt bedrohen? S. 71: „Während die DKP sich zunächst den Anschein zu geben versuchte, eine den Prinzipien des Art. 21 GG entsprechende Partei zu sein, die nach dem Parteiengesetz organisiert ist, hat sie im Verlaufe ihrer Entwicklung die Zugehörigkeit zur kommunistischen Weltbewegung und ihren Charakter als grundgesetzwidrige, revolutionäre Kampfpartei" unterstrichen" (S. 71). Weshalb geht man dann nicht gleich soweit, die ganze Arbeiterklasse als verfassungswidrig einzustufen? Aber man braucht sie ja als Arbeitstiere. Schande über sie, wenn sie ihre Interessen zu vertreten versucht...

„Solange wir unser Erwerbsleben haben, kann immer ein Freiheitsdurst entstehn. Warum, es ist zu anstrengend.“ (Brecht: Flüchtlingsgespräche, IX)

„Die Lösung der durch die unversöhnlichen Klassengegensätze geprägten grundlegenden gesellschaftlichen Probleme kann nicht im Rahmen des kapitalistischen Systems erfolgen, auf dessen Boden sie entstanden sind", heißt es in These 8 des Düsseldorfer Parteitages der DKP. Daß die bundesdeutschen Kommunisten auch den Gegner nennen, „kontra Großkapital...", erregt verständlicherweise den besonderen Zorn eben dieses Großkapitals und seiner Lohnschreiber, zu denen wir unsere vier Kapazitäten zu zählen gezwungen sind. Ihre Mohrenwäsche nimmt mitunter groteske Züge an, so wenn sie schlankweg behaupten, das „Problem der ungleichen Entlohnung der weiblichen gegenüber der männlichen Arbeitskraft bei gleicher Arbeitsleistung" habe mit dem Kampf gegen das Großkapital „höchstens am Rande zu tun" (S. 68); wenn die Notstandsgesetze in demokratische Mustergesetze umbehoogen werden (S. 17); wenn das Bundeskartellamt als antimonopolistische Behörde gepriesen wird (S. 13).

Der Skandal dieses in einem SPD-Verlag erschienenen Schriftchens liegt im folgenden: In unverantwortlicher Weise vertrauen die Verfasser auf die Unkenntnis ihrer Leser.



Die vermeintliche Verantwortung des Künstlers gegenüber der Menschheit „schlechthin“ stammt aus einer Zeit, als die bürgerlichen Klasseninteressen noch weitgehend mit denen aller unterdrückten Schichten identisch waren. Die objektiven Voraussetzungen dafür fehlen heute. „Mag auch der bürgerliche Autor subjektiv die Vorstellung hegen, er trete für das Humane als Prinzip ein, so ändert das nichts an der Tatsache, daß von seinem Werk Wirkungen ausgehen, die nicht klassenindifferent sind, sondern in die geschichtlich-sozialen Auseinandersetzungen unserer Epoche eingreifen.“ (Hans J. Bernhard) Der kritisch-realistische



Der Schriftsteller Lernet-Holenia hat aus Protest gegen die Nobelpreis-Verleihung an Heinrich Böll sein Amt als Präsident des österreichischen PEN niedergelegt. Übermütig verzichtete er auf einen Nobelpreis, der ihm möglicherweise zugedacht werden könnte. Wofür sollte er den wohl bekommen? Vielleicht für seinen Nazi-Roman „Die Standarte“ von 1934? Österreichs PEN ist eine Schande, erklärte der Schriftsteller Ernst Jandl zum Verhalten Lernet-Holenias. Jandl begrüßte den Rücktritt und forderte eine Reorganisation des österreichischen PEN. Zahlreiche Autoren schlossen sich der Erklärung Jandls an.

ter Vorlesungen' — mit einiger Herablassung einen Autor der kleinen Leute genannt. „Peinlicherweise empfinde ich solche Einschränkungen immer als Schmeichelei...“

Die Provinz, das ist für Böll vertrautes Gelände; Nachbarschaft, Zusammenhalt, Vertrauen unterscheiden sie von der großen Gesellschaft. Den kleinen Leuten, den Zukurzgekommenen gehört seine Sympathie. Sie sind sozial nicht genau umrissen — soviel aber wird deutlich: die Klassengrenze, die sie von den Krupps und Kiesingers, von den Frings und Globkes trennt. Bölls Beziehung zu den arbeitenden Menschen ist frei von der klein-

bürgerlichen Angst, ins Proletariat „abzurutschen“, vom Bestreben, soziale Unsicherheit durch Anmaßung und Distanz zu kompensieren.

Bölls Figuren haben an Handlungsfähigkeit gewonnen; es sind nicht die Passivleidenden wie Fred und Käte Bogner (Und sagte kein einziges Wort, 1953), die Demoralisierten wie Hans Schnier (Ansichten eines Clowns, 1963). Die Gruhls Ende einer Dienstreise, 1966) setzen sich zur Wehr, listig und selbstbewußt. Dennoch bleiben sie Einzelgänger, Außenseiter und als solche politisch ohnmächtig. Die aktive, gesellschaftsverändernde Rolle der Volksmassen unterschlägt Böll.

Schriftsteller, der, wie Heinrich Böll, die humanistischen Traditionen seiner Klasse mit der sozialen Wirklichkeit konfrontiert, wird diese Traditionen immer gegen eben diese Klasse verteidigen müssen. Diese Erkenntnis hat ihm Heinrich Mann voraus, wenn er feststellt: „Die Literatur geht unweigerlich zu den Arbeitern, weil bei ihnen die Menschlichkeit geachtet, die Kultur verteidigt wird.“

Böll wird in den nächsten Wochen ein dickes Fell brauchen. Nicht nur, daß ihm von Rechts kein Pardon gegeben wird. Man wird ihm schulterklopfend moralische Größe, Integrität und Lauterkeit attestieren. Auch auf diese Weise kann man einen Schriftsteller um seine Wirkung bringen: indem man ihn auf Distanz hält, ihm den Platz des etablierten Bösewichts einräumt. Er hat die ihm zugedachte Narrenrolle nicht übernehmen wollen: „Ich will nicht Deutschlands Heinrich sein...“ und deutlicher: „Die Schriftsteller haben der Bundesrepublik außenpolitisch einen Kredit eingebracht, den diese gar nicht verdient.“ Bölls Kritik ist entschiedener geworden.

Er war aktiv an der Kampagne gegen die Notstands-Gesetze beteiligt und er wandte sich gegen die von Staat und Kirche gedeckten Massenmörder. Er tritt auf gegen Strauß und Barzel und er streitet für die dringend nötigen demokratischen Veränderungen. Die antikommunistischen Repliken, die des öfteren von ihm zu hören sind, nützen seiner Sache allerdings wenig — der Beifall, den er erhält, sollte ihn mißtrauisch machen. Den Gegensatz zwischen Geist und Macht in der imperialistischen BRD verallgemeinert er einseitig. Er sieht die Freiheit in Prag ebenso bedroht wie in Vietnam. Die angestrebte Überlegenheit und Erweiterung seines Spielraums wird er so sicher nicht gewinnen. Stattdessen verschüt-

tet er sich den Zugang zu den gesellschaftlichen Ursachen der Probleme und nimmt sich die Chance einer realen politischen Alternative.

Entfernt sich Böll von jeder Truppe?

Nach seinem Verhältnis zu den sozialistischen Staaten befragt, äußert er:

„Ich möchte nur, daß dem Kommunismus in der Ausübung seiner Macht mindestens so viele Jahrhunderte Zeit gegeben wird, wie sie der Kapitalismus gehabt hat. Denn ich halte den Kommunismus immer noch für eine Hoffnung, für eine Möglichkeit des Menschen, sich diese Erde untertan zu machen, ihr Ordnung zu geben.“

Und — an anderer Stelle:

„Vielleicht bin ich ein verhindertes Kommunist.“

anderes Beispiel war die in Bielefeld gezeigte Arbeit der Schauspielabteilung der HfM Hamburg. Es handelt sich dabei um ein Programm mit Songs von Brecht. Für die Studenten dieser Abteilung war die Einstudierung dieses Programms verbunden mit zahlreichen politischen Diskussionen über die Inhalte der Texte, über die Aktualität der Aussagen und eine inhaltlich richtige Zusammenstellung der Texte. Während dieser Arbeit wuchs unter diesen Studenten das Bedürfnis, teilzunehmen am antiimperialistischen Kampf der fortschrittlichen Studenten, und es stellte sich die Erkenntnis ein, daß das eigene künstlerische Können nicht zwangsläufig bürgerlichem Vergnügen dienen muß, sondern daß es eine Waffe ist im Kampf für gesellschaftlichen Fortschritt.

ERSTE VDS-FACHKONFERENZ KUNST UND MEDIEN

Kunst: Nicht nur bürgerliches Vergnügen

Etwa achzig Studenten — Delegierte von ASten und Fachschaften der künstlerischen Hochschulen, der Fachbereiche Gestaltung/Design, gesellschafts- und erziehungswissenschaftlicher Fachbereiche, sowie Kulturreferenten von vds-Mitglieds-ASten — waren zur 1. Tagung der Fachkonferenz Kunst und Medien von 13.—15. Oktober nach Bielefeld gekommen, um hier Fragen der Kulturpolitik, der Studienreform und Hochschulpolitik an künstlerischen Hochschulen zu beraten.

Das Hauptinteresse der Teilnehmer galt — dem Motto der Tagung ‚Kunst und Medien als Waffen im Kampf um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt‘ entsprechend — der Entwicklung studentischer Kulturarbeit als einer wesentlichen Arbeitsaufgabe der verfaßten Organe der Studentenschaft.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Berlin (DDR) beschlossen die Teilnehmer der Tagung die Durchführung von Wettbewerben auf verschiedenen künstlerischen Gebieten. Zum einen sollen die Ergebnisse dieser Wettbewerbe dazu dienen, den Festival-Gedanken unter den Studenten der BRD bekannt zu machen, andererseits soll mit der Durchführung der Wettbewerbe die Kulturarbeit an den Hochschulen entwickelt und inhaltlich bestimmt werden. Die Themen der Wettbewerbe orientieren sich an den Kampfaufgaben der antiimperialistischen und demokratischen Studenten- und Jugendbewegung, die im internationalen Aufruf und der Losung der X. Weltfestspiele ‚Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft‘ zum Ausdruck kommen. Diese Wettbewerbe sollen aber auch dazu genutzt werden, den Studenten der künstlerischen Hochschulen die Möglichkeit zu bieten, ihre spezifischen Fähigkeiten an

einem neuen sinnvollen Gegenstand zu erproben.

Daß dieses möglich ist, wurde auf dieser Tagung durch konkrete Beispiele aus Bielefeld und Hamburg bestätigt. So zeigte eine studentische Arbeitsgruppe aus Bielefeld anlässlich der Tagung eine Ausstellung über die älteste deutsche Arbeitersiedlung Eisenheim. Gezeigt werden in dieser Ausstellung die Probleme der Menschen in dieser Siedlung, die einer Sanierung zum Opfer fallen soll. Die Arbeit an diesem Projekt war für die Arbeitsgruppe verbunden mit einem Lernprozeß über gesellschaftspolitische und soziale Probleme, der selbst wesentliches Element des Aufbaus dieser Ausstellung geworden ist. Andererseits dient diese Ausstellung, die den Charakter einer Dokumentation trägt, nun dazu, den Bewohnern dieser Arbeitersiedlung ihre eigenen Probleme bewußter zu machen und einen Weg zu weisen, diese Probleme zu lösen. Ein

Vielen ASten aber ist die Bedeutung von Kunst und Medien als Waffen nur ungenügend bewußt, was sich darin ausdrückt, daß sie entweder gar kein Kulturreferat in ihrer Planung vorsehen oder die finanzielle Ausstattung dieses Referats nicht dem Erfordernis entspricht, ein fortschrittliches Kulturprogramm, das von Filmveranstaltungen bis hin zur Festgestaltung reicht und integraler Bestandteil einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit sein sollte, durchzuführen. Wo keine an den politischen Aufgaben orientierte Kulturarbeit von den ASten geleistet wird, wird diese Arbeit von solchen Kräften wahrgenommen, die sie ausschließlich aus Interesse am Profit übernommen haben. Diese Kräfte gilt es aber, ebenso wie die mit ihnen unweigerlich verbundene imperialistische Massenkultur, entschieden zurückzudrängen. Fortschrittliche Kulturarbeit, welche die Kampfziele der fortschrittlichen und antiimperialistischen Studentebewegung zum Gegenstand hat, ist nicht nur ein Beitrag zur Stärkung der verfaßten Organe der Studentenschaft und eine Ausdrucksmöglichkeit des politischen Mandats der verfaßten Organe, sondern auch, durch die Verbreiterung der Ansätze einer demokratischen kulturellen Entwicklung in der BRD, notwendiger Bestandteil des antimonopolistischen Kampfes.



Thomas Neumann, Dozent in Hamburg, spricht zu den Delegierten der Fachkonferenz. Thema: „Kunst und Medien als Waffen im Kampf für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt.“



UNI HAMBURG:

AStA-Fest mit 15000

Ende Oktober hat der AStA der Universität Hamburg (MSB SPARTAKUS und SHB Koalition) ein Volksfest veranstaltet. Angeregt durch ähnliche Feste in Bonn und Karlsruhe wurde nicht versucht, an der konkreten politischen Situation vorbeizusehen — Vietnam-Krieg,

Berufsverbote, Numerus clausus —, sondern diese Fragen zum Bestandteil des Festes zu machen. Das bedeutete, das Fest mußte unter dieser Konzeption Bevölkerung und Studenten erreichen.

Diese Aufgabe wurde zuerst in der Werbung angegangen:

- 35 000 Flugblätter mit der Überschrift „Studenten laden die Hamburger Bevölkerung ein“ wurden an Bahnhöfen, vor Betrieben, in Geschäftsstraßen und morgens um 6.00 Uhr vor Schichtbeginn am Hafen verteilt,

- in der ganzen Stadt wurde an Litfaßsäulen und Bauzäunen für das Fest geworben,

- Presse und Rundfunk wurden durch einen Umzug unseres 30-Mann-Blasorchesters durch die Hamburger Innenstadt informiert.

Das Programm des Festes umfaßte zum einen 4 Beat Bands, 2 Jazz Bands, eine Tanzkapelle, Rasputin, der auf sieben Instrumenten gleichzeitig spielte, Micky-Maus-Filme sowie ein Kulturprogramm ausländischer Studentengruppen und vieles andere in allen Gebäuden rund um den Campus. Es gab ein orientalisches, ein griechisches und ein portugiesisches Restaurant. Dazu kam die Information der Bevölkerung und der Studenten über Probleme des Ausbildungssektors und der Hamburger Universität:

- durch Informationsstände zur Wohnsituation, zur sozialen Lage der Studenten, zum Numerus clausus, zu den Vorwürfen angeblich mangelhafter Haushaltsführung des AStA, zum Politischen Mandat und

den Maulkorburteilen des Hamburger Verwaltungsgerichts u. a.,

- durch politische Spiele, wie Pfeilwerfen auf den Numerus clausus, das Klavierspiel zum Hochschulrahmengesetz, das NC-Spiel mit dem Superwürfel, der Rednerwettbewerb JeKaMi (jeder kann mitmachen), das Bundeshaushaltsspiel

- durch das politische Kulturprogramm des Festes. Es reichte vom RATIONAL-THEATER aus München über Polit-Sänger, Lieder von Eisler und Brecht vorgelesen von der Schauspielklasse der Musikhochschule Hamburg vor überfülltem Audi max bis zu fortschrittlicher Blasmusik (darunter ein speziell für dieses Fest komponiertes Potpourri aus Arbeiterliedern von Thomas Jahn), und politischem Beat. Die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk kam durch die große Beteiligung an einer Tombola zugunsten des Nguyen-Van-Troi-Kinderkrankenhauses in Nord-Vietnam auf diesem Fest zum Ausdruck. Durch Losverkäufer in allen Räumen wurde eine Spende von über 5000,— DM erreicht.

Das Bedürfnis nach Information und Diskussion war weitaus größer als erwartet. Viele kamen nicht nur, um zu tazen, um Beat zu hören, um zu trinken, sondern sie wollen mitmachen bei den angekündigten Spielen, sie wollen sich informieren und diskutieren, ein demokratisches und



fortschrittliches Kulturprogramm erleben. Noch in diesem Monat nimmt der Festausschuß die Vorbereitungsarbeiten für ein nächstes Fest dieser Art — Mitte Juni 1973 — auf. Eine jetzt schon beschlossene Erweiterung des Festprogramms wird ein Kinderfest sein. Außerdem sollen über die Fachkonferenz KUNST UND MEDIEN im vds die Erfahrungen dieses Festes über eine Dokumentation bundesweit veröffentlicht werden.

Es soll aufgerufen werden, im Rahmen der Vorbereitung der X. WELTFESTSPIELE DER JUGEND UND STUDENTEN im August 1973 in Berlin (DDR) in jeder Universitätsstadt ein Volksfest nach Hamburger Vorbild zu veranstalten, um die X. Weltfestspiele und ihre Idee breiten Kreisen der Bevölkerung und der Studenten zu vermitteln.

In Hamburg hat sich gezeigt, wie wirksam die kulturelle Arbeit zur Stärkung der demokratischen Studentenbewegung sein kann, unter anderem auch im Rahmen eines VOLKSFESTES.





Demokratische Grafik

EINE AUSSTELLUNG IN BIELEFELD

Der Schriftsteller Lernet-Holenia hat aus Protest gegen die Nobelpreis-Verleihung an Heinrich Böll sein Amt als Präsident des österreichischen PEN niedergelegt. Übermütig verzichtete er auf einen Nobelpreis, der ihm möglicherweise zugehört werden könnte. Wofür sollte er den wohl bekommen? Vielleicht für seinen Nazi-Roman „Die Standarte“ von 1934? Österreichs PEN ist eine Schande, erklärte der Schriftsteller Ernst Jandl zum Verhalten Lernet-Holenias. Jandl begrüßte den Rücktritt und forderte eine Reorganisation des österreichischen PEN. Zahlreiche Autoren schlossen sich der Erklärung Jandls an.

Die Projektgruppe „Demokratische Grafik“ am Fachbereich Design der Fachhochschule Bielefeld zeigte in Zusammenarbeit mit dem Fasta des Fachbereichs, vom 23. 10. bis 11. 11. 72 eine Ausstellung mit Plakaten der demokratischen und sozialistischen Bewegung.

Die ausgestellten Plakate nehmen Stellung zu den aktuellen politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit. Sie fordern auf zur Ratifizierung der Verträge und zur Solidarität mit den Völkern Indochinas, sie unterstützten die Befreiung von Angela Davis, fordern die Anerkennung der DDR, sie verbreiten die Ziele

der Gewerkschaften und kündigen Veranstaltungen der demokratischen Bewegung an.

Die Ausstellung ist ein Dokument des antiimperialistischen Kampfes in seinen verschiedenen Erscheinungsformen. Daß diese Plakate vom herrschenden Kulturbetrieb ignoriert werden, ist nicht verwunderlich: entlarven sie doch die Politik der reaktionären Kräfte in diesem Lande und rufen die Bevölkerung zum selbständigen politischen Handeln auf. Ihnen fehlt der hochgejubelte Formalismus und die Inhaltslosigkeit der politischen Plakatkunst, wie sie sich uns im Wahlkampf darbot.

Der Himmel unserer Kulturlandschaft verfinstert sich, wenn solche Plakate auftauchen, den Kunstkritikern fällt dazu nichts ein, die Herrschenden reagieren mit Prozessen gegen fortschrittliche Grafiker. So geschehen mit Rainer Hachfeld



WOHN-HAFT

Der Beamte fragte:
Wohnhaft?

Der Arbeiter B., stockend für einen Augenblick, überdachte die Kopfhöhe seiner Familie, die viel zu engen Räume, das fehlende Badezimmer, die Feuchtigkeit der Wände, das Klo auf der Treppe, den Mietpreis, und antwortete: Ja.

Von Peter Maiwald

für sein Strauß-Plakat (Streitwert 5000,-DM), mit Walter Kurovski, der für eine Lehrlingsveranstaltung auf dem Ankündigungssplakat einen Unternehmer als Lehrlingsdrakula darstellte (Streitwert 5000,-DM) und mit Klaus Staeck, der ein Plakat entwarf mit dem Text: „Die Reichen müssen noch reicher werden, deshalb CDU“ Die Ausstellung und sein parallel laufendes Seminar waren eine klare Alternative zu dem sich ständig verschlechternden Lehrangebot an unserem Fachbereich, das bewies die hohe Beteiligung.

Die weitere Perspektive der Projektgruppe wird eine Erweiterung der Ausstellung sein. Sie soll anderen Interessierten angeboten werden und evtl. als ein Beitrag zu den X. Weltfestspielen gebracht werden.

NEU

facit

Heft 28

Von der bürgerlichen Philosophie zum Marxismus

Philosophie und Wissenschaft.
Zur Frage der wissenschaftlichen Weltanschauung

Für eine fortschrittliche Anfängerausbildung der Sozialwissenschaft

Die Arbeiterklasse im revolutionären Weltprozeß

Dokumentation zur Bildungspolitik

Numerus clausus – Instrument reaktionärer Bildungsplanung

6 Punkte des vds für ein demokratisches Hochschulgesetz

Bildungspolitische Vorstellungen des DGB

Zum Schul- und Hochschul- „Reform“-Programm der CDU

Hiermit bestelle ich Exemplar(e) von FACIT Nr. 28.

Hiermit abonniere ichExemplar(e) von Facit ab Nr. bis auf Widerruf.

Name

Vorname

Ort

Straße

Unterschrift

Schicken an:

FACIT, 53 Bonn, Colmantstraße 32

Am 13.12. vor 175 Jahren wurde Heinrich Heine geboren

Ansichtskarte aus Düsseldorf

Mein lieber Genosse Heine,
wofern es gestattet sei,
Dich pump und vertraulich zu duzen —
ich bleibe mal einfach dabei...

So läßt sich's gemütlicher plauschen
von unsrer verbiesterten Stadt,
die heute noch heimlich Bauchweh
von Deiner Hervorbringung hat.

Du siehst: Es bleibt alles beim alten.
Und doch ist so manches geschehn:
zum Beispiel es ward dein

Geburtshaus
mit einer Plakette versehen,
grad über der Leuchtschrift vom
Bäcker.

Die Brötchen sind übrigens nett.
Wir essen sie donnerstagsmorgens
und lesen dabei die UZ.

Ich wohne nicht weit um die Ecke
und kenn es aus täglicher Näh'.
Nach Dir heißt sogar eine Kneipe
sowie ein Stückchen Allee.
Doch solltest Du daraus nicht
schließen,
es sei Dir schon alles verziehn —
wenn's hoch kommt die jüdische
Herkunft,
doch nicht Deine Sympathien.

Du hast auf die Schippe
genommen
Du warst mit Karl Marxen
befreundet.
Keck pfiffst Du auf Himmel
und Kirche
und schriebst gegen Fürsten und
Staat!
Du hegtest ganz offen die Liebe
zum Proletariat!

Nun kriegst Du die Quittung
mein Lieber,
den Strafzettel blank auf die Hand:
die Uni des düssligen Dorfes
wird nicht nach Heine benannt!!!
Sag nicht, es tät Dich nicht kümmern
— Du hast allen Grund Dich zu freun,
als goldschnittgebundener Klassiker
so arg aktuell noch zu sein!

Es hat auch die herrschende Klasse
sich mit Dir bis heut nicht versöhnt;
doch haben schon manchmal
Genossen
ein paar Deiner Verse entlehnt.
Und wenn Dir im fremdländ'schen
Grabe

mal dumpf und langweilig ist,
dann nimm zur Erquickung die
Nachrichten,
wie quicklebendig Du bist.

Vielleicht wird Dir wohnlicher werden.
Vielleicht auch: Du drehst Dich
herum.

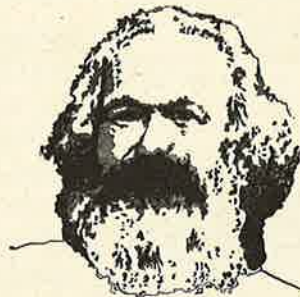
Es sei: Du bist gegen die Ordnung
nun doch im Elysium.
In diesem Fall grüße mir Goethen,
welchselben Du sicher dort siehst
und sag, daß man ihn in den
Schulen —
doch Heine auch freiwillig liest.

Das spricht zwar nicht gegen den
Meister,
doch gegen die Schulen im Land.
Verzeih meine stolpernden Verse!
Sie kommen vom Bildungsnotstand.
Es ist eben manches zu ändern
und stets springt die Frage heraus:
wie bald wird die Arbeiterklasse
der Herr im eigenen Haus?

Heinz, wenn ich Genosse Dich nenne
— das ist dialektisch zu sehn;
das kann keine Bildungselite,
geschweige der Stadtrat verstehen.
Das werden die Leute vermeiden —
und darauf alleine kommt's an!
Wir brauchen den richtigen Heine
und nicht nur so'n Heine-Mann.

Von Dieter Süverkrüp

FÜR EINEN STARKEN ASTA!



GEGEN DEN EINFLUSS DER RECHTS-
KRÄFTE UND DES KAPITALS!
FÜR MITBESTIMMUNG UND DEMOKRA-
TISCHE KONTROLLE!

FÜR EINE UMFASSENDE UND DEMO-
KRATISCHE AUSBILDUNG!
GEGEN FACHIDIOTISMAUS UND RE-
AKTIONÄRE LEHRINHALTE!
MARX AN DIE UNI!

FÜR EINE HEINRICH-HEINE-UNI-
VERSITÄT!
MIT HEINRICH HEINE GEGEN DIE
REAKTION UND FÜR EINE DEMO-
KRATISCHE UNIVERSITÄT!

FÜR EIN MATERIELL ABGESICHERTES
STUDIUM: HÖHERE FÖRDERUNGS-
BETRÄGE, MEHR WOHNHEIMPLÄTZE,
BESSERES MENSAESSEN, AUSREI-
CHENDER KRANKENVERSICHERUNGS-
SCHUTZ!

MARXISTISCHER
STUDENTENBUND

SPARTAKUS

Heine = für wen?

GABRIELE HENKEL, Waschpulver-Millionärin, servierte zu Ehren des Düsseldorfers und in seiner Heimat ungeliebten Dichters Heinrich Heine hundert Gästen „Kalbskeule in der Art der Wirtin zur roten Kuh“. Die Industriellengattin, die sich gern mit künstlerischer Prominenz umgibt, veranstaltete eine Heine-Feier, an der Werner Höfer, Rudolf Walter Leonhardt („Zeit“), Fritz J. Raddatz, Frau Elisabeth Noelle-Neumann, Ivo Frenzel und viele andere teilnahmen. Dr. Konrad Henkel, der Gatte, eröffnete das Fest bei Kerzenlicht mit den Worten: „Gabriele und ich geben heute ein Essen zu Ehren Heinrich Heines.“ Nach der Kalbskeule servierte man „Stolze Fasanenbrust und sentimentale Leberklöße“.

Anlässlich des Heine-Geburtstages gastiert das Deutsche Theater Berlin mit einem Heine-Programm auf Einladung des DKP-Parteivorstands in mehreren westdeutschen Städten. Gezeigt wird ein repräsentativer Querschnitt aus dem politisch-literarischen Schaffen Heines.

9. 12. Düsseldorf; 10. 12. Bonn; 12. 12. Frankfurt;
13. 12. Stuttgart; 14. 12. Nürnberg.

Kultur kurz



Presse- Monopole und -Freiheit

Eine Untersuchung zu dem Thema wurde aus Anlaß der Kündigung gewerkschaftlich engagierter Journalisten in verschiedenen Pressehäusern — sprich Spiegel, Frankfurter Rundschau und Main-Echo — von einem Arbeitskreis der Deutschen Journalisten-Union (dju- in der IG Druck und Papier) zusammengestellt. An Hand der konkreten Fälle wird erläutert, welche Ziele und Möglichkeiten einer noch zu schaffenden Mediengewerkschaft gesetzt sind. Die Broschüre kann über die dju in der IG Druck und Papier, 1 Berlin 61, Dudenstraße 10, angefordert werden.



MIKIS THEODORAKIS, früherer Linkstöne, ist zum Spottobjekt exilierter Landsleute geworden. Zur Begrüßung für seinen Auftritt im Westberliner Sportpalast karikierte ihn einer seiner ehemaligen Freunde als politischen all-round-Wirbler. Der Komponist, der „zum Freiheitssymbol avanciert ist“ („BZ“), wird nun in der Rechtspresse gefeiert, seit er sich zur Rückkehr nach Griechenland und zur politischen Abstinenz entschlossen hat: „Ich will mich nur noch meiner Musik widmen.“ Theodorakis früher: „Mein Lebenswerk ist der Kampf gegen die regierenden Obristen. Ich werde nicht einen Augenblick aufhören im Kampf für die Befreiung unseres gequälten Volkes. Mein Kampf für das Glück und die Würde des Menschen, für die edelsten Ideale soll ein Fanal sein.“ Freut sich der „Bayernkurier“: „Jetzt will der politisierende Musikant das Fanal höchstpersönlich auslöschen.“ Die Regierung Papadopoulos habe „mit Aufmerksamkeit die Wandlung des Künstlers verfolgt“, seit sich der Komponist der kommunistischen Ideologie „entfremdet“ und sich auch mit dem Zentrums-Sozialisten Papandreou überworfen hatte: „Er fühlte sich von dem großsprechenden unberechenbaren Politiker abgestoßen.“ Nun endlich sah Theodorakis ein, „daß er auf der falschen Seite für die Freiheit focht“. Ein Ankläger bleibt er nach wie vor: Nur klagt er heute „die Unmenschlichkeit der Lehre Moskaus an“.

(ED 84/VI)

KALENDER

GUIDO ZINGERL, Münchener Urviech, Zeichner, Maler und DKP-Vorstandsmitglied, hat wieder zugeschlagen: Es gibt einen DIN A 3-Kalender mit 13 Blättern, Auflage 300, signiert und numeriert für DM 40,— (zu haben über 8 München 2, Ganhoferstraße 15). Für Juni zeichnete Zingerl beispielsweise eine Fronleichnamsprozession und schreibt aufs Kalen-

derblatt u. a.: „Im Juni wird von den Großkopferten das Allerheiligste herumgetragen. Die ehrlichen Christenmenschen laufen hinterher und merken gar nicht, wie sie dabei Haus und Hof verlieren. Merke: Kein Christ soll einem Schwarzen traun, die Zaeesuh ist eher braun (fünfmal abschreiben).“ Ein schönes Geschenk für Leute, die schnell genug bestellen.

Herburger über Schweinchen Dick:

Der Schriftsteller Günter Herburger schreibt über die Serie: „Schweinchen Dick“ des ZDF:

„Jeden Montag bekommen Millionen Kinder vom Zweiten Deutschen Fernsehen schmutzigste Fantasie beschert. Den wahllos zusammengeklebten Kurzfilmchen steht eine fette, selbstzufriedene Trickfilmsau vor, die nur Schadenfreude kennt. Scheinheiligkeit und tiefende Gemütlichkeit auf Kosten anderer. Die in der Serie auftretenden Zeichenfiguren können sich nur behaupten, wenn sie grob sind und tückisch. Wer tritt, sticht, kratzt, schlägt und lügt, kommt durch, die nicht so Schnellen und Schlaun gehen unter...“



Auch das noch!

Wie verlautet, will das Olympiakomitee nicht auf den 15 000 Exemplaren des „Deutschen Mosaik“ sitzenbleiben. Der Bücherberg (Wert 360 000 DM) soll nun „in den ehemaligen deutschen Kolonien verramscht werden“.

Der geteilte Himmel

Von Christa Wolf, Mitteldeutscher Verlag Halle, 270 Seiten, 6,50 DM. Das Buch erscheint 73 auch als Röderbergaschenbuch

Christa Wolfs Roman, 1963 veröffentlicht, hat bei seinem Erscheinen ungewöhnliches Aufsehen und Interesse erweckt. Dies hat er sicher zu einem großen Teil seiner Fabel zu verdanken: die Liebesbeziehung zweier junger Menschen zerbricht, weil sich der Mann aus der DDR in die BRD absetzt, während das Mädchen bewußt in der DDR bleibt.

Rita, ein junges Mädchen aus einem mitteleuropäischen Dorf, wird aus ihrer kleinen Welt gleich durch zwei Ereignisse herausgerissen. Einmal durch einen Mann, der sie für eine Lehrerausbildung wirbt. Und zum andern durch die Bekanntschaft mit Manfred, einem Chemie-Doktoranden. Sie zieht zu Manfred in die Stadt und absolviert vor ihrer Ausbildung ein Betriebs-

praktikum in einer Waggonfabrik. Dort arbeitet sie in einem Kollektiv, in dem sie objektive und subjektive Probleme eines sozialistischen Betriebs kennenlernt. Mit Manfred verbringt sie zugleich glückliche Monate. Allmählich entstehen aber die ersten Auseinandersetzungen über politische Fragen: Rita, die durch ihre Betriebsarbeit in das Kollektiv hineingewachsen ist, wehrt sich gegen Manfreds pessimistische, zukunftsfeindliche Auffassungen. Als schließlich eine Maschine, die Manfred in langer Arbeit entworfen hat, durch die Mißgunst eines Vorgesetzten nicht gebaut wird, nutzt Manfred eine Gelegenheit, um sich nach West-Berlin abzusetzen. Rita hat die Chance, ihm in den „goldenen Westen“ nachzufolgen, doch sie lehnt ab.



Ernst Busch singt Kästner

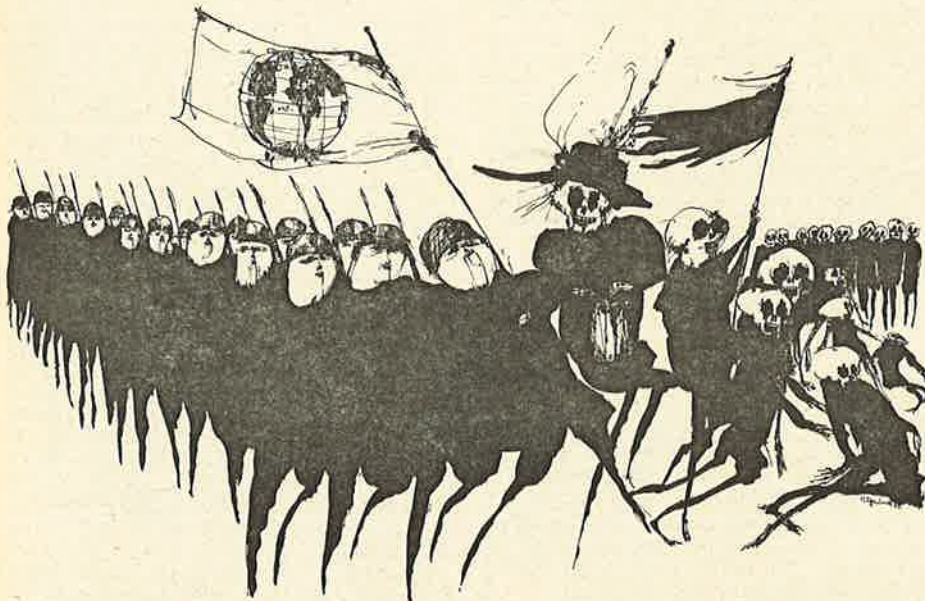
„Sie sind nicht mehr berechtigt, im Zuständigkeitsbereich der Reichsschrifttumskammer als Schriftsteller tätig zu sein.“ Das war das endgültige Verbot für Erich Kästner, auch für das Ausland schriftstellerisch tätig zu sein, ausgesprochen am 14. 1. 1943. Bereits im Mai 1933 war sein Name unter den 24 Namen, „mit denen der Minister für literarische Feuerbestattung seinen Haß artikuliert“ (Erich Kästner). Kästners Bücher wurden verbrannt. Inzwischen hat Erich Kästner unzählige Ehrungen erfahren, die bedeutendsten Preise erhalten, Schulen und Stadtbibliotheken wurden nach ihm benannt. Die neue Ernst-Busch-Langspielplatte des Dortmunder „pläne“-Verlags, Ernst Busch 3 „Erich Kästner“, trägt den Untertitel „Chronik in Liedern, Balladen und Kantaten aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“. Ernst Busch singt und spricht Texte von Erich Kästner. Kästner liest Kästner.

Morning

Englische Arbeiterlieder bringt „pläne“ jetzt heraus. Colin Wilkie und Shirley Hart singen u. a. den Titelsong „Morning“, in dem der Morgen nach der Katastrophe von Aberfan geschildert wird, wo sich ein Schlackenberg in Bewegung setzte und 100 Schulkinder begrub. Ferner: Die Ballade von Wat Tyler, Führer des Bauernaufstandes von 1381 in England. Eine Langspielplatte, die empfehlenswert ist.



Noch eine gute Nachricht von „pläne“ (46 Dortmund, Ruhrallee 62): Für Leute mit wenig Geld wurde eine Langspielplatte für nur 10 DM geprägt, die einen Querschnitt durch die bisherige Produktion der linken Liederhersteller bietet: Zu hören sind u. a. Kittner, Hüsch, Degenhardt, Süverkrüp, Busch, Oktoberklub, Primera, Theodorakis u. a. Titel: „Rot sehen kann jeder — hören sie mal rot!“



Den hier gezeigten Anti-Kriegsdruck hat die Grafikerin Gertrude Degenhardt in unbegrenzter Auflage der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität und der Hilfsaktion Vietnam zum Spenden-Weiterverkauf kostenlos zur Verfügung gestellt (I.I.V.S. 6 Frankfurt, Eichwaldstraße 32; Mindestpreis: 5,—).

Gertrude Degenhardt schreibt an ihre Künstlerkollegen: „Die Verantwortung für das Überleben des vietnamesischen Volkes in seinem Kampf gegen die mörderische US-Strategie, Menschen und Erde zu verbrennen und schließlich noch zu ertränken, verbleibt also bei denen, die erkannt haben, daß dieser Krieg nicht nur gegen dieses Volk, sondern gegen alle friedliebenden Kräfte dieser Welt geführt wird. — Jene Künstler, die einige ihrer Arbeiten zur Verfügung stellen wollen, sollten sie der Hilfsaktion Vietnam oder der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität zum Verkauf an Info-Ständen etc. überlassen.“

WERNER FINCK, angeblich „großer alter Mann der deutschen Kleinkunst“, ist jetzt gemeinsam mit Hans Habe und Bergwandler Luis Trenker dem „Freien Deutschen Autorenverband“ beigetreten. Freut sich das „Deutschland-Magazin“: „Damit haben weitere prominente Schriftsteller einen klaren Strich zwischen sich und dem Verband Deutscher Schriftsteller (VDS) gezogen, der unter den Einfluß von Kommunisten und Linksradikalen geraten ... und längst zu einem revolutionären Kampfverband zur Revolutionierung unseres Staates geworden ist.“

EINE HERMANN-HESSE-BIOGRAPHIE erschien jetzt zum 10. Todestag des Autors in der DDR; ein Beitrag zur Hesse-Renaissance, der allerdings geschrieben wurde um „einer höchst kritischen Prüfung und Zerstörung gängiger Hesse-Legenden“ willen. Der Verfasser Eike Middell kommt zu dem Schluß, daß Hesse im Dilemma ehrlichen subjektiven Ringens um Humanität unter den Bedingungen spätbürgerlicher Existenz gestanden und geschrieben habe. (Verlag Reclam, 4 Mark.)

Neuer Chefredakteur

SPARTAKUS-BUNDESVORSTAND DANKT ROLAND LANG FÜR SEINE BISHERIGE ARBEIT

Die roten blätter, das Organ des MSB SPARTAKUS, erscheinen jetzt seit über einem Jahr. Seit der ersten Nummer im Oktober 1971 hat sich der Einfluß der Zeitung ständig vergrößert, hat sie in immer stärkerem Maße dazu beigetragen, den Kampf der demokratischen Studenten an den westdeutschen Hochschulen zu vereinheitlichen.

„Wer an der Arbeit des SPARTAKUS interessiert ist, wer erfahren will, was der Verband will, für was er kämpft, für den sind die roten blätter die authentische Quelle. Mit ihrem Erscheinen wird das Mono-



**Hartmut Schulze,
neuer Chefredakteur
der roten blätter**

pol der rechten Studentenverbände gebrochen: ihren zentralen Publikationen, mit denen sie bundesweit die Universitäten und Fachhochschulen regelmäßig überschwemmen, stellen wir die „roten blätter“ entgegen. Neben der praktischen Politik des MSB werden sie dazu beitragen, alle Studenten, welche die Notwendigkeit einer Demokratisierung im Bereich von Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der Werktätigen erkannt haben, auf das gemeinsame Ziel zu orientieren und ihren Kampf zu vereinheitlichen.“

In dem Maße, wie diese, in der ersten Ausgabe unserer Zeitung formulierten Ziele erreicht wurden, haben die roten blätter die gesamte demokratische Bewegung an den Hochschulen gestartet. Nicht zuletzt ist dies das Verdienst ihres ersten Chefredakteurs, Roland Lang. Er wird sich ab jetzt anderen politischen Aufgaben widmen. Der Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS hat Roland Lang für seine erfolgreiche Tätigkeit herzlichen Dank ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Redaktion der roten blätter auch künftig nicht auf seine Mitarbeit verzichten muß.

Neuer Chefredakteur der roten blätter wurde Hartmut Schulze von der Universität Hamburg. Die erfolgreiche bisherige Arbeit soll fortgesetzt werden. Die Zeitung soll noch größere Verbreitung finden, soll noch attraktiver werden – was nur durch die aktive Mitarbeit der Leser zu schaffen ist.

Leserbriefe

An dem Artikel „GEW kümmert sich verstärkt um die FHS“ in rote blätter 8 scheint uns Kritik angebracht, besonders am letzten Absatz, in dem es heißt: „Dazu ist eine gewerkschaftliche Orientierung der studentischen Organe und eine gewerkschaftliche Organisation der Studenten notwendig, auch und nicht zuletzt in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ...“

Wir meinen, daß die Frage der gewerkschaftlichen Organisation der Masse der Studenten zur Zeit noch ein Problem ist, das bei weitem nicht ausdiskutiert ist. Insofern hat die zitierte Aussage des Artikels einen zu endgültigen Charakter. Wir möchten diesen Passus zum Anlaß nehmen, um vorzuschlagen, daß die ganze Problematik Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, besonders in der GEW, für die Masse der Studenten jetzt auf möglichst breiter Basis diskutiert wird.

**Fachhochschule Frankfurt
Martin Berner**

Kompliment! Eure Zeitung wird immer besser! Sobald am Büchertisch sie erscheint, sieht man in der Mensa an fast jedem Tisch rote-blätter-Leser. Eine Bitte nur: gebt sie regelmäßiger heraus.

Thomas Heller, Bonn

Tut mir leid, aber mit Ihrem letzten Titelblatt kann ich wirklich nichts anfangen. Mit der Arbeiterklasse oder gegen sie; links oder rechts – diese Sätze haben etwas Sektiererisches. Sicher, es gibt keinen „dritten Weg“ und auch kein Mittel-

rote blätter 8

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus

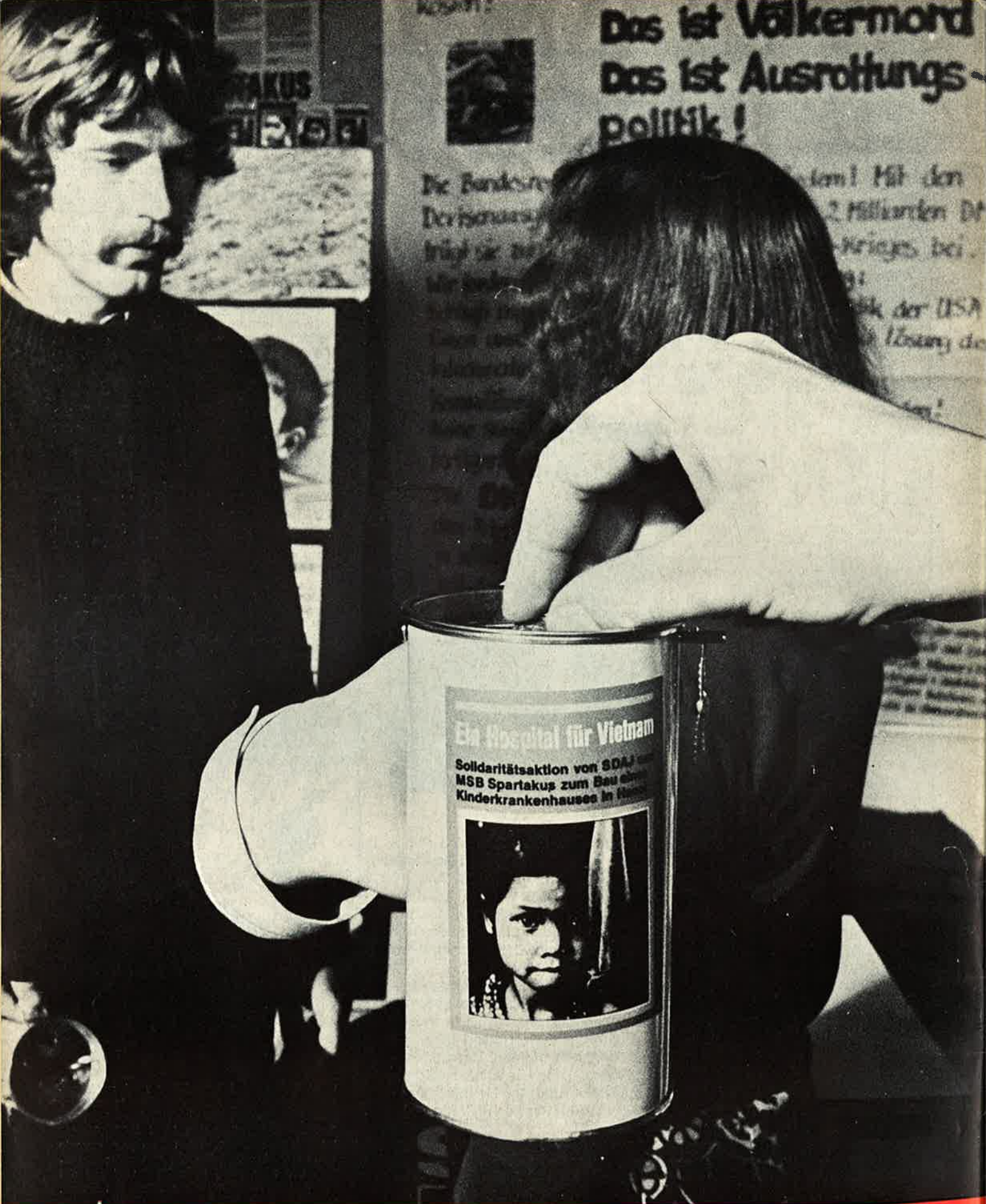
Student wohin?



**Mit uns oder gegen uns,
links oder rechts?
Für die Arbeiterklasse
oder gegen sie?**

ding zwischen bürgerlicher und proletarischer Ideologie; aber die Absolutheit der Aussage scheint mir ein bißchen der ganzen Bündnispolitik des MSB SPARTAKUS zu widersprechen. Er will doch gerade auch mit liberalen Kräften zusammenarbeiten, die sich nicht unbedingt voll auf die Seite der Arbeiterklasse stellen würden, obwohl diese Zusammenarbeit für demokratische Reformen letztlich dann der Arbeiterklasse nützt.

Karl-Heinz Kröger, Paderborn



Das ist Völkermord
Das ist Ausrottungs-
politik!

SPARTAKUS

Die Bundesre-
Devisenau-
Mitglied der
Mitarbeiter

...Militär mit den
...2 Millionen D
...Krieges bei
...
...der USA
...Library de

Ein Hospital für Vietnam

Solidaritätsaktion von SOAJ und
MSB Spartakus zum Bau eines
Kinderkrankenhauses in Hanoi



1% VOM BAFÖG FÜR VIETNAM!